

# NEUE ZEIT

MÄRZ 1980

11

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus  
Hauptbibliothek  
25 Cottbus, Farnier Str.  
Fernruf 24305

Abgeschrieben

aus dem Bestand der Bibliothek

Datum

Unterschrift des Leiters



14159-11 123 678 190  
BIBLIOTHEK-BEZ  
7500-3308  
BELS-13-14





Im Hafen von Dudinka werden Schiffe gelöscht.

Viktor Ryssjow, ein junger Schmelzer des Bergbau- und Hüttenkombinats Norilsk.



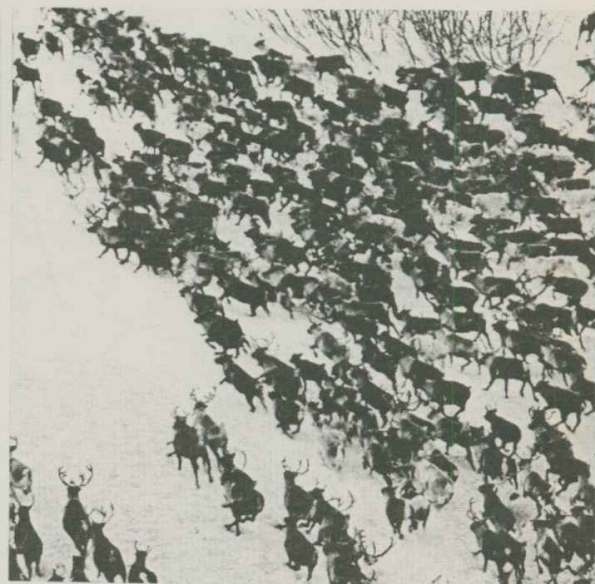
In der Konverterabteilung des Nickelwerks.

26 Völkerschaften leben im hohen Norden, in Sibirien und im sowjetischen Fernen Osten. Vor der Revolution waren sie vom Aussterben bedroht. Unter der Sowjetmacht haben Chanten, Mansen, Ewenken, Niwchen, Eskimos, Jakagiren und die anderen Völkerschaften große Erfolge errungen. Das ZK der KPdSU und der Ministerrat haben in einem kürzlichen Erlass neue Maßnahmen bestimmt, um Wirtschaft und Kultur in den Regionen zu fördern, wo Völkerschaften des Nordens leben. Diese Maßnahmen werden zur weiteren Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus der Einwohner auch des Autonomen Kreises Taimyr beitragen, wo

Dolganen, Nenzen, Nganassanen und Enzen leben, die jahrhundertlang ein Nomadenleben in den Weiten der Tundra führten. Hier gibt es bereits zahlreiche Industriebetriebe. Auf dem ewigen

Frostboden sind moderne Städte und Siedlungen entstanden. Von besonderer Bedeutung ist Dudinka, das Verwaltungszentrum des Kreises und ein bedeutender Hafen. Hier laufen Schiffe, beladen mit Kup-

fer, Nickel, Steinkohle, Fisch und Rauchwaren aus. Die nördlichste Bahnlinie der Welt verbindet Dudinka mit Norilsk, der Stadt der Bergleute und Hüttenarbeiter nördlich des Polarkreises.



Nach Abschluß der Leningrader Pädagogischen Hochschule „A. I. Herzen“ kehrte Swetlana Turdagina als Lehrerin an die heimatliche Internatsschule zurück.

Eine Rentierherde

Wladimir Tuglassow ein junger Rentierzüchter der Sowchase „Tuchard“.



# NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 11 MÄRZ 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär),  
Y. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredak-  
teur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die  
fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

## IN DIESEM HEFT:

Der Ruf aus Warschau . . . . .	1
A. Schibajew — Einheit — Stärke der Arbeiterklasse (Interview) . . .	5
W. Kusnezow — Ringen um „Solidarität“ . . . . .	7
S. Kulik — Simbabwe vor der Unabhängigkeit . . . . .	8
A. Stepanow — Inkompetent oder prinzipienlos! . . . . .	9
W. Larin — Großbritannien. Beruhigungsmittel gefragt . . . . .	10
J. Dimow — Nichts dazugelernt . . . . .	11
J. Plechanow — Indonesien. Djakartas Wirtschaftsprobleme . . . . .	12
E. Kowaljow — Portugal. Die Masken fallen . . . . .	12
A. Baryschew — Nikaragua. Horizonte nationaler Erneuerung . . . . .	14
Notizen ♦ Glossen . . . . .	16
J. Ambarzumow — Wirtschaft und Politik aus Lenins Sicht . . . . .	18
H. Schmitt — Westberlin in der Welt von heute (Interview) . . . . .	20
V. Wassilew — VR China. Was hinter den Beschlüssen des ZK-Plenums steckt . . . . .	22
Biographisches: Abdel Hamid Sharaf . . . . .	23
J. Gudkow — USA. Freibrief zur Intervention . . . . .	24
F. Gorjunow — Im Handelskrieg . . . . .	28
B. Assojan — Kunst der äthiopischen Revolution . . . . .	29
Diskussion mit dem Leser . . . . .	31
PS . . . . .	32



An die 30 Kriegsschiffe unter US-Flagge, drei Flugzeugträgerengreifverbände, kreuzen im Arabischen Meer und im Persischen Golf. Washington hat ein weiteres Schiffsgeschwader mit 1800 Marineinfanteristen dorthin entsandt. Derartige Interventionsabsichten werden der kürzlich verkündeten „Carter-Doktrin“ zufolge als „Verteidigung der Lebensinteressen“ ausgegeben. Die Weltöffentlichkeit verurteilt diese Machenschaften entschieden.

Umschlag: A. Garanin

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 8. März wurde in der UdSSR wie in der ganzen Welt feierlich der Internationale Frauentag begangen. Das ZK der KPdSU richtete an die sowjetischen Frauen eine Grußbotschaft und wünschte ihnen Gesundheit, Erfolge in Arbeit, Studium und Schöpfung, Freude und Glück. Im Bolschoi-Theater fand eine Festversammlung zum Internationalen Frauentag statt, an der führende Persönlichkeiten der KPdSU und des Sowjetstaates teilnahmen.

Leonid Bresnnew gratulierte den Führern der Patriotischen Front von Simbabwe, Robert Mugabe und Joshua Nkomo, zum großen Sieg der patriotischen Kräfte bei den kürzlichen Wahlen in Simbabwe: „Von ganzem Herzen wünsche ich Ihnen und in Ihrer Person dem ganzen Volk von Simbabwe neue große Erfolge. Seien Sie dessen gewiß, daß die Sowjetunion ebenso wie in den schweren Jahren des Unabhängigkeitskampfes die gerechte Sache des Volkes von Simbabwe unterstützen wird.“

Am 7. März überreichte der Erste Sekretär des ZK der MRVP und Vorsitzende des Präsidiums des Großen Volks-Churals der MVR, Jumschagijn Zedenbal, Alexej Kossygin im Kreml die höchste Auszeichnung der Mongolischen Volksrepublik — den Suche-Bator-Orden und die Medaille „Goldener Stern“.

Am 4. März empfing Wassili Kusnezow, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, im Kreml eine Delegation der Volkskammer der DDR, geleitet von Horst Sindermann, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Präsident der Volkskammer und Stellvertretender Vorsitzender des DDR-Staatsrates.

Am 5. März empfing Wassili Kusnezow im Kreml Sadok Mokaddem, den persönlichen Vertreter des Präsidenten der Republik Tunesien und Vorsitzenden der Nationalversammlung von Tunesien. In dem Gespräch wurden einige Fragen der sowjetisch-tunesischen Beziehungen und eine Reihe aktueller internationaler Probleme berührt.

Am 4. März wurden in Warschau zweitägige Gespräche zwischen dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Edward Gierek, und dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, abgeschlossen, der in der VR Polen zu einem Freundschaftsbesuch weilte. Wie es im gemeinsamen Kommuniqué heißt, werden Polen und die DDR

„NEUE ZEIT“

11-80



## DER RUF AUS WARSCHAU

Die Sowjetunion und ihre Verbündeten sind unablässig bemüht, nicht nur akute weltpolitische Probleme einer konstruktiven Lösung zuzuführen, sondern auch neue Impulse aus dem vergangenen Jahrzehnt weiterzuentwickeln, die zur Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen, zur Festigung des Fundaments des Friedens beitragen. Ein Beispiel dafür ist die Initiative der VR Polen, die vorgeschlagen hat, eine Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa nach Warschau einzuberufen.

Bekanntlich haben die Warschauer Vertragsstaaten bereits im Frühjahr 1979 eine derartige Konferenz unter Teilnahme aller europäischer Länder sowie der USA und Kanadas vorgeschlagen. Wie soll nun eine solche Konferenz aussehen? Nach Meinung der sozialistischen Länder könnte sie sich in der ersten Phase auf vertrauensbildende Maßnahmen konzentrieren. Das würde eine gute Atmosphäre schaffen, um dann später Abrüstungsfragen einer Lösung zuzuführen.

Die Länder der sozialistischen Gemeinschaft setzen sich seit langem dafür ein, daß die politische Détente durch die militärische Entspannung ergänzt wird. Als sie bereits vor einigen Jahren diese Frage auf die Tagesordnung setzten, gingen sie im internationalen Leben deutlich gewordenen Prozessen auf den Grund. Politische Entspannung und gleichzeitige Forcierung militärischer Macht sind einander konträr entgegengesetzt. Und, wie Leonid Breschnew seinerzeit betonte, können diese Prozesse „nicht endlos sozusagen parallel nebeneinander verlaufen“. Jetzt ist besonders deutlich geworden, wie richtig diese Analyse war, wie recht die sozialistischen Länder hatten, als sie darauf bestanden, sich intensiv mit Fragen der militärischen Entspannung zu befassen.

Durch die enormen Anstrengungen in den Beziehungen zwischen den Warschauer Vertragsstaaten und den NATO-Ländern wurde gegenseitiges Verständnis bei recht vielen politischen Fragen erreicht, und die allgemeine Spannung ließ nach. Auf dieser Grundlage wurden die Wiener Truppenabbaugespräche, der sowjetisch-amerikanische Dialog über die Begren-

zung der strategischen Waffen sowie einige Vereinbarungen über Abrüstungsfragen im Genfer Abrüstungsausschuß möglich. Doch es ging nur sehr langsam voran. Ein Ende der Verhandlungen über einen Abbau der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa ist nicht abzusehen. Nach langjährigen Bemühungen wurde der SALT-II-Vertrag unterzeichnet, doch, statt ihn schnellstmöglich zu ratifizieren, wurde er von der US-Administration auf Eis gelegt.

Natürlich bleiben die Handlungen imperialistischer Kräfte auch unter anderen, günstigeren Bedingungen nicht berechenbar. Doch gäbe es eine größere Gewähr dafür, daß die Völkergemeinschaft nicht mit einer solchen Verschärfung der Lage konfrontiert wäre wie jetzt, wenn die Festigung der Sicherheit nicht immer wieder hinausgezögert würde und die militärische Entspannung nicht gegenüber der politischen Détente zurückbliebe.

Ebendeshalb ist unverzüglich mit der Vorbereitung der von den sozialistischen Ländern vorgeschlagenen Konferenz zu beginnen. Ihre Einberufung ließe sich bei dem Madrider KSZE-Nachfolgetreffen im Herbst vereinbaren. Schon die Vorbereitung einer solchen Konferenz würde den Hitzköpfen eine kalte Dusche verabreichen und es ermöglichen, eine für den Frieden nützliche Arbeit zu leisten. Die Konferenz kann das Vertrauen zwischen den Staaten, das durch die Handlungen Washingtons untergraben wurde, festigen. Sie würde es ermöglichen, die Lösung der Abrüstungsfragen voranzubringen, was besonders wichtig ist, um dem Wahnsinn des Wettrüstens endlich Einhalt zu gebieten — wie die UdSSR und ihre Verbündeten meinen. Wie brennend aktuell eine solche Konferenz ist, wurde bei den Begegnungen Andrej Gromykos mit den Außenministern sozialistischer Länder erneut deutlich. Edward Gierek und Erich Honecker erklärten in Warschau, daß die Verwirklichung dieses Vorschlags eine positive Wende in der internationalen Lage herbeiführen würde.

Ihren Beitrag zur Vorbereitung der Konferenz können alle ihre Teilnehmer leisten, darunter die USA. Ist ja der derzeitige Kurs Washingtons auf die Anheizung der politischen Atmosphäre zwar gefährlich, doch im Grunde aussichtslos.

Der Vorschlag, eine Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa nach Warschau einzuberufen, liegt im Interesse aller, die sich ihrer Verantwortung vor den Völkern bewußt sind. Auf die Stimme der sozialistischen Länder sollte gehört werden! Europa ist seinerzeit zum Vorbote von Veränderungen in den internationalen Beziehungen geworden, und jetzt kann sein Beispiel positiven Einfluß auf die gesamte Entwicklung in der Welt haben.





Moskau, den 7. März. Das Präsidium der Festversammlung im Bolschoi-Theater zum Internationalen Frauentag.

Foto: TASS

unablässig eine Festigung der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinschaft anstreben. Beide Staatsmänner betonten, daß die Verwirklichung der Initiative der Warschauer Vertragsländer zur Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung auf dem Kontinent in die polnische Hauptstadt eine positive Wende in der internationalen Lage herbeiführen könnte.

Am 4. und 5. März fanden in Moskau sowjetisch-französische Konsultationen auf der Ebene der Außenministerien beider Länder statt. Ein weiterer Kreis von beiderseitig interessierenden Fragen wurde erörtert, wobei betont wurde, die Entspannung müsse fortgeführt werden.

Am 7. März explodierte im sowjetischen Generalkonsulat in Berlin (West) eine Bombe. Glücklicherweise kam dabei kein Mitarbeiter des Konsulats zu Schaden. Die sowjetische Botschaft in der DDR protestierte entschieden bei der Verwaltung der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die gemäß dem Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971 für die Sicherheit der sowjetischen Institutionen und ihres Personals in Berlin (West) verantwortlich sind.

Die afghanische Armee und der Sicherheitsdienst setzen bei aktiver Unterstützung durch die Bevölkerung die erfolgreichen Operationen fort, um die Söldnerbanden, die im Auftrag des US-Imperialismus, Chinas und der pakistanischen Militärclique agieren, aufzuspüren und zu liquidieren. Einige Bandengruppen wurden in den Provinzen

Nangarhar, Farah und Kandahar unschädlich gemacht. Viele Waffen amerikanischer und chinesischer Produktion, Devisen und große Beträge afghanischen Geldes wurden konfisziert.

In Teheran kam es zu neuen Massendemonstrationen gegen die USA, auf denen feste Unterstützung für den Kurs von Ayatollah Khomeini bekundet und an die Regierung appelliert wurde, sich auf keinerlei Kompromisse mit dem USA-Imperialismus einzulassen.

Der Ministerrat Libanons erarbeitete „Prinzipien der nationalen Eintracht“, die einem nationalen Dialog zugrunde liegen sollen, um die im Lande bestehenden Differenzen zu überwinden. Zu den 14 Prinzipien gehören folgende: die Bekräftigung der Einheit, Unabhängigkeit und Souveränität Libanons; die Koordinierung der Anstrengungen der arabischen Länder im Kampf gegen den zionistischen Gegner; das Streben nach einer Lösung des Palästina-Problems und die Ablehnung der Abkommen von Camp David, die das Recht des arabischen Volkes von Palästina auf die Bildung eines unabhängigen Staates nicht respektieren; ein Verzicht auf alle Formen der Zusammenarbeit mit Israel; Zusammenarbeit mit der PLO sowie die Einhaltung der Vereinbarungen Libanon—PLO.

In Hanoi wurde ein Kommuniqué des Ausschusses zur Untersuchung der Verbrechen der chinesischen Expansionisten und Hegemonisten veröffentlicht. Es enthält die jüngsten Fakten der Banditenüberfälle chinesischer Soldaten auf das Territorium der Republik, des Artillerie-

und MG-Beschusses friedlicher vietnamesischer Dörfer in den Grenzgebieten der SRV.

China hat einseitig beschlossen, die zweite Runde der chinesisch-vietnamesischen Normalisierungsgespräche abbrechen. In diesem Zusammenhang gab der Vertreter der SRV-Regierungsdelegation bei den Verhandlungen eine Erklärung ab, in der es heißt, daß der Schritt der chinesischen Seite eine massive Verletzung der erreichten Vereinbarung darstellt (siehe S. 11).

Am 9. März fanden in Rumänien Wahlen zur Großen Nationalversammlung und zu den örtlichen Volksräten statt.

Am 9. März wurden im Baskenland erstmals Wahlen zum Regionalparlament abgehalten. 1,5 Millionen Basken wählten 60 Abgeordnete. In einem Monat wird der Führer der stärksten Fraktion dann die Regionalregierung bilden.

Am 6. März fand in Wien hinter verschlossenen Türen die 230. Plenarsitzung bei den Truppenabbaugesprächen statt.

Der Nationalrat der Democrazia Cristiana Italiens wählte Forlani zu seinem Vorsitzenden und Piccoli zum Politischen Sekretär. Auf dem Parteitag war es in der DC zu Flügelskämpfen zwischen zwei etwa gleichgroßen Lagern gekommen, vor allem wegen der Differenzen über eine mögliche politische Zusammenarbeit mit der IKP auf Regierungsebene. Die Gruppe, die eine solche Möglichkeit entschieden ablehnt, wird von Piccoli geleitet. Bei der Wahl Piccolis und Forlanis gaben 42 Prozent der Mitglieder des DC-Nationalrates ungültige Stimmzetteln ab.

Am 3. und 4. März fand in Luxemburg ein Kongreß des Bundes der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien der EG-Länder statt. In seiner Rede erklärte der SPD-Vorsitzende und Präsident der Sozialistischen Internationale Willy Brandt, daß es die Politik der Entspannung und Zusammenarbeit, die in den 70er Jahren mit Erfolg durchgeführt wurde, ermöglichte, den Frieden in Europa zu bewahren und zu festigen. Heute, da die internationale Lage komplizierter geworden ist, sei es sehr wichtig, alles zu tun, um nicht nur die wertvollen Errungenschaften dieser Politik zu bewahren, sondern auch neue Wege für ihre aktive Weiterentwicklung, für die Fortführung des Ost-West-Dialogs zu finden.

Am 9. März wurde in Leipzig die traditionelle Frühjahrsmesse eröffnet, an der mehr als 9000 Industrievereinigun-



gen, Firmen und Betriebe aus 66 Staaten teilnehmen.

Am 4. März wurde in New York die 9. Tagung der dritten UNO-Seerechtskonferenz eröffnet. An ihr nehmen ca. 2500 Delegierte aus etwa 150 Staaten teil.

Vom 4. bis 7. März fand in Reykjavik die 28. Tagung des Nordischen Rates statt. Dabei wurde insbesondere die Sicherheit der Länder Nordeuropas erörtert im Zusammenhang mit NATO-Plänen, in Norwegen „Depots“ für schwere Waffen anzulegen. Viele Ratsmitglieder konstatierten, daß diese Pläne das Gleichgewicht in der Region stören.

Vom 4. bis 7. März stattete BRD-Bundeskanzler Helmut Schmidt den USA einen Besuch ab (siehe S. 7).

Der Präsident Frankreichs, Valéry Giscard d'Estaing, beendete eine 10tägige Reise durch Länder des Persischen Golfs und des Nahen Ostens.



In Amsterdam kam es zu regelrechten Straßenschlachten. Mehr als tausend Polizisten gingen mit Unterstützung von Centurion-Panzern und Schützenpanzerwagen gegen eine Demonstration obdachloser Holländer vor, die gegen die Gleichgültigkeit der Behörden protestierten. Obdachlose Amsterdamer hatten ein leerstehendes Haus im Zentrum der Stadt besetzt und sich dort verbarrikadiert. Alle Versuche der Polizisten, die Barrikaden zu stürmen, wurden abgewehrt. Daraufhin wurden Panzer und Hubschrauber eingesetzt. Bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei wurden ca. 30 Personen verletzt.

Foto: UPI/TASS

Der Oberste Gerichtshof Spaniens fällt das Urteil gegen eine Gruppe von Personen, die am 24. Januar 1977 den Überfall auf das Madrider Rechtsanwaltsbüro der Arbeiterkommissionen organisiert und dabei fünf Rechtsanwälte ermordet hatten (s. NZ 10). Zwei an dem Verbrechen direkt Beteiligte wurden zu je 193 Jahren Haft, die an-

deren zu unterschiedlichen Freiheitsstrafen verurteilt.



Ein Alphabetisierungskurs in der afghanischen Stadt Dschelalabad

Foto: TASS

Die chilenische Militärdiktatur gab bekannt, daß der Ausnahmezustand, der nach dem faschistischen Putsch verhängt worden war, um weitere sechs Monate — bereits zum 14. Mal — verlängert wurde.

Der Premierminister Kanadas, Pierre Elliott Trudeau, bildete das neue Kabinett, dem 32 namhafte Politiker der Liberalen Partei angehören. Stellvertreter Premierminister wurde Allan MacEachen, der zugleich das Finanzministerium übernahm; zum Außenminister wurde Marc MacGuigan ernannt.

Auf Erlaß der aus Militärs und Zivilisten bestehenden Junta wurde in El Salvador der Belagerungszustand verhängt. Die verfassungsmäßigen Rechte wurden aufgehoben, Demonstrationen, Kundgebungen und Streiks verboten. Der Erlaß gibt den reaktionären Kräften freie Hand zur Verschärfung ihrer Repressalien gegen die demokratischen Organisationen und alle Andersdenkenden.

Die in Belfast tagende Nordirlandkonferenz ist festgefahren. Nordirlandminister Atkins erklärte im Unterhaus, daß in den mehr als zwei Konferenzmonaten nicht der geringste Fortschritt erreicht wurde. Die Konferenz wurde auf Initiative der Toryregierung einberufen, die den Parteien Nordirlands den Entwurf einer äußerst begrenzten Autonomie für Ulster aufzuzwingen sucht, wobei die Kontrolle Londons über die Lösung der wichtigsten Fragen beibehalten wird.

Amerikanische Sportler verurteilen entschieden die gegen die Olympischen Spiele gerichtete Kampagne des Weißen Hauses und verlangen, die Einmischung der Administration in die Belange des Sports zu beenden sowie die Athleten nicht daran zu hindern, an der Moskauer Olympiade teilzunehmen. In Colorado Springs konstituierte sich die Organisation Vereinigte Sportler für die Olympischen Spiele.

In letzter Zeit rüsten die USA verstärkt Pakistan auf, wobei sie die Entsendung sowjetischer Truppen nach Afghanistan als Vorwand benutzen. In Wirklichkeit aber will Washington Pakistan zu seinem Aufmarschgebiet in Asien und im Indikraum machen. Afghanistan, früher ein rückständiges und feudales Land, hat den Weg sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts eingeschlagen. Das mißfällt den USA, Pakistan und China. Die Studenten in Puna bekunden ihre volle Unterstützung für die revolutionäre Regierung Afghanistans und danken der UdSSR für die militärische und wirtschaftliche Hilfe an dieses Land.

Raghav KURUP  
Puna, Indien

Die jetzigen Handlungen der US-Administration erinnern mich an die Äußerung eines amerikanischen Politikers: Als innere Probleme die USA heimsuchten, brach wie auf Befehl der Vietnamkonflikte aus. Ob Carter nicht in diesem Sinne nach Johnsons Rezept zu verfahren gedenkt?

S. MURASCHKIN  
Wladimir, RSFSR

Neuseeland erstickt ebenso wie jedes andere Land der westlichen Welt geradezu an verschärften sozialen Problemen und Widersprüchen. Wachsende Arbeitslosigkeit, steigende Mieten, ernste Probleme im Gesundheits- und Bildungswesen, in der Sozialversicherung, die niedrigen Löhne... Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit verschärft sich, wie der Generalstreik vom 20. September 1979 gezeigt hat. Zudem ist die Regierung Neuseelands in den antisowjetischen, antikommunistischen Chor des Westens eingestimmt. Das ging natürlich nicht ohne direkten Druck Washingtons. Man erzählt uns viel von einem „russischen Expansionismus“, doch ohne das irgendwie zu beweisen. All das zeigt nur ein weiteres Mal, daß der Kapitalismus, der für seine „Rettung“ zu allen nur möglichen Lügen und Tricks greift, ein System ohne Zukunft ist.

Roger DAVEY  
Tokoroa, Neuseeland



# EINHEIT – STÄRKE DER ARBEITERKLASSE

Von Jahr zu Jahr nehmen die Solidarität der Werktätigen und die Geschlossenheit der Weltgewerkschaftsbewegung zu. Die sowjetischen Gewerkschaften betrachten es als ihr wichtiges Anliegen, auf den Ausbau der brüderlichen Zusammenarbeit der Werktätigen aller Länder hinzuwirken sowie den Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt zu unterstützen. Alexej SCHIBAJEW, der Vorsitzende des Zentralrates der Sowjetischen Gewerkschaften (WZSPS), berichtete dem NZ-Korrespondenten Leonid Mletschin über die internationalen Kontakte der sowjetischen Verbände.



## Welches sind die wichtigsten Richtungen in der internationalen Tätigkeit der sowjetischen Gewerkschaften!

Vor allem der Kampf für die Entspannung und die Einstellung des Wettrennens. Diesen Problemen sieht sich die gesamte Menschheit gegenüber. Ferner tun wir viel, um die brüderliche Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften der sozialistischen Länder auszubauen, die proletarische Solidarität mit der Gewerkschaftsbewegung in der kapitalistischen Welt zu festigen und die Werktätigen der Entwicklungsstaaten zu unterstützen.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung ist eine beachtliche politische Kraft. Heute vereinigen die Gewerkschaften über 300 Millionen Menschen und spielen eine immer größere Rolle bei der Gewährleistung der Lebensinteressen der Werktätigen und der sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte. Der Einfluß der Gewerkschaftsbewegung auf die Weltpolitik nimmt zu. Die Aktionen der Werktätigen für Frieden und Entspannung, gegen den Militär-Industrie-Komplex sind von eminenter positiver Bedeutung.

Schon auf dem I. Gesamttrussischen Gewerkschaftskongreß (Januar 1918) wurde betont: „Die Gewerkschaftsbewegung Rußlands wird ihre großen Aufgaben nicht bewältigen können, wenn sie nicht die engsten Kontakte zur internationalen Gewerkschaftsbewegung herstellt.“ Die Leninschen Prinzipien des proletarischen Internationalismus und der Solidarität mit dem Kampf der Werktätigen in der ganzen Welt finden ihren Ausdruck in der gesamten internationalen Tätigkeit des WZSPS.

Von außerordentlich großer Bedeutung sind die brüderlichen Verbindungen mit den sozialistischen Ländern. Die Zusammenarbeit zwischen ihren Gewerkschaften richtet sich darauf, die Freundschaft unserer Völker zu festigen und die Stärke der sozialistischen Gemeinschaft zu steigern. Mit den Ge-

werkschaftszentralen der RGW-Länder hat der Zentralrat der Sowjetischen Gewerkschaften gemeinsame Pläne für die Hauptrichtungen des Wirkens; diese Pläne entsprechen den Grundinteressen der Werktätigen und ermöglichen es den Gewerkschaften, mehr zum Aufbau der neuen Gesellschaft beizutragen.

Zur Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften der Bruderländer gehören die Wettbewerbe um den Berufsbesten im Rahmen mehrerer Länder, der Austausch von Wanderausstellungen der Leistungen von Erfindern und Rationalisatoren und die Kontakte zwischen den Werktätigen verwandter Betriebe, ferner selbstverständlich der Austausch von Arbeiterbrigaden, die unmittelbar in der Produktion eingesetzt werden, über ihre wertvollen technologischen Erfahrungen berichten und sich zugleich mit dem Leben in den anderen Bruderländern bekannt machen. Unserer Meinung nach sind die Freundschaft, Kameradschaft und gegenseitige Hilfe der Arbeiter in den sozialistischen Ländern ein mächtiger Entwicklungsfaktor der sozialistischen Wirtschaft. Es erweitert und vertieft sich der sozialistische Wettbewerb zwischen Arbeitskollektiven. Das ist von großer Bedeutung dafür, das Komplexprogramm der sozialistischen ökonomischen Integration zu erfüllen.

## Auf internationaler Ebene streben die Gewerkschaftszentralen der sozialistischen Länder die Einheitsaktionen der weltweiten Gewerkschaftsbewegung in den wichtigsten Gegenwartsfragen an. Welche Aufgaben werden da gestellt!

Uns vereint vor allem der gemeinsame Kampf für Frieden und Entspannung. Wenn wir uns für die Aktionseinheit der drei wichtigsten internationalen Gewerkschaftszentralen — des Weltgewerkschaftsbundes, des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und des Weltverbands der Arbeitnehmer —

einsetzen, gehen wir von der real bestehenden objektiven Notwendigkeit aus. Die Aktionseinheit der Gewerkschaften aller Richtungen ist ein Gebot der Zeit.

Alle Werktätigen der Welt, welcher Ideologie auch immer, sind daran interessiert, daß ihre Rechte und Interessen gewährleistet werden, daß ein dritter Weltkrieg verhütet und ein günstiges Klima in den internationalen Beziehungen herbeigeführt wird. Die Abrüstung würde gewaltige Produktivkräfte und unschätzbare Ressourcen für die friedliche Wirtschaftsentwicklung, für die Erhöhung des Lebensstandards der Arbeitenden, für den Umweltschutz und die Lösung weiterer dringender Probleme freisetzen.

Hierzu nur ein Beispiel. Mangels der Mittel wird die Verwirklichung des internationalen Programms zur Bekämpfung der Malaria hinausgeschoben; dabei ist sie in 66 Entwicklungsländern mit mehr als einer Milliarde Einwohner verbreitet. Das Programm erfordert 450 Mio Dollar, d. h. nur ein Drittel des Preises eines mit Kernraketen bestückten U-Bootes „Trident“.

Ausgehend von den Prinzipien der Klassensolidarität, unterstützen wir die Werktätigen der kapitalistischen und der Entwicklungsländer in ihrem Kampf gegen die Politik der transnationalen Monopole, für eine internationale Wirtschaftsordnung, die mit dem imperialistischen Raub an den Reichtümern der jungen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas Schluß machen würde.

Die Koordinierung des Vorgehens aller Gewerkschaftszentralen ist möglich und notwendig.

## Was könnten Sie über die gewerkschaftliche Zusammenarbeit auf europäischer Ebene sagen!

In den letzten Jahren wurden drei Europäische Gewerkschaftskonferenzen abgehalten. Sie fanden Beachtung bei der breiten Öffentlichkeit und bei den Regierungen einiger Länder. Die Konferenzen waren ein wirksames Instrument der Entspannung. An ihnen nahmen fast alle nationalen Gewerkschaftszentralen teil. Zur Erörterung standen Probleme der Arbeitslosigkeit, der Berufsausbildung der Jugendlichen und der Umweltschutz. Meines Erachtens haben solche europäischen Konferenzen gute Aussichten.

Es gibt sehr viele Probleme, deren Lösung gemeinsame Anstrengungen der europäischen Gewerkschaften aller Richtungen erfordert. Eines davon ist der Einfluß der modernen Technologie auf die Lage der Werktätigen. Dieses



Thema soll auf der IV. Europäischen Gewerkschaftskonferenz 1981 diskutiert werden.

Die wissenschaftlich-technische Revolution wirkt sich im Sozialismus und im Kapitalismus grundsätzlich unterschiedlich aus. Aber als gigantischer Beschleuniger des Fortschritts bringt sie einige allen Ländern gemeinsame Probleme hervor: Organisation der Produktion, Arbeit-, Umweltschutz, darunter in der Produktion, Aus-, Weiterbildung sowie Umschulung der Fachkräfte. Die Gewerkschaften legen großen Wert darauf, Erfahrungen beim Schutz der sozialen Interessen der Arbeiter, bei der Wahrung des schöpferischen Charakters der Arbeit und bei der Verminderung von deren Intensivierung auszutauschen.

Ein ausgiebiger Meinungsaustausch ist dabei sehr fruchtbar, zumal da der Imperialismus der Festigung der europäischen Entspannung immer neue Hindernisse in den Weg legt. Die Werktätigen des Kontinents sind berechtigt, von den Gewerkschaften aktive und konsequente Handlungen zum Schutz ihrer Interessen zu erwarten. Die Politik der UdSSR im Bereich der Abrüstung entspricht den Hoffnungen der Werktätigen Europas und auch aller anderen Kontinente. Der Ost-West-Handel sichert mehr als 2 Millionen Personen in den kapitalistischen Ländern Beschäftigung. Dabei sind in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern noch bei weitem nicht alle Möglichkeiten erschöpft. Die UdSSR ist, wie alle ihre Kontrahenten im Ausland sagen, ein zuverlässiger Partner. Die ungewissen Aussichten der kapitalistischen Wirtschaft machen die Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten sehr wertvoll für die Werktätigen in jenen westeuropäischen Ländern, die zu den bedeutenden Partnern der Sowjetunion gehören.

**Gewöhnlich sagen bürgerliche Politiker, daß die Abrüstung und die Umstellung der Industrie auf friedliches Gleis mit der Massenarbeitslosigkeit drohe, weil angeblich die Rüstungsbetriebe davor schützen. Welche Auffassung vertreten Sie in dieser Frage!**

Ich teile restlos den Standpunkt der führenden sowjetischen und ausländischen Wissenschaftler, die anhand von Fakten und Zahlen bewiesen haben, daß Abrüstung ein machtvolleres Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist. Kämen die von der NATO jährlich verausgabten horrenden Summen dem Menschen zugute, würde die Welt einen großen Schritt vorwärts tun.

Nach Berechnungen von Wirtschaftsexperten schaffen 370 000 Dollar in Rüstungsaufträgen nur einen einzigen

zusätzlichen Arbeitsplatz. Dagegen bedeutet die gleiche Summe in der zivilen Industrie 5 neue Arbeitsplätze.

Aber der Imperialismus und der Militär-Industrie-Komplex des Westens, die aus der Produktion immer teurerer Waffen Riesenprofite erzielen, forcieren die materielle Kriegsvorbereitung weiter. Die Monopole ziehen der Entspannung die für sie profitable Konfrontation vor und setzen sich über die Lebensinteressen der werktätigen Millionen hinweg. Die nationalen Gewerkschaftszentralen und die gesamte Gewerkschaftsbewegung der Welt können und müssen diesen gefährlichen Tendenzen, die den Lebensstandard im Westen senken, entgegenwirken.

Im vorigen Jahr organisierte der WZSPS in der Sowjetunion ein internationales Symposium zum Thema „Die Werktätigen Europas und die sozialen Probleme der Abrüstung auf der gegenwärtigen Etappe“. Seine Teilnehmer bestätigten, daß die Aktionseinheit der Gewerkschaften not tut und daß die größten Gewerkschaftsvereinigungen, die starken Einfluß auf die öffentliche Meinung haben, konkrete Aktionen durchführen müssen. Gegenwärtig arbeiten die sowjetischen Gewerkschaften darauf hin, daß eine Weltgewerkschaftskonferenz zu sozialökonomischen Fragen der Abrüstung einberufen wird. Schon ihre Durchführung würde die Wichtigkeit des Kampfes für Abrüstung vor Augen führen und ein Programm koordinierter Aktionen erst ein Orientierungspunkt für die Arbeiterklasse aller Länder sein.

**Da Sie unlängst an der 14. Sitzung der Ständigen sowjetisch-japanischen Gewerkschaftskommission in Tokio teilnahmen: Wie entwickeln sich die Kontakte mit den japanischen Kollegen!**

Unsere Zusammenarbeit mit den beiden wichtigsten viele Millionen Mitglieder zählenden Gewerkschaftszentralen Japans — dem SOHYO (Generalrat der Gewerkschaften) und dem Churitsu Roren (Vereinigter Kongreß neutraler Gewerkschaften) — gestaltet sich immer umfassender und ergiebiger: Wir veranstalten regelmäßige bilaterale Treffen, Seminare und Delegationsaustausche.

Unsere Gewerkschaftszentralen wirken gewiß unter verschiedenen Bedingungen, doch sind wir uns eins in dem Wunsch, für Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit, gegen Imperialismus und Hegemonismus zu kämpfen. Wir solidarisieren uns mit dem Kampf der japanischen Werktätigen für ihre Lebensinteressen, gegen die Wiederbelebung des Militarismus und das japanisch-amerikanische Militärbündnis, das eine ständige Gefahr für den Frieden in Asien ist. Sehr wichtig ist, daß die Gewerkschaftszentralen Japans eindeutig die Festigung und Entwicklung der gut-

nachbarlichen, freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern und eine fruchtbare, für beide Seiten nützliche Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Handel und Kultur befürworten. Trotz antisowjetischer Kampagnen in der bürgerlichen Presse schätzten die Delegationen von SOHYO und Churitsu Roren die Errungenschaften der sowjetischen Werktätigen hoch ein.

**Eine analoge Ständige Kommission verbindet den WZSPS mit den finnischen Gewerkschaften. Was zeigen diese Arbeitserfahrungen!**

In die Zusammenarbeit mit der UdSSR haben sich jetzt praktisch alle Gewerkschaften Finnlands eingeschaltet; Ende v. J. unterzeichneten wir mit ihnen ein Protokoll über Zusammenarbeit. Unsere freundschaftlichen Kontakte sind auch durch gemeinsame Arbeit untermauert. Die Ausführung sowjetischer Aufträge und zweiseitiger Vorhaben sichert Zehntausenden Arbeit. Besonders nützlich sind die Treffen sowjetischer und finnischer Arbeiter, denn dabei können sie einander besser kennenlernen und die sie beschäftigenden Probleme erörtern. Es wäre falsch, sich die gewerkschaftliche Zusammenarbeit nur als Konferenzen und Seminare vorzustellen. In Wirklichkeit sind es vor allem unmittelbare Kontakte von Menschen, die in verschiedenen Ländern, unter verschiedenen Bedingungen leben und arbeiten, doch in gleichem Maße nach Weltfrieden und sozialer Gerechtigkeit streben.

**Die ideologischen Gegner des Sozialismus reden viel davon, daß die proletarische Solidarität der Vergangenheit angehört, daß die Gewerkschaftsbewegung heute ihren internationalistischen Charakter eingebüßt habe.**

Im Gegenteil, in der Welt von heute nimmt die Rolle der Arbeiterklasse unablässig zu, die Arbeiterbewegung wird ein höchstwichtiger Faktor des gesellschaftlichen Fortschritts.

Die Werktätigen in den kapitalistischen Ländern müssen aber hart kämpfen, um auch nur die elementarsten Menschenrechte, vor allem das Recht auf Arbeit, zu erringen. Das Märchen von einer „Gesellschaft gleicher Chancen“ wird längst nicht mehr geglaubt. Der Kampf zwischen Arbeit und Kapital wird immer erbitterter, Streiks von Millionen Werktätigen erfassen immer aufs neue die Länder Westeuropas und Amerikas. Hierbei werden auch politische Forderungen erhoben.

Auf der gegenwärtigen Entwicklungsetappe der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wenden die Werktätigen neue Kampfformen und -methoden an. Sie wollen ihn machtvoller und ef-



fektiver machen und wirken mit zunehmender Beharrlichkeit auf die Aktionseinheit und die Festigung der Arbeitersolidarität hin.

Ein bedeutendes Ereignis des neuen Jahres wurde der Generalstreik von 100 000 Arbeitern der britischen staatlichen Gesellschaft „British Steel“, der größte im letzten halben Jahrhundert. Er ist ein Beispiel der erstarken der Solidarität verschiedener Kolonnen der Arbeiterklasse: Die Streikenden wurden vom Britischen Trade-Union-Kongreß und von den wichtigsten Verbänden Großbritanniens unterstützt.

Seit fast 50 Monaten stehen die Arbeiter der Chaix-Druckerei im Pariser Vorort Saint-Ouen auf Streikposten, um den Abtransport der Ausrüstungen und die endgültige Schließung des Betriebs zu verhindern. Sie haben keine Arbeit, keine Arbeitslosenunterstützung, halten jedoch mutig durch. Nur die breite Solidarität und brüderliche Hilfe der anderen französischen Werktätigen erlauben es ihnen, den Kampf beharrlich weiterzuführen.

In Italien beteiligten sich am 15. Januar über 14 Millionen Werktätige an einem auf Initiative des Einheitsverbands von drei Gewerkschaftszentralen ausgerufenen 8stündigen Generalstreik.

In den ersten Wochen d. J. fanden Massenaktionen, Kundgebungen, Streiks in Betrieben, Zweigen und bisweilen auch im gesamtationalen Maßstab in Spanien, Kanada, der BRD, der RSA, in Chile und Portugal, kurz, fast in allen kapitalistischen Ländern, statt.

Die Arbeiterklasse Westeuropas entfaltet einen umfassenden Kampf gegen die Neutronenbombe und die Stationierung der neuen Raketenkernwaffen in Europa. Der gefährliche NATO-Beschluß, den Washington den westeuropäischen Ländern aufgezwungen hat, wurde von nationalen Gewerkschaftszentralen und vom WGB scharf kritisiert. Auch das ist eine Äußerung der Klassensolidarität der Werktätigen. Durch die Verschärfung der internationalen Spannungen und die antisowjetische Kampagne im Westen versuchen die imperialistischen Kreise, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu unterminieren und die Gewerkschaftsbewegung zu spalten. Die bürgerliche Propaganda entstellt plump die freundschaftliche Hilfe der UdSSR für das afghanische Volk, die gerade vom Gefühl der Klassensolidarität diktiert war, und will Mißtrauen gegen die UdSSR und deren Politik hervorrufen. Doch lassen sich die Werktätigen nicht irreführen. Im WZSPS laufen Briefe von allen Kontinenten ein, in denen die sowjetische Politik gebilligt, die Handlungsweise der USA-Administration aber empört abgelehnt wird. Auf eine ausgesprochen negative Reaktion der Weltöffentlichkeit stießen auch die unfairen Ver-

suche, die Sommerolympiade in Moskau zu vereiteln. Die französische CGT verurteilte als eine der ersten den Washingtoner Rummel zur Untergrabung der olympischen Bewegung. Viele andere fortschrittliche Gewerkschaftszentralen bezogen die gleiche Position.

Die Solidarität mit dem Ringen der Werktätigen in Ländern, wo faschistische und rassistische Regimes herrschen, erstarkt. Auf Initiative des WGB wurde unlängst eine Woche der Solidarität mit den chilenischen Werktätigen durchgeführt. Die Gewerkschaften vieler Länder verurteilen entschieden die rassistische RSA sowie die Diktaturen in Uruguay und Guatemala.

#### Wie entwickelt sich die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften der jungen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas?

Um die UdSSR und die Entwicklungsländer gegeneinander auszuspielen, behauptet die westliche Propaganda, die Sowjetunion habe ihnen nie Hilfe erwiesen, ja sei überhaupt eine Gefahr für sie. Es ist seit langem ein Wunschtraum des Imperialismus, die Länder, die mit ihrer selbständigen Entwicklung eben erst begonnen haben, mit der UdSSR zu verfeinden und die sozialistischen Staaten zu verleumden. Vom „Hegemonismus“ der sowjetischen Politik wird nicht erst seit einem Jahrzehnt gefaselt.

Aber die Entwicklungsländer wissen sehr gut, wer ihre wahren Freunde sind. Die Sympathien der sowjetischen Werktätigen sind stets auf Seiten jener, die eine klassenlose Gesellschaft aufbauen und einen selbständigen Entwicklungsweg wählen. Deshalb wird die UdSSR nach wie vor uneigennützig den jungen Staaten wie Angola, Äthiopien oder der VDR Jemen helfen. Die ständige sowjetische Unterstützung ist ein wichtiger Faktor der nationalen Befreiungsbewegung.

Die sowjetischen Gewerkschaften entwickeln und festigen die freundschaftlichen Verbindungen und die vielseitige Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften anderer Entwicklungsländer, darunter denen Indiens, Sambias und der Türkei. Mit vielen Gewerkschaftszentralen haben wir Abkommen über Freundschaft und die Grundlagen der Zusammenarbeit. Wir helfen ihnen bei der Schulung von Gewerkschaftsaktivisten, und sie nutzen die Erfahrungen, die sie unter den konkreten Bedingungen ihrer Gesellschaftsordnung anwenden können.

Ich kann mit Bestimmtheit sagen: Unser Volk ist Freund und Bundesgenosse aller Werktätigen in den Entwicklungsländern, die ein neues Leben aufbauen, aller Werktätigen der Welt, die für Frieden, Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt kämpfen.

### RINGEN UM „SOLIDARITÄT“

Einigen Politikern aus den NATO-Ländern zufolge erleben wir die Entstehung einer „politischen Einheitskonzeption des Westens“ als dessen Antwort auf die Entwicklung in Afghanistan. Die atlantischen Weisen konferieren immer wieder, bald in Washington (man denke an Bundeskanzler Helmut Schmidt), bald in den anderen Hauptstädten der NATO-Länder.

Dabei gibt es keine kollektiv ausgearbeitete Konzeption. Es gibt nur die Carter-Doktrin, die den Zweck hat, die Konfrontation mit der sozialistischen Welt und jenem Teil der dritten Welt anzukurbeln, der nicht von Washington aus manipuliert zu werden wünscht. Diese Doktrin soll zur gemeinsamen strategischen Konzeption der NATO erhoben werden.

Es geht darum, die europäischen NATO-Länder soweit zu bringen, daß sie ihr Territorium als Umschlagpunkte und Waffendepots für die Verlegung von US-Truppen nach dem Nahen Osten und nach Südostasien zur Verfügung stellen, es erlauben, ihren Luftraum zum gleichen Zweck zu nutzen, und daß sie schließlich unmittelbare Gendarmenfunktionen am Persischen Golf und im Indischen Ozean übernehmen.

Wird es den europäischen NATO-Ländern gelingen, sich von Washington nicht in den gefährlichen Strudel seiner Politik im Nahen und Mittleren Osten hineinreißen zu lassen? Wird bei den europäischen Führern die Vernunft die Oberhand gewinnen?

Solidarität ist schön — wenn sie nicht aufgezwungen wird. In Washington aber versteht man unter Solidarität nur absolutes Parieren. Verweigern die Partner eine solche „Solidarität“, wird sie ihnen aufoktroziert. Sind die Partner nachgiebig, um so schlimmer für sie. Im vorigen Herbst „beglückten“ die USA Westeuropa mit neuen Nuklearwaffen. In diesem Frühjahr versuchen sie es mit der Aussicht auf eine europäische Eingreiftruppe nach dem Muster der vom Pentagon.

W. KUSNEZOW



# SIMBABWE VOR DER UNABHÄNGIGKEIT

Sergej KULIK

Die Ergebnisse der Wahlen in Rhodesien wurden in Afrika und in der ganzen Welt mit besonderer Spannung erwartet. Ging es ja bei diesen Wahlen nicht darum, ob die britische Kolonie Rhodesien die afrikanische Bezeichnung Simbabwe erhalten würde, nicht einmal darum, ob Rhodesien durch diese Wahlen ein formell unabhängiger Staat wird — das war schon vorher entschieden. Vielmehr stand die Frage, ob Simbabwe tatsächlich unabhängig wird oder ob es nur eine neokolonialistische Herrschaft maskiert werden sollte. Davon hängen die Beziehungen des unabhängigen Simbabwe zu den anderen afrikanischen Staaten ab, vor allem zu den Nachbarländern. Werden an ihren Grenzen Ruhe und Frieden herrschen oder aber wird es dort nach wie vor zu Provokationen und bewaffneten Überfällen kommen?

Die Wahlen erfolgten in zwei Etappen. Am 14. Februar stimmten die Weißen ab, für die gemäß der auf der Londoner Konferenz erarbeiteten Verfassung 20 von 100 Parlamentssitzen reserviert waren. Alle diese 20 Mandate erhielt die Rhodesische Front, die Partei von Ian Smith.

An der zweiten Etappe der Wahlen (27.—29. Februar) nahm nur die afrikanische Bevölkerung teil. Den Vertretern des Volkes von Simbabwe waren 80 Parlamentssitze vorbehalten. Um diese Mandate kämpften die Afrikanische Nationalunion von Simbabwe (ZANU) unter Robert Mugabe, die Afrikanische Volksunion von Simbabwe (ZAPU) unter Joshua Nkomo und der Vereinigte Afrikanische Nationalrat unter Bischof Abel Muzorewa.

ZANU und ZAPU hatten sich in den Jahren des bewaffneten Volkskampfes für die Unabhängigkeit in der Patriotischen Front zusammengeschlossen, die diesen Kampf leitete. Doch zu den Wahlen traten sie getrennt an, wobei sie volle Loyalität gegenüber dem Partner bewahrten. Muzorewa, Marionette der britischen Kolonialherren und der rassistischen Kräfte, war im Grunde der einzige Wahlgegner der Patriotischen Front.

Kurz vor den Wahlen hatten die meisten Beobachter einen Erfolg Mu-

gabes und Nkomos prophezeit. Doch kaum jemand hatte geglaubt, daß sie einen so beeindruckenden Sieg erringen und Muzorewa eine so vernichtende Niederlage einstecken würde. Fast 63 Prozent der Wähler hatten für die ZANU gestimmt (57 Mandate). Die ZAPU erhielt 24 Prozent der Stimmen (20 Sitze). Die patriotischen Kräfte verfügen also über 77 Parlamentssitze, d. h. die absolute Mehrheit.

Muzorewa hingegen bekam nur 8 Prozent der Stimmen (3 Mandate).

Der Wahlsieg von ZANU und ZAPU ist ein Erfolg nicht nur dieser Parteien, sondern des ganzen Volkes. Die Wahlen haben gezeigt, daß die afrikanische Bevölkerung von Simbabwe aus dem langjährigen Befreiungskrieg politisch reif und in dem Bewußtsein hervorgegangen ist, daß nur die Patriotische Front das Land zu wahrer Unabhängigkeit führen kann.

Der Triumph der patriotischen Kräfte von Simbabwe ist um so überzeugender, als sie den Wahlkampf unter sehr komplizierten Bedingungen führen mußten. Das Londoner Abkommen verlangte, daß die britische Verwaltung unter Lord Soames, dem die Durchführung der Wahlen oblag, unvoreingenommen zu sein hatte. Doch Soames ignorierte die zahlreichen Störungen des Wahlablaufs. In einigen Landesteilen wurden die Kandidaten der patriotischen Kräfte behindert, und bisweilen untersagte man ihnen sogar die Wahlkampagne. Viele Aktivisten der ZANU und der ZAPU, ja selbst Kandidaten dieser Parteien wurden verhaftet.

Muzorewa hingegen wurde jegliche Unterstützung zuteil, er wurde großzügig finanziert. Transportmittel wurden ihm überlassen — zu Versammlungen flog er mit einem Hubschrauber. Und um seine Anhänger aus der Provinz zu einer Kundgebung nach Salisbury zu schaffen, mietete er 19 Züge, 600

Autobusse und 150 LKWs. Diese Kundgebung wurde mit viertägigen Feierlichkeiten abgeschlossen; ihre Teilnehmer wurden umsonst beköstigt und zudem noch beschenkt. Der Reuter-Korrespondent, der von diesen opulenten Veranstaltungen berichtete, mußte dennoch eingestehen, daß „dabei weniger Personen zugegen waren als bei der Begrüßung Nkomos und Mugabes bei ihrer Rückkehr aus der Emigration“.

Von Bedeutung für den Sieg von ZANU und ZAPU waren die Wahlmanifeste dieser Parteien, vor allem die dort bekundete Absicht, eine Außen- und Innenpolitik für die Volksmassen und im richtig verstandenen nationalen Interesse zu verfolgen. Beide Parteien bekundeten ihre Entschlossenheit, einen Kurs der Nichtpaktgebundenheit zu verfolgen, friedliche Beziehungen zu den Ländern des kapitalistischen wie des



Robert Mugabe auf einer Wahlkundgebung

Aus „Newsweek“ (USA)

sozialistischen Systems zu entwickeln sowie der OAU und der UNO beizutreten.

In der Innenpolitik steht die Regierung des unabhängigen Simbabwe vor schwierigen Aufgaben: Unter anderem sollen die landlosen und Kleinbauern Boden erhalten. Im kolonialen Rhodesien gehört 6000 weißen Farmern soviel Land wie den 600 000 afrikanischen Familien. Soziale Umgestaltungen tun also not. Die Führer von der ZANU und ZAPU erklären, sie würden die Umgestaltungen allmählich und unter Berücksichtigung der sozialen, wirtschaftlichen und historischen Besonderheiten des Landes durchführen. Dem ZANU-Wahlmanifest zufolge sollen die landlosen Bauern Boden erhalten, indem ihnen brachliegende oder von den Europäern aufgegebenen Flächen übereignet werden.

Große Tragweite hat die Einstellung zum Privatkapital in der Industrie. Rhodesien ist reich an Bodenschätzen: Kohle, Chromerz,



seltene Metalle und Gold. All diese Reichtümer werden vom Monopolkapital kontrolliert, insbesondere von britischem Kapital. Im ZANU-Manifest hieß es, daß die Unternehmer bei einem Wahlsieg der Partei Garantien erhalten würden, doch zugleich solle die „Notwendigkeit der direkten Beteiligung des Staates am Bergbau“ geprüft werden.

Eine weitere Hypothek sind die Beziehungen zwischen Weißen und Afrikanern. Diese Beziehungen waren früher alles andere als idyllisch. Die Politik der Rassendiskriminierung, die der rassistische Flügel der weißen Minderheit verfolgte, hat den Afrikanern viel Leid gebracht. Doch Europäer wie Afrikaner wollen weiter in Simbabwe leben — davon lassen sich die Führer der ZANU und der ZAPU leiten. Während sie deutlich Stellung gegen den Rassismus nehmen, haben sie gleich nach dem Wahlsieg erklärt, daß es „in einem unabhängigen Simbabwe Platz für alle geben wird“.

Die Wahlmanifeste der ZANU und der ZAPU enthalten neben der Ankündigung, das Agrarproblem zu lösen und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, die Versprechen, Wohnraum zu schaffen, die kostenlose medizinische Betreuung und die Schulpflicht einzuführen sowie alle Diskriminierungsformen zu beseitigen.

All diese Probleme müssen angegangen werden, zunächst aber steht die Bildung neuer Machtorgane, vor allem einer Regierung, auf der Tagesordnung. Die Kolonialisten wollten natürlich keineswegs Robert Mugabe als Ministerpräsident von Simbabwe sehen. Doch die Wahlergebnisse ließen das erforderlich werden. Mugabe erklärte, gleich nachdem er von Lord Soames mit der Regierungsbildung beauftragt worden war, er betrachte die ZAPU als natürlichen Verbündeten der ZANU in einer Regierungskoalition. „Wir haben gemeinsam den bewaffneten Kampf geführt, gemeinsam sind wir auf der Londoner Rhodesienkonferenz aufgetreten und gemeinsam werden wir den unabhängigen und freien Staat Simbabwe errichten.“ Pressemeldungen zufolge hat Nkomo diese Erklärung Mugabes positiv aufgenommen und versprochen, zusammen für die Stabilität Simbabwes zu wirken.

Doch die Aussicht auf eine Rhodesienregelung, die auf der Respektierung des klar bekundeten Volkswillens basiert, gefällt gewiß jenen nicht, die in den vergangenen 15 Jahren das Rassistenregime in Rhodesien unterstützten und versuchten, es zu einem Anhängsel der RSA zu machen. „Der Sieg Robert Mugabes bei den Wahlen in Rhodesien

hat die Londoner City erschüttert, da sich Befürchtungen über eine Destabilisierung im ganzen südlichen Afrika einstellen“, meldete AFP. Der Kurs der rhodesischen Staatsanleihen und der Aktien britischer Firmen im „Rhodesiengeschäft“ ist stark gefallen. Ebendaher nimmt die jetzige Panikmache der Monopressen von einer „wachsenden Instabilität“ im südlichen Afrika und von einer „Gefahr“ für die RSA, die sich angeblich von „feindlich gesinnten Ländern umgeben sieht“, ihren Ausgang. Derartige Äußerungen sind nichts weiter als die direkte Aufhetzung der RSA zur Einmischung in die Angelegenheiten Simbabwes. Eine Bedrohung gibt es wirklich, da RSA-Premierminister Botha — obgleich er die weiße Bevölkerung Rhodesiens aufrief, „zu lernen, mit den Ergebnissen der Wahlen zu leben“ — drohte, er werde „Gewalt anwenden“, wenn er meine, daß die Politik Simbabwes „die Sicherheit der RSA untergräbt“.

Gewisse Befürchtungen weckt auch die Haltung der rhodesischen Armee, deren Oberkommando dem Londoner „Daily Mail“ zufolge „ihre eigenen Ideen über die Zukunft Rhodesiens“ hat. Auch der politische Leichnam Muzorewa meldet sich wieder: Er erklärt, er sei mit dem Wahlausgang nicht einverstanden und werde Neuwahlen verlangen.

Das neue unabhängige Simbabwe hat es nicht leicht. Der junge Nationalstaat hat viele Feinde, doch auch zahlreiche Freunde, mit deren Unterstützung und Hilfe er stets rechnen kann. „Die OAU wird keinerlei Einmischung von wem auch immer in die Angelegenheiten Simbabwes zulassen...“, heißt es in einer Erklärung des OAU-Generalsekretariats. „Afrika wird mit seiner ganzen Macht das Volk von Simbabwe unterstützen, wenn seine schwer errungene Unabhängigkeit in Gefahr gerät.“ Das Volk von Simbabwe hat Freunde auch auf anderen Kontinenten.

Die Festigung der Einheit aller patriotischen Kräfte des Landes ist entscheidend, damit die Befreiung Simbabwes vom Kolonialjoch unumkehrbar wird. Die Patrioten haben einen glänzenden Wahlsieg errungen. Jetzt gilt es, diese Positionen zu halten und zu konsolidieren.

NZ

KOMMENTAR

## INKOMPETENT ODER PRINZIPIENLOS?

„Sehr viele in den USA ziehen den durchaus berechtigten Schluß, daß der Hauptgrund dieses sogenannten Fehlers die volle Inkompetenz der Administration ist“ — so charakterisierte der diplomatische Korrespondent der TV-Gesellschaft ABC die Handlungen von Präsident Carter, der den US-Vertreter im Sicherheitsrat, McHenry, desavouierte. Der offiziellen Version zufolge hat der US-Diplomat für eine Resolution gestimmt, die Israels Siedlungspolitik in den besetzten arabischen Gebieten verurteilt, da er angeblich eine Anweisung des Weißen Hauses nicht richtig verstanden habe. Darüber, daß die jetzige Administration einen „klaren außenpolitischen Kurs“ vermissen läßt, beklagt sich auch die „New York Times“.

Es sei dahingestellt, wie berechtigt diese „Komplimente“ für den Herrn des Weißen Hauses sind. Doch haben wir es hier weniger mit Inkompetenz als vielmehr mit prinzipienlosem Politikastertum zu tun, das so typisch für die USA ist und sich international negativ auswirkt.

Die besagte „New York Times“ schrieb, daß „das Weiße Haus zurückkrebste, um einen offenen Bruch mit Israel zu vermeiden, was zu einer Abkehr einflußreicher jüdischer Wähler geführt hätte, deren Unterstützung Carter für seine Wiederwahl braucht“.

Die USA haben nämlich von Israel und den zionistischen Organisationen in den USA einen Rüffel bekommen. Um den Expansionskurs Tel Avivs zu unterstützen, opferte Washington seine Ansprüche auf die Rolle eines „Freundes der Araber und des Islams“. Überdies ignoriert die derzeitige Washingtoner Mannschaft bei ihrer Jagd nach eigennützigem Vorteil sogar die Interessen des US-Monopolkapitals. Entspricht ja die Resolution, für die der US-Spitzen Diplomat stimmte, McHenry zufolge „der langfristigen Politik der USA“.

Und zumindest jene in der arabischen und islamischen Welt, die dazu neigen, Illusionen über die US-Politik zu hegen, mußten sich jetzt erneut eines Besseren belehren lassen. Wie unzuverlässig die derzeitige Administration als weltpolitischer Partner ist, wurde noch deutlicher.

A. STEPANOW



# BERUHINGUNGSMITTEL GEFRAGT

Wladimir LARIN

Ein trüber Himmel reicht bis zur Kuppel der St. Paul's Cathedral herab, drückt auf den Big-Ben-Turm, erfüllt London mit diffusem Licht und mit Stille, nimmt der Stadt Kontraste und scharfe Umrisse. Man glaubt zu verstehen, warum die Briten reserviert sind und gedämpft sprechen...

Unter dem Gewölbe der Westminsterabtei kritisieren die Labours die Tories wegen der zunehmenden Teuerung, Inflation und Arbeitslosigkeit, wegen der Streiks. Früher wurden die Tories von den Labours aus gleichem Grunde kritisiert. Nur daß die Labours sich (nach ihrer Auffassung) sozialistisch gaben, während die Tories die rein kapitalistische Idee verkündeten.

In welchem Stadium der Wohlfahrt befindet sich nun der britische Wohlfahrtstaat? Wie die eindrucksvolle Arbeit des Soziologieprofessors Peter Townsend von der Essex University „Armut in Großbritannien“ bezeugt, lebt ein Drittel der Bevölkerung in Armut bzw. hart an ihrem Rande. Viele Parlamentarier meinen, etwas sei doch erreicht worden. Nachdem sie im vorigen Jahr von den Tories eine Erhöhung ihrer Diäten erhalten hatten, bewiesen sie in Westminster besonders beredt, daß es nicht unbedingt notwendig sei, die Löhne der Stahlwerker zu erhöhen.

Das politische Pendel schwingt hin und her, die Probleme bleiben und verschärfen sich.

Big Ben schlägt die Uhr, der Greenwich-Meridian orientiert in Raum und Zeit. Am naßkalten Morgen wärmen sich die Streikposten aus den Stahlgießereien am Straßenfeuer. Am Leicester Square werden Filme uraufgeführt. In einer eigens dazu bestimmten Ecke des Hyde Park wird sonntags wie seit vielen Jahren unter dem wachen Auge von Polizisten die Redefreiheit ausgeübt. Schöne Amazonen und zur Leibesfülle neigende Gentlemen vollführen ihren morgendlichen Ritt. Im Park des Kensington Palace lassen Sonderlinge bunte Drachen steigen. Das sonst unnahbare „Harrods“-Kaufhaus zieht Mengen an: Winterausverkauf. Die Royal Academy of Arts veranstaltete eine schöne Ausstellung von Spätimpressionisten, die in dieser an Museen und Gemädegalerien reichen Stadt starken Zu-

spruch hatte. Vor dem British Museum steht das Riesenmodell eines altertümlichen Bootes: Hier findet die einmalige Ausstellung „Wikinger-Schätze“ statt.

Die Verkäufer von Nahrungsmittelgeschäften haben etwas hinzugelehrt: Von der Eröffnung bis zur Schließung kleben sie die Preisetiketten um. Die Zahlen darauf zeigen nur steigende Tendenz.

Wieder einmal gab es etwas Lärm darum, daß unterschiedliche Geheimdienste die Telefonate der freien Bürger Großbritanniens abhören und ihre Briefe lesen. Doch wurde das bald vergessen, das ist keine Sensation mehr.

Laut Statistiken essen die Engländer in den letzten Jahren weniger Fleisch und Fisch, dafür aber mehr Geflügel; das Lieblingsgetränk bleibt Bier, obwohl auch der Weinverbrauch gestiegen ist. Die Briten haben ihr Herz für die Do-it-yourself-Methode entdeckt — vielleicht weil es schwerfällt, einen guten Handwerker zu einem vernünftigen Preis zu bekommen. Immer mehr Frauen gehen einer Arbeit nach, besonders wenn sie Kinder haben.

Ist das Leben besser geworden? Ein Kommentator führte folgende Zahlen an: 1967 wurden in England 16 Mio, 1977 aber 25 Mio Rezepte für Beruhigungsmittel ausgeschrieben.

Die Bevölkerung führt die Schwierigkeiten des Lebens immer mehr auf die Tätigkeit der Tories zurück. Seit dem Mai 1979, als Margaret Thatcher in der Downing Street 10 einzog, ist nicht wenig Zeit vergangen, und es fällt immer schwerer, die Verantwortung auf die Politik der Labours abzuschieben.

Finanzminister Geoffrey Howe, der als der einzige von der Regierung ebenfalls in der Downing Street,

bloß in Nr. 11 wohnt (das betont seine Nähe zur Ministerpräsidentin und die Bedeutung der Wirtschaftspolitik im Vereinigten Königreich), meint: Die Wirtschaft sei „vom Kurs abgekommen“, ihre Triebwerke seien „im Verfall“, sie verknöchere, und ihre nächsten Aussichten seien „erschreckend schlecht“. Die USA-Zeitschrift „New Republic“ schrieb: „Alle Wirtschaftsdoktoren haben unabhängig von Spezialisierung und philosophischen Ansichten die Diagnose gestellt, daß Großbritannien schwer krank ist...“

Und weiter: In den letzten 30 Jahren wies Großbritannien das niedrigste wirtschaftliche Wachstumstempo unter den bedeutendsten Industrieländern auf. Nach dem zweiten Weltkrieg hatte es die höchsten Pro-Kopf-Einkünfte Europas (mit Ausnahme der neutralen Staaten Schweden und Schweiz). Allmählich aber wurde Großbritannien von allen Industrieländern außer Italien überholt. Das Bruttosozialprodukt betrug 1978 pro Kopf der Bevölkerung in Japan 6100 Dollar, in Großbritannien aber nur 4370 Dollar (etwa die Hälfte der entsprechenden Kennzahl der USA und der BRD). Die durchschnittlichen Einkünfte der britischen Familie stiegen 1973—1977 überhaupt nicht; 1978 war eine kleine Erhöhung festzustellen, aber 1979 gerieten die Wirtschaft und die Realeinkünfte erneut in eine Stagnation. Laut Prognosen werden diese beiden Kennziffern 1980 weitersinken. In Großbritannien wächst die Arbeitsproduktivität langsamer als in den wichtigsten Industrieländern. Die italienischen Arbeiter erzeugen mehr Waren in einer Stunde als die britischen. Die Effektivität der amerikanischen Autoindustrie ist fünfmal so groß wie die der britischen. In „Economist“ lesen wir, daß die Arbeitsproduktivität pro Beschäftigten in den britischen Leyland-Werken um 75% geringer als in den japanischen Autowerken ist.

Der Handel leidet unter der niedrigen Arbeitsproduktivität. Entfie-

Die Stahlwerker Englands streiken  
Aus: „Morning Star“  
(Großbritannien)





len auf Großbritannien 1954 bis zu 20% des Weltexports an Industriewaren, so 1975 nur noch 8,8%. Das Land führt ständig mehr ein, als es ausführt, und selbst das Erdöl der Nordsee verhalf ihm nicht zu einer aktiven Zahlungsbilanz.

Großbritannien weist ständig eine hohe Inflationsrate auf, die Arbeitslosigkeit nimmt überhand, die Zahl der Arbeitskonflikte steigt. In den 70er Jahren sank die Inflation nie unter 6%, am häufigsten waren es zweistellige Zahlen. Gegenwärtig beträgt die Inflation, aufs Jahr umgerechnet, 18,4% und soll laut hiesigen Schätzungen bis zum Sommer auf 20% steigen.

Gibt es einen Ausweg?

Verfolgt man die Äußerungen von Parlamentariern, Ministern und Journalisten, so hat man den Eindruck: Fast jeder von ihnen weiß, wie zu handeln ist. Besonders die Opposition findet ganz genaue Rezepte für die Regierung. Der Rezepte gibt es viele, die Krankheit aber schreitet fort.

Die Torys beginnen mit der Verwirklichung eines umfassenden Langzeitprogramms für die Reorganisation praktisch des gesamten Wirtschaftslebens. Das Programm beruht auf dem sogenannten Monetarismus und auf dem Prinzip, daß die Regierung an direkten Entscheidungen über Wirtschaftsfragen nicht teilnimmt. Wie ein Kritiker des Programms bemerkte, „behandelt es die Krankheit, befördert aber den Patienten ins Jenseits“. Die Regierung beabsichtigt, dem Anwachsen der Geldmasse auf Jahre hinaus genaue Grenzen zu ziehen. Es gelte, erklärt sie, die Produktivität der Wirtschaft dadurch zu erhöhen, daß die Regierung sich jeder Einmischung in die Tätigkeit der Privatunternehmer enthält. Zugleich lassen es die Torys auf eine offene Konfrontation mit den Gewerkschaften ankommen.

„Für die Modernisierung unserer Wirtschaft sind 10 Jahre nötig“, erklärte der Finanzminister. Er verwies auch darauf, daß sich der Fortschritt nicht mit so bekannten Maßen messen lasse, wie es kurzzeitiges Wachstumstempo der Wirtschaft oder Inflationsraten sind. Die Regierung scheint sich das Ziel gesetzt zu haben, der Bevölkerung einzureden, die Politik sei fest auf langfristige Aufgaben orientiert, und es werde keine Kurzschlußreaktionen bei jeder Krise geben.

Die „Tory-Revolution“ hängt damit zusammen, daß die traditionellen sozialökonomischen Strukturen niedergelassen werden. „Economist“ bemerkte, die Taktik von Sir Geoffrey Howe und von Mrs. Thatcher, das Leben zuerst schrecklich und

dann etwas besser zu machen, sei riskant. Vorläufig werden die Wirtschaftsbedingungen sogar schlechter, als jemand es angenommen hätte. Die Beweise sind die machtvolle Streikbewegung, die zunehmende Arbeitslosigkeit und Teuerung, das hohe Inflationstempo. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die weitgehenden Ideen der Torys an der sozialen Unzufriedenheit zerschellen. Der Streik der Stahlwerker von diesem Winter ist ja der größte seit dem Generalstreik von 1926.

Die Torys behaupten, ihre „Revolution“ brauche zwei Legislaturperioden, um sich zu bewähren. Ihre Lage ist heute ziemlich stabil, und zwar nicht nur wegen des eindrucksvollen Wahlsieges im Sommer v. J., sondern auch wegen der Zersplitterung der Opposition und des erbitterten Haders in der Labour Party. Schon jetzt aber mahnt „Economist“: „Keine einzige britische Regierung der letzten 20 Jahre hat ihre volle Zeit amtiert und die nächsten allgemeinen Wahlen überlebt. Es ist schon Regel: Nicht die Opposition siegt bei den Wahlen, vielmehr verliert die Regierung sie.“ Wenn die Ideen der Torys bei den Großunternehmern, Finanz- und Bodenmagnaten Unterstützung finden, so stehen die Arbeitslosen ganz anders dazu.

Als Industrieminister Keith Joseph, der als führender Ideologe der Torys gilt, sich zu den streikenden Stahlwerkern begab, um ihnen die betreffenden Ideen zu erläutern, wurde er mit Tomaten und faulen Eiern beworfen. Ein Gespräch kam nicht zustande. Die Arbeiter haben wohl ihre eigene Auffassung vom Problem: Die Nichteinmischung (der Regierung in die Angelegenheiten des verstaatlichten Sektors) ist ebenfalls Einmischung (Drosselung der Produktion und Liquidierung von Tausenden Arbeitsplätzen). Die Einschränkung der Produktion in so großen staatlichen Betrieben wie „British Leyland“ wird etwa 100 000 Personen arbeitslos machen.

Nach allem zu urteilen, hat der Eifer der Torys bei der Senkung der Sozialausgaben die wirtschaftlichen Schwierigkeiten schon vertieft und die Bevölkerung aufgebracht. Das Thatcher-Team gerate, bemerkt „Economist“ dazu, in die für die britische Regierung schon gewohnte Situation, die eines Belagerten.

Traditionen werden gestört, die Nachfrage nach Beruhigungsmitteln steigt. Früher hieß es: „Hat man in England die Stimme erhöht, wird man überhört.“ Heute überschlägt sich die Stimme der Ministerpräsidentin im Parlament nicht selten, wenn sie versucht, sich bei den Abgeordneten Gehör zu verschaffen.

## NICHTS DAZUGELERNT

Die vietnamesische Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der chinesischen Expansionisten und Hegemonisten wurde geschaffen, um den von der vorjährigen Aggression Pekings angerichteten Schaden festzustellen. Die Kommission setzt ihre Arbeit fort, nicht nur, weil sie bis heute noch über die Greuelthaten der 600 000 Mann starken chinesischen Truppen informiert wird. Die Verbrechen Pekings gegen das vietnamesische Volk dauern an. Im Februar d. J. verübten Banditen Überfälle auf vietnamesisches Territorium; friedliche vietnamesische Dörfer in den Grenzgebieten der SRV wurden, wie es in einem Kommuniqué heißt, im Februar d. J. beschossen. Am 16. Februar, als in Vietnam und China nach dem Mondkalender Neujahr begangen wurde, verletzten chinesische Truppen 6mal die SRV-Grenze und beschossen Ortschaften in den Provinzen Cao Bang, Ha Tuyen und Hoang Lien Son.

Ganze Trupps chinesischer Spione und Diversanten dringen über die Grenze ein. Sie sollen die innere Stabilität und Sicherheit Vietnams untergraben, wozu sie durch Flugblätter zu Terror und Sabotage aufhetzen.

Dieser Tage unternahm die Pekinger Führung eine weitere antivietnamesische Aktion. Die chinesische Seite beschloß von sich aus, die vietnamesisch-chinesischen Verhandlungen über die Normalisierung der bilateralen Beziehungen zu unterbrechen. Das ist ein grober Verstoß gegen die Übereinkunft über die nächste, 11. Zusammenkunft der Pekinger Verhandlungsrunde (die 5 ersten Zusammenkünfte der Regierungsdelegationen der SRV und Chinas fanden im April und Mai v. J. in Hanoi statt).

Nach allem zu urteilen, schaukelt Peking einen „Nervenkrieg“ auf, ähnlich dem vor Beginn der chinesischen Aggression gegen Vietnam im Februar und März v. J. Man sollte meinen, in China müßte die Erinnerung an ihr ruhmloses Ende noch frisch sein. Am 18. März, einen Monat nach dem Einfall, mußten die chinesischen Truppen den Rückzug antreten, nachdem sie über 60 000 Soldaten und Offiziere verloren hatten. Dem vietnamesischen Volk geht nichts über Freiheit und Unabhängigkeit. Die Politik der antivietnamesischen Provokationen ist absolut aussichtslos.

J. DIMOW



# DJAKARTAS WIRTSCHAFTSPROBLEME

Juri PLECHANOW

„Indonesien ist der größte noch bestehende Markt der billigen und relativ angelernten Arbeitskraft in Südostasien. Selbst noch vor der jüngsten Abwertung der indonesischen Rupie waren die Löhne der ungelernten Arbeiter mit die niedrigsten der Welt, niedriger als in Singapur, Hongkong, Südkorea und auf Taiwan. Die Arbeiter sind gewerkschaftlich so gut wie nicht organisiert, und die Regierung enthält sich in der Hauptsache der Einmischung in die Lage auf dem Arbeitsmarkt.“ Auf diese Weise wirbt die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, wie man in der Zeitschrift „Far Eastern Economic Review“ lesen kann, für

Indonesien, um westliche und japanische Investoren anzuziehen.

Als Djakarta nach dem Machtantritt des neuen Regimes dem Auslandskapital Tür und Tor öffnete, ließen sich westliche Monopole nicht zweimal bitten. Sie hofften darauf, billige Rohstoffe auszuführen und einen aufnahmefähigen Binnenmarkt zu erschließen (die Bevölkerung Indonesiens beträgt gegenwärtig über 140 Millionen). Die Ausbeutung der reichen Naturschätze des Landes enttäuschte sie denn auch nicht, dagegen erwiesen sich die Pläne, den indonesischen Markt zu erobern, als wenig anziehend. Wegen der außerordentlichen Armut kann sich das Gros der Bevölkerung

Industriewaren einfach nicht leisten. Wie der Generalpräsident des Indonesischen Gewerkschaftsbundes A. Sudono sagte, sind 60% der Beschäftigten ständig mit der Frage konfrontiert, ob sie morgen noch Geld genug haben, um die Familie zu ernähren. Und erst die 20 Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeiter! Amtliche Angaben bestätigen diese traurige Statistik. Der Minister für Sozialfürsorge Sapardjo erklärte: Eine Untersuchung habe ergeben, daß von den 25 Millionen Familien 39% selbst nach den dortigen Begriffen zur Kategorie der Armen und über 25% zur Kategorie der sehr Armen gehören.

Da sich die Unternehmer nicht viel vom Inlandmarkt erhoffen können, beschlossen sie, in Indonesien die Produktion von Exportwaren, darunter für kapitalistische Industrieländer, in Gang zu bringen. Bei den billigen Arbeitskräften würden die Selbstkosten auch nicht hoch sein.

Bei der Führung in Djakarta fand diese Idee eine gute Aufnahme, vor allem deshalb, weil sich die Prognosen für eine höhere Erdölgewinnung (Erdöl ist die wichtigste Finanzierungsquelle für die nationale Ent-

## PORTUGAL

# DIE MASKEN FALLEN

Nur zehn Wochen ist die Regierung der „Demokratischen Allianz“ — eines rechtszentristischen Wahlblocks der bürgerlichen Parteien — an der Macht. Nicht lange, aber ein gewisses Fazit läßt sich schon ziehen. Wie die Wochenschrift „O Jornal“ (Lissabon) feststellt, ist es „für das Land wenig angenehm“.

Das konservative Kabinett Sá Carneiros und Freitas do Amarals vertritt die Interessen des Großkapitals, und zwar zielbewußt und beharrlich. Die Regierung ist in Eile, denn die Geschichte hat ihr eine knappe Zeit bemessen. Schon in diesem Herbst werden im Einklang mit der Verfassung die nächsten Parlamentswahlen abgehalten, aus denen eine neue Regierung hervorgehen wird. Viele in Portugal sind überzeugt, daß die Allianz nicht unbedingt siegen wird.

Die Tätigkeit des Kabinetts bestätigt die früheren Prognosen, daß der Machtantritt der Rechten die Gegensätze verschärfen muß, vor allem die zwischen den demokratischen, fortschrittlichen Kräften und den konservativen Kreisen, die das Land zurückwerfen wollen.

Die Agrarreform wird heftig angegriffen. Der Zweck ist, in den Gebieten, wo sie durchgeführt wird, den großen und mittleren Grundbesitz, die kapitalistischen Formen der Bodennutzung wiederherzustellen. Den Genossen-

schaftsbauern werden Zehntausende Hektar Boden, Vieh, Landmaschinen und andere landwirtschaftliche Geräte weggenommen. In den letzten Wochen herrscht in den Provinzen Alentejo und Ribatejo eine äußerst gespannte Lage.

Mittlerweile wird der Boden für noch umfassendere Polizeioperationen vorbereitet, bei denen man „im Notfall“ bis zur Verhängung des Ausnahme- bzw. Belagerungszustands über einige Gebiete zu gehen beabsichtigt. Das würde der Reaktion dazu verhelfen, die Armbauern gegen die Streitkräfte aufzuheizen sowie die Militärs und die Zivilbevölkerung gegeneinander auszuspielen. In einer solchen Situation wäre kaum mit einem Bündnis von Volk und Streitkräften zu rechnen; dabei war ein solches Bündnis eine Triebkraft der portugiesischen Revolution.

Die Regierung greift auch den nationalisierten Wirtschaftssektor an. Dieser Tage billigte die Rechte-Zentrum-Mehrheit im Parlament einen Gesetzentwurf über die neuen Prinzipien der Trennung des privaten und des nationalisierten Sektors. Laut Gesetz soll den Unternehmern allmählich das Recht gewährt werden, sich in den Bereichen zu betätigen, in denen es von der Verfassung bis dahin verboten war, u. a. im Bank- und Versicherungswesen sowie in einigen Zweigen der Großindustrie. Ferner darf Privatpersonen ein Teil von

Aktien und Obligationen staatlicher Betriebe als Abfindung für das nationalisierte Eigentum übergeben werden. Praktisch bedeutet das Entnationalisierung.

Unter dem Vorwand, die Inflation zu bekämpfen, nahm die Allianz eine Escudo-Aufwertung vor. Die Preise für Treibstoffe und Schmieröle sind gestiegen, es werden Maßnahmen getroffen, um die Preise für Nahrungsmittel, Bedarfsartikel, die Kommunalgebühren und die Fahrpreise zu „regeln“.

Das Kabinett versuchte, 40 Tarifverträge mit den Gewerkschaften zu überprüfen. Das ging die mehr als eine halbe Million Werktätigen an. Energetische Einheitsaktionen der Arbeiterklasse zwangen die Regierung Carneiro zum Rückzug. Die Verträge wurden bestätigt.

Die konservative Allianz veranstaltete eine Säuberung im Staatsapparat, in den diplomatischen Vertretungen und den Massenmedien von Personen, in denen die Regierung ihre politischen Gegner sieht. Alle zivilen Gouverneure in den Provinzen wurden ersetzt, einige verantwortliche Ministerialbeamte, Botschafter, Leiter des Fernsehens sowie die Chefredakteure einiger Zeitungen und Zeitschriften wurden ihres Amtes enthoben.

Die Außenpolitik Portugals orientiert sich vor allem auf die aggressivsten politischen und militärischen Kreise der USA und der NATO. Das zeigte sich darin, daß Portugal sich ostentativ weigert, an der Politik der internationalen Zusammenarbeit und der Minderung





Unterrichtstag in der Produktion für die Oberschüler von Madiun

Aus „Suara Karya“ (Indonesien)

wicklung) nicht bewahrheitet haben. Zudem steigt der Ölverbrauch im Lande selbst von Jahr zu Jahr. Die neu entdeckten Erdöllagerstätten machen das Nachlassen der alten nicht wett. Zwar nehmen die Einkünfte Indonesiens aus dem Ölexport dank dem stürmischen Anstieg der Weltpreise zu, aber es ist riskant, die Finanzierung der wirt-

der internationalen Spannungen teilzunehmen. Unter dem Vorwand der Entwicklung in Afghanistan wurden sowjetfeindliche Schritte unternommen.

Das wären nur einige Ergebnisse der Tätigkeit des Kabinetts von Carneiro und do Amaral. Die Ereignisse demaskierten die „zivilisierten rechten“ bzw. „mäßig konservativen Politiker“, die nur auf das Wohl Portugals bedacht seien. Was zum Vorschein kommt, ist ihr wahres Gesicht als Diener des einheimischen Großkapitals und des Weltimperialismus.

Das Volk erkennt jetzt in der Praxis, was eine Regierung der Rechtskräfte ist und was sie den Werktätigen bringt. Zweifellos wird das die Ergebnisse der künftigen Parlamentswahlen beeinflussen. Im Prinzip haben die Linken die Möglichkeit, die Rechten in die früheren Positionen der Minderheit zurückzuzwingen. Dazu müssen sich aber die linken, fortschrittlichen Kreise vereinigen.

Das Streben der Kommunisten nach einer solchen Einheit ist allgemein bekannt. Die Sozialisten dagegen verhalten sich in dieser Frage vorläufig passiv. Viele von ihnen können noch immer nicht verstehen, daß wahre Demokratie ohne die Teilnahme der KP unmöglich ist.

Bei den bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen müssen die Linken beweisen, daß sie fähig sind, das Abgleiten Portugals nach rechts zu verhindern.

E. KOWALJOW

schaftlichen Entwicklung von einer einzigen Quelle abhängig zu machen. Der Vorschlag des Westens dagegen versprach neue Investitionen und mehr Arbeitsplätze.

Um seine Finanzlage auf weite Sicht zu verbessern, erlaubte Djakarta die Anlegung von Industriegebieten mit Betrieben, die für den Export produzieren sollten. In diesem Zusammenhang wurde ein „neuer ökonomischer Kurs“ ausgearbeitet, der folgende Maßnahmen beinhaltet: Abwertung der indonesischen Rupie im Verhältnis zum US-Dollar um 50% (sie wurde im November 1978 vorgenommen), zusätzliche Vergünstigungen für ausländische und einheimische Investoren sowie Liberalisierung der Bedingungen für den Export von Fertigwaren und den Import von Industriearüstungen und Rohstoffen.

Bei der Bilanz des Jahres 1979 verwiesen indonesische Amtspersonen auf positive Resultate dieser Maßnahmen. Der Export stieg in Geldausdruck um ein Drittel, unter Ausschluß der Erdölprodukte sogar um zwei Drittel. Die Valutabestände erhöhten sich auf 4,1 Md. Dollar.

Aber die Rupienabwertung ließ die Preise, darunter für die wichtigsten Nahrungsmittel, sofort anziehen. Fleisch, Fische und Obst sind bedeutend teurer geworden. Der Reis, dieses Brot Asiens, stieg 1979 im Preis insgesamt um 60% an. Die Inflationsrate lag im vergangenen Jahr nach Schätzungen von Wirtschaftsexperten bei mehr als 20% (gegenüber 7% im Jahre 1978).

Die Verschlechterung der materiellen Lage der Werktätigen führte zu zahlreichen Streiks in Industriebetrieben und zu Massenaktionen der Bauern in einigen ländlichen Gebieten. Die Streikenden forderten eine Erhöhung der Löhne um 50% und die Einstellung von Massenentlassungen. Die Presse kritisierte den neuen Wirtschaftskurs der Regierung, weil er den Interessen der Mehrheit in Indonesien nicht entspricht.

Unter diesen Umständen mußte die Führung die Forderungen der Werktätigen zum Teil befriedigen: Die Löhne wurden um durchschnittlich 10%, die Aufkaufpreise für den Bauernreis um 10–12% heraufgesetzt, den staatlichen Angestellten Sonderzuwendungen ausbezahlt.

Als Antwort auf kritische Stimmen nennen amtliche Sprecher in Djakarta gewöhnlich zusammenfassende Angaben über die Erfolge des neuen Regimes. Seit 1965 sind die durchschnittlichen Einkünfte pro Kopf der Bevölkerung auf mehr als das Dreifache gestiegen, das wirtschaftliche Wachstumstempo in den beiden letzten Planjahrhünften be-

trug im Jahresdurchschnitt 6,5%. Die Textilienproduktion stieg in dieser Zeit auf das Doppelte, das Reisaufkommen auf das 1,7fache, der Export in Geldausdruck auf das 20fache (darunter bei den nicht mit dem Erdöl verbundenen Waren auf das 9fache). Aber ein immer größerer Anteil der Exporteinfänge geht für die Tilgung der Außenschulden drauf, die inzwischen 13 Md. Dollar erreicht haben (man munkelt sogar von 19,5 Md.). Im laufenden Jahr müssen den Gläubigern im Ausland 1,2 Md. Dollar gezahlt werden.

Die Ergebnisse des gewissen wirtschaftlichen Fortschritts kommen hauptsächlich den ohnehin wohlhabenden Menschen, der oberen Schicht der indonesischen Gesellschaft, zugute, während die Lage der Volksmassen nach wie vor äußerst schwer bleibt, besonders auf dem Land. Eine wahre Geißel ist die Landarmut der Bauern, die auf den Bevölkerungszuwachs sowie auf den Umstand zurückzuführen ist, daß der Grund und Boden in den Händen der Dorfreichen und der Militär- und Beamtenbürokratie konzentriert ist. Wie der Parlamentsvorsitzende Daryatmo sagte, hat man mit der Agrarreform von 1960, die formal nicht aufgehoben worden ist, „noch immer nicht richtig angefangen“. Das Land kann sich mit Nahrungsmitteln nicht versorgen und muß deshalb 2 Mio t Reis im Jahr und darüber importieren.

Seit April 1979 läuft in Indonesien der dritte Fünfjahrplan. Sein Hauptanliegen ist die Entwicklung der Landwirtschaft sowie jener Industriezweige, die mehr Arbeitsplätze sichern können. Übrigens ist im Plan vorgesehen, die Entwicklungsprojekte zu 42% aus der Auslandshilfe zu finanzieren (gegenüber 34% im zweiten Fünfjahrplan).

Viele bekannte Persönlichkeiten Indonesiens kritisieren die Wirtschaftspolitik des neuen Regimes wegen ihrer übermäßigen Angewiesenheit auf ausländische Kredite und Anleihen und erinnern immer häufiger an das politische Erbe des verstorbenen Präsidenten Sukarno. So sagte der bekannte Vertreter der Öffentlichkeit Sunarjo, die Lage im Lande in den letzten 10 Jahren bestätige, daß Sukarno recht hatte zu sagen: „Es wird keine Unabhängigkeit in der Politik und keine nationale Eigenständigkeit in der Kultur geben, solange man sich nicht auf die eigene Wirtschaft stützen kann.“ Übrigens wird die Nutzung der nationalen Ressourcen heute nicht eng aufgefaßt. Darunter versteht man u. a. die Notwendigkeit breiter Außenwirtschaftsbeziehungen. Dann könnte Indonesien weniger vom Westen abhängen.



# HORIZONTE NATIONALER ERNEUERUNG

Alexander BARYSCHEW

Etwa 7500 ehemalige Nationalgardisten und andere Personen aus dem Zwangsapparat der gestürzten Somoza-Diktatur stehen jetzt vor Gericht. Sie verbergen ihre Augen vor den Zeugen in den „Gewissenstribunalen“; so nennt man in Nikaragua die Gerichte zur Untersuchung der Fälle von Handlangern Somozas, der sich nach Paraguay, zu seinem Kollegen Stroessner, abgesetzt hat. Aufrechte, für ihre hohen moralischen Eigenschaften bekannte Staatsbürger sind berufen, unter dem Vorsitz von Juristen diese Leute ihrer Verbrechen zu überführen, als deren Folge allein in den beiden letzten Jahren der Diktatur 40 000 Nikaraguaner umkamen und die Überlebenden unsägliche Entbehrungen und Leiden zu ertragen hatten. Das wird zugleich ein Urteil über die Vergangenheit sein, eine Vergangenheit, die den Patrioten nach ihrem Sieg vom 19. Juli 1979 ein so schweres Erbe hinterlassen hat.

## Schlimmes Erbe

Das Land ist vom Krieg und von der unablässigen Plünderung durch die herrschende Elite verheert. Städte und Dörfer in Trümmern. Stillliegende Werkanlagen und Verkehrsmittel, geschlossene Geschäfte. Der Boden wurde nicht mehr bestellt (die Baumwollsaatflächen z. B. gingen auf ein Drittel zurück), Kaffeebohnen nicht abgeerntet.

Wirtschaftsexperten schätzen den zugefügten Schaden auf 3 Md. Dollar. Zudem hinterließ Somoza 1,6 Md. Dollar Auslandsschulden, zumeist in Form kurzfristiger und hochverzinsten Anleihen bei Privatbanken. In den Kellerräumen der Nationalbank, die der Diktator und seine Kreaturen kahlgepflegt hatten, fanden die Sieger nur 3,5 Mio Dollar vor.

Moises Hassan, eines der fünf Mitglieder des Führungsrates der Provisorischen Regierung der Nationalen Erneuerung, sagte: „Viele Nikaraguaner glaubten, nachdem Somoza gegangen ist, werde alles anders sein. So etwas ist aber einfach nicht möglich.“

Man mußte praktisch beim Nullpunkt anfangen, möglichst bald die

Industriebetriebe in Gang, die Strom- und Wasserversorgung, den Verkehr und das Nachrichtenwesen in Ordnung bringen. Es galt, den Hungernden Nahrung und den Obdachlosen eine Bleibe zu geben.

Das Dekret Nr. 3 über die Beschlagnahme des Vermögens Somozas und seiner nächsten Umgebung wurde von den Führern der nikaraguanischen Revolution schon am Tag nach dem Sturz des Tyrannen angenommen. Aus dem ehemaligen Eigentum des Diktators und seines Anhangs entstand ein beträchtlicher staatlicher Sektor: Somoza und seine Familie hatten sich in den mehr als 40 Jahren ihrer Herrschaft über ein Drittel der Landeswirtschaft angeeignet. Ihr „Reich“ erfaßte die wichtigsten Wirtschaftsgebiete. Dafür brauchte die revolutionäre Führung bei der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien in keine Konflikte mit den nikaraguanischen Unternehmern zu treten. Es ergab sich eine einmalige Gelegenheit, mit minimalen sozialen Unkosten sofort die wichtigsten ökonomischen Hebel dem Staat in die Hand zu geben, ohne hierbei die Interessen der nationalen Unternehmer nennenswert zu schmälern.

## Neues Nikaragua

Im Zuge des bewaffneten Kampfes der Sandinisten gegen die Diktatur zeigte es sich wieder einmal, daß es keine völlig gleichen Revolutionen gibt, wenn sie auch viele gemeinsame Züge haben. Sie beweisen das auch jetzt, in der Friedenszeit, wenn sie die veraltete sozialökonomische Struktur abschaffen und das politische Leben demokratisieren.

Um die Wirtschaft des neuen Nikaragua zu gründen, verstaatlichte die demokratische Provisorische Regierung der Nationalen Erneuerung den Außenhandel und alle Banken; ihren Inhabern wird eine vernünftige Abfindung gezahlt. Kredite werden Unternehmern vornehmlich in Bereichen gewährt, die für das Land jetzt am wichtigsten sind: in der Produktion von Nahrungsmitteln, Kleidung und Medikamenten. Diese

Kredite sind günstig, die Preise für die Erzeugnisse ebenfalls. Es kommt ja darauf an, daß das Land die nötigen Erzeugnisse erhält. Unter staatliche Kontrolle wurde die Förderung aller Naturschätze gestellt, desgleichen das Wirken ausländischer Gesellschaften; von nun an dürfen sie sich nur in Zweigen betätigen, die das Land vorwärtsbringen. Die Führer der nikaraguanischen Revolution betonen, daß der Privatsektor (60% der Wirtschaft) gemäß einem Programm entwickelt wird, das ihm keinen Schaden zufügen, jedoch „die Interessen der Minderheit denen der Mehrheit unterordnen wird“. Die Wirtschaftspolitik der Sandinisten orientiert sich auf die Verbindung dreier Formen von Eigentum: des staatlichen, des privaten und des gemischten.

Über den von der nikaraguanischen Regierung bestätigten außerordentlichen Plan für die Wiederherstellung der Volkswirtschaft schrieb die USA-Zeitung „Christian Science Monitor“: „Der Wirtschaftsplan 1980 ist grandios.“ Vorgesehen sind eine harmonische Koordinierung der Tätigkeit aller Wirtschaftssektoren, die Senkung der Inflationsrate von 60 auf 19% und eine Zunahme des Bruttosozialproduktes um 22%.

Zur sozialen Ausrichtung des Plans: Von je 100 von der Regierung bereitgestellten Córdoba (10 Córdoba = 1 Dollar) sind 62 für das Bildungs-, das Gesundheitswesen und die Verbesserung der Wohnverhältnisse bestimmt. Über 200 Dekrete sehen Maßnahmen zur Erleichterung der Lage der Armen (75% der Bevölkerung) vor. Besonders akut ist das Problem der Arbeitslosigkeit. Die Diktatur hinterließ mehr als 250 000 Beschäftigungslose (und dies bei einer Bevölkerung von nur 2,3 Millionen). In diesem Jahr sollen vorläufig nur 90 000 Arbeit bekommen.

Die neue Macht betrachtet es als ihr wichtiges Anliegen, dem Volk eine ausreichende Menge von Nahrungsmitteln (Reis, Bohnen und Mais) zu geben. In dieser Hinsicht bieten sich recht günstige Aussichten. Die Sandinisten haben in der Landwirtschaft nun ebenfalls die geschichtlich einmalige Möglichkeit, in kurzer Zeit einschneidende Umgestaltungen durchzuführen, ohne die Interessen der Großgrundbesitzer anzutasten, die im Lande geblieben sind, weil sie sich durch enge Kontakte zur Diktatorclique nicht kompromittiert haben. Über die Hälfte des Grund und Bodens gehörte ja der Somoza-Familie; hinzu kam der Bodenbesitz seiner Kreaturen, die gemeinsam mit ihm aus dem Land geflohen sind.



Die Sieger verwalten dieses Erbe sachkundig. Viele große Güter, die hochproduktive Agrar- und Industriebetriebe zur Produktion und Verarbeitung von Kaffee, Tabak, Fleisch, Zuckerrohr und Baumwolle sind, stehen jetzt unter staatlicher Kontrolle. Insgesamt wurden über 1 Mio ha Boden nationalisiert. Kleinere Grundstücke werden den Bauern, die jahrhundertlang unter der äußerst ungerechten Bodenverteilung litten, übereignet bzw. zur Nutzung übergeben.

## Macht des Volkes

Auch unter den friedlichen Bedingungen ist die Sandinistische

und Geschlossenheit der Sandinisten zu wahren sowie alle revolutionären und patriotischen Kräfte zu konsolidieren.

Ihren markantesten Ausdruck findet die Demokratisierung des politischen und sozialen Lebens in Nicaragua wohl in den Sandinistischen Schutzkomitees, die in der ganzen Republik bestehen. Sie entstanden als Komitees der Zivilverteidigung noch während der Kämpfe gegen die Nationalgarde Somozas und bildeten die Urform der Volksmacht. In Nicaragua nennt man sie „die Augen und Ohren der Revolution“. Gerade diese Komitees befassen sich jetzt mit allen dringenden Problemen des Alltags: Sie verteilen die

Lebensmittel unter der Bevölkerung, leiten den Wiederaufbau an Ort und Stelle, organisieren Polikliniken und den Schulunterricht.

## Politische Aspekte

Im revolutionären Nicaragua sind unterschiedliche politische Parteien erlaubt. Die einzige Ausnahme bilden die Somoza-Anhänger. Wie Innenminister Tomás Borge, ein Veteran unter den Sandinisten und der einzige noch lebende Begründer der Front (1961), sagte, „gibt es für die Somoza-Leute und Konterrevolutionäre, die die Entwicklung im Lande

zum Krebsgang zwingen möchten, keine Freiheit in Nicaragua“. Hierbei betonen die sandinistischen Führer, daß sie den Antikommunismus nicht dulden werden. Dazu Tomás Borge: „Der Antikommunismus ist Somozas Philosophie. Die sandinistische Revolution wird dem Antikommunismus nicht in die Falle gehen, denn diese Parole ist schmutzig, ist abscheulich.“

Die heutige Einheit sozialer und politischer Kräfte erklärt sich daraus, daß sie, besonders in den letzten zwei Jahren, gemeinsam gegen die Somoza-Diktatur vorgehen, wenn auch unterschiedlich aktiv und in unterschiedlichen Formen. Der habgierige Diktator hatte das Volk geplündert, aber auch die nationale Bourgeoisie und die Gutsbesitzer, in denen er die Konkurrenz sah, nicht verschont. Häufig opferte er ihre Interessen und erlegte ihnen gewaltige Steuern auf. Aber nachdem die erste, bewaffnete Etappe der Revolution vollbracht worden war und die Provisorische Regierung daranging, soziale Fragen zu lösen, stehen die meisten Vertre-

ter des Privatsektors und das Kleinbürgertum nach wie vor auf Seiten des Volkes und der Sandinistischen Front, die den Standpunkt vertritt, daß die Volksmassen zum gemeinsamen Wiederaufbau ihre Arbeit, die wohlhabenden Schichten aber ihre materiellen Ressourcen beisteuern.

Doch gibt es noch heimliche Anhänger der Somoza-Diktatur. Sie wirken dem revolutionären Prozeß entgegen. Gegenwärtig bilden die Extremrechten und die Ultralinken im Grunde eine einheitliche antirevolutionäre Front. Die Ultralinken sind Trotzlisten und Maoisten und haben bestimmten Einfluß auf den politisch rückständigen Teil der Werktätigen, der Studenten und der kleinbürgerlichen Schichten. Unter „revolutionären“ Lösungen provozieren sie Aktionen gegen die Regierung, greifen die gerechte, gleichmäßige Lebensmittelverteilung unter der Bevölkerung von ultralinken Positionen an und erheben die ultralinke Forderung, den ganzen Grund und Boden, darunter die Ländereien jener Bodenbesitzer, die gegen die Diktatur aufgetreten waren, sofort aufzuteilen. Was sie politisch auszeichnet, ist daß sie die Volksverbundenheit der Revolution und die führende Rolle der Sandinistischen Front nicht anerkennen.

Angesichts des im Lande bestehenden wirtschaftlichen und politischen Pluralismus betrachtet es die Sandinistische Front als ihre äußerst wichtige Aufgabe, die Demokratie der Massen auf jede Weise zu stärken und dabei alle Kommandohöhen der Macht in den Händen der revolutionären Kräfte zu konzentrieren. Wenn die Führer der nikaraguanischen Revolution in einer dermaßen komplizierten innenpolitischen Lage Beschlüsse fassen, halten sie sich an eine realistische, biegsame Taktik. Sie sind bestrebt, die Einheit verschiedener sozialer Kräfte, die während des Kampfes gegen die Diktatur entstand, zu erhalten und zu festigen.

Ein wichtiger Schritt in dieser Richtung wird die für die nächste Zeit angesetzte Gründung einer Patriotischen Front von Nicaragua sein. Das wird eine demokratische Vereinigung auf fester antiimperialistischer Grundlage sein.

Schon die wenigen Monate, die seit dem Sieg der nikaraguanischen Patrioten vergangen sind, haben das wirtschaftliche und politische Leben der Republik beachtlich verändert und es ermöglicht, allmählich die Zerrüttung zu überwinden, die Lage der Volksmassen zu verbessern und die politische Zukunft des befreiten Landes zu fundamentieren.

„Volk, Armee, Einheit — des Sieges Gewähr!“, eine der populärsten Lösungen im heutigen Nicaragua

Aus „Denuncia“ (Argentinien)

Front der nationalen Befreiung, die an der Spitze des bewaffneten Kampfes gegen die verhaßte Tyrannei gestanden hatte, die Haupttriebkraft des revolutionären Prozesses in Nicaragua. Die Front hat die reale Macht im Lande. Die ehemaligen Partisanentrupps und die Befreiungsstreitkräfte sind in reguläre sandinistische Streitkräfte und Sicherheitsorgane umorganisiert worden.

Die Sandinisten erklärten, daß sie sich das Ziel setzen, „eine revolutionäre Partei zu schaffen auf der Grundlage der politischen, historischen und Kampferfahrungen des Sandinismus, der um die Erfahrungen der revolutionären Weltbewegung und des Befreiungskampfes der Völker bereichert ist“. Solche Grundlagen werden geschaffen.

Die Sandinistische Front betrachtet es heute als die Hauptrichtungen ihres Wirkens, die gesamte Bevölkerung für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft zu mobilisieren, das Land zuverlässig vor den Umtrieben der inneren und äußeren Reaktion zu schützen, die Einheit



## STILLE OKKUPATION

Dreißig Kilometer von der Kleinstadt Alice Springs (Australien) entfernt liegen vor einer Gebirgskette einige weiße Gebäude. Die Menschen halten sie für ein amerikanisches „Raumfahrtzentrum“. Doch in dieser Ortschaft, bekannt als Pine Gap, befindet sich die größte Funkortungsstation für US-Spionagesatelliten in der Regie der Nationalen Sicherheitsagentur (NSA) der USA.

Hier, im Herzen Australiens, werden dem „Wall Street Journal“ (New York) zufolge viele Bilder von Spionagesatelliten empfangen. Zudem fangen die NSA-Mitarbeiter — es sind über 200 — Signale ausländischer Funkortungsanlagen und Rundfunksendungen ab und geben diese an ihr Zentrum Fort Mead (US-Staat Maryland) weiter, von wo aus sie dann an das CIA-Hauptquartier nach Langley gelangen. Wie Desmond Ball, wissenschaftlicher Oberassistent des Forschungszentrums für strategische und Verteidigungsfragen bei der Australischen Nationaluniversität in Canberra meint, observiere das Zentrum in Pine Gap vor allem sowjetische Objekte. Seine Be-

deutung hat durch die Schließung großer US-Abhörstationen im Iran stark an Bedeutung zugenommen.

Die Station in Pine Gap ist keine Ausnahme. Das Netz derartiger Einrichtungen wird immer weiter. AFP zufolge soll im Raum Melbourne eine weitere Empfangsstation für Informationen von US-Spionagesatelliten entstehen. Kostenpunkt: 9,4 Mio Austral. Dollar.

Diese US-Stützpunkte fangen nicht nur Meldungen ausländischer Funkortungsanlagen und Rundfunksender ab. Sie übermitteln dem „Wall Street Journal“ zufolge auch Informationen des verzweigten US-Spionagernetzes in Australien nach Langley.

Die australische Regierung protestiert nicht gegen diese stille amerikanische Okkupation — erfolgt sie ja mit Wissen Canberras, das bereitwilligst den USA das Landesterritorium für Spionagetätigkeit überläßt — und zudem jegliche antisowjetischen Kampagnen und Aktionen Washingtons voll unterstützt.

V. TSCHERNOW



## LEBT GOEBBELS DOCH?

„Wenn ich bisweilen antikomunistische Töne vernehme, kommen mir Zweifel, ob Goebbels wirklich tot ist. Mir scheint, er ist nur in die USA ausgewandert.“ Harold L. Ickes, ehemals US-Innenminister, hatte das auf dem Höhepunkt des kalten Krieges gesagt. Doch diese Feststellung gilt im Grunde auch heute. Die westliche Pressekampagne gegen das demokratische Afghanistan ist ganz im Goebbels-Stil gehalten — je größer die

Lüge, desto l...  
man an sie.

Hier nur ei...  
aus letzter Ze...

Lüge Nr. 1: Versuch kont...  
rer Elemente...  
den war, Un...  
bul anzuzette...  
UPI sofort...  
„Opfer“: Ta...  
schen seien...  
erschossen wo...  
lichkeit wur...  
Unschuldiger...  
und niemand...  
gerichtet.

Lüge Nr. 2: ...  
schen Truppe...  
men intensive...  
gegen konte...  
Banden. Bei...  
ben große Ver...  
of America“).

keit nahm un...  
ne sowjetische...  
derartigen Op...  
Die Banden d...  
ten und Kon...  
näre werden...  
Streitkräften...  
liquidiert.

Lüge Nr. 3: ...  
und Napalm...  
wjetischen T...  
geblich in der...  
Provinz Kun...  
Diese Desinfo...  
CIA wurde so...  
te Departme...  
tiert...

Goebbels i...  
Freude gehabt...

S. M.

## SCHWERHÖRIGE LADY

Es war kalt. Rentner unter Leitung der 73jährigen Ada Picton hatten sich vor Margaret Thatchers Haus versammelt, um ihr eine

Protestpetition zu überreichen, in der sie bessere Lebensbedingungen verlangten. „Unterstützt die Rentner! Die Kälte bringt

die alten Leute um“, hieß es auf einem Plakat. Doch die Rentner sollten kein „Glück“ haben: Mrs. Thatcher war nicht zu Hause.

Die Lady hat anderes zu tun, als sich mit Rentnern abzugeben. Gemeinsam mit ihrem Kabinett zimmert sie an einem Sparprogramm. Die Staatsausgaben für Gesundheitswesen, Bildung, Wohnungsbau und Arbeitslosenunterstützung sollen stark gekürzt werden, natürlich auch die Renten.

Und das, wo auf den Britischen Inseln 6 Millionen Engländer in größter Armut leben! 1 350 000 Bri-

ten vegetieren unterhalb der offiziellen Armutsschwelle, ohne irgendwelche Unterstützungszahlungen zu erhalten.

Wohin gehen die Gelder, die man bei den Armen und Rentnern „eingespart“ hat? Die Toryregierung hat ja große Ausgaben — allein in die Rüstung werden 1980 10 Md. Pfund Sterling (1) fließen. Wenn es um die Belange der alten Leute geht, ist die Lady schwerhörig.

J. SOLONIZYN

Aus der „Times“  
(Großbritannien)

„NEUE ZEIT“

11.80





Der Mann mit dem Mikrofon in der Hand heißt Gérard Abdallah. Beruf — Provokateur. Auf einer kürzlichen Pressekonferenz in Paris berichtete er, wie er im Auftrag der Bosse und mit Segen von oben Pogrome und Schlägereien bei Streiks und Demonstrationen von Arbeitern inszenierte — um sie als die „Schuldigen“ hinzustellen und der Polizei einen Anlaß zu verschaffen, vom Gummiknüppel und bisweilen auch vom Karabiner Gebrauch zu machen.

Abdallah stellte seine Fäuste nicht umsonst zur Verfügung. Für jeden Einsatz“ zahlten ihm die Bosse der Firma „La Vigilante“, die Leibwächter erleiht, 500 Franc. Nicht sonderlich viel für Aufträge, die einem leicht Kopf und Kragen kosten können. Ein für Provokationen unabdingbares Requisit erhielt er von der Polizei. . .

Jetzt hat der Provokateur seinen Arbeitsplatz verloren — ein Reporter hatte ihn einmal bei der „Arbeit“ abgelichtet. Das Foto gelangte in die Presse. Aus Angst vor Enthüllungen beschlossen die Bosse, Abdallah zu feuern.

Den Behörden ging die Pressekonferenz, auf der der Ex-Provokateur auspackte, gegen den Strich. Derartiges sollte die Öffentlichkeit nicht erfahren — obgleich es nichts anderes ist als gewöhnliche Politik, die nicht in Glanzhandschuhen gemacht wird.

Aus „L'Humanité“ (Frankreich)

L. MAKAREWITSCH

## NEIN DANKE

Erhard Sieland arbeitete in einem Messingwerk unweit von Iserlohn im Ruhrgebiet. Er war ein „untadeliger Arbeitnehmer“ laut Charakteristik der Betriebsleitung. Doch die Tinte war noch nicht getrocknet, als der so „positiv bewertete“ Arbeiter erfuhr, daß der Betrieb in Zukunft ohne ihn auszukommen gedenkt.

Und so hatte es angefangen: Sieland hatte sich an die Arbeitsjacke eine Plakette mit der Aufschrift „Strauß — nein danke!“ gesteckt. Dadurch wollte er seine Einstellung zum Kanzlerkandidaten der rechtskonservativen CDU/CSU demonstrieren; Umfragen zufolge denken Millionen Bundesbürger ebenso wie er.

Doch seine Bosse waren da offenbar anderer Meinung. Wie den Sieland entlassen? Da kam das Arbeitsgericht Iserlohn zu Hilfe: Das demonstrative Zurschauftragen einer Parole am Arbeitsplatz, als Auseinandersetzung mit einem politischen Gegner, gefährde als „fortwährende Provokation“ erfahrungsgemäß den Arbeitsfrieden.

Im Kampf für die „Ehre von Franz Josef Strauß“ ist Erhard Sieland nicht das erste Opfer. Im letzten Jahr war eine Schülerin, Dagmar Henn, aus einem Münchener Gymnasium ausgeschlossen worden, weil sie die Plakette „Stoppt Strauß!“ getragen hatte. Solches könne nur in Bayern geschehen, ließ damals der Sozialdemokrat Johannes Rau, seines Zeichens Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, verlauten. Bei ihm an Rhein und Ruhr könnten die Schüler hingegen frei ihre politische Meinung äußern.

Ob dem wirklich so ist? Der 27jährige Sieland zumindest muß bereits ein halbes Jahr mit Arbeitslosenunterstützung auskommen — und zwar in besagtem Nordrhein-Westfalen. Die Demokratie in der BRD hört eben vor dem Werkstor auf.

K. KARAGESIAN  
Eigenbericht

Bonn

## PEKINGER „WERTVORSTELLUNGEN“

Deng Xiaoping, stellvertretender Premier des Staatsrates der VR China, erklärte in einem Interview für zwei Redakteure des amerikanischen Hearstkonzerns: China sei so arm, daß es in einem Krieg eigentlich nichts zu verlieren habe. . . Mit dem Zynismus der Pekinger Politiker — in ihren Worten wie Taten — wird die Weltöffentlichkeit seit langem konfrontiert. Dem Pekinger Führer ist das Schicksal von Millionen Mitbürgern völlig gleichgültig, deren Leben er bereitwillig in politischen Abenteuern opfern will.

Schon Mao Zedong hat solche Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben anderer Menschen demonstriert. In einem Gespräch mit dem amerikanischen Journalisten Edgar Snow erklärte er 1965: „Die anderen Völker können in einem Atomkrieg vollständig vernichtet werden, in China aber werden einige Hundertmillionen überleben, die dann neu anfangen können.“

Offenbar haben sich die „Wertvorstellungen“ in Peking nicht geändert.

W. KSEININ

17

## FEUCHTER PATRIOTISMUS

Michael O'Harro, Besitzer einiger Diskotheken in einem Vorort von Washington, wies seine Barkeeper an, keinen russischen Wodka mehr auszuschenken — und zwar aus politischen Erwägungen.

Der Besitzer eines Restaurants in der Connecticut Avenue (Washington) namens Zusman drohte damit, sämtlichen russischen Wodka auf die Straßen der Hauptstadt auszugießen — natürlich gleichfalls aus politischen Erwägungen.

Der Besitzer eines Restaurants in Portland, US-Staat Oregon, Bill McCormick und sein Manager Bob Parsons, begannen Kisten mit besagtem russischem Wodka in die Kana-

lisation zu gießen. Der Alkoholbrand, der Passanten anlockte, sollte Patriotismus demonstrieren — und der wurde auf 500 Dollar (soviel kostete das Wasserchen) geschätzt.

G. VIKTOROW

Aus der Zeitung „Globe and Mail“ (Kanada)





# WIRTSCHAFT UND POLITIK AUS LENINS SICHT

Jewgeni AMBARZUMOW

Nach dem siegreichen Ausgang des Bürgerkriegs Sowjetrußlands gegen die innere Konterrevolution und die ausländischen Interventionen rief die „kriegskommunistische“ Wirtschaftspolitik im Land, besonders in den Beziehungen zur Bauernschaft, immer öfter Spannungen hervor. Ungünstig wirkte sich die Umverteilung des Konsumtionsfonds ohne Rücksicht auf die Arbeitsleistung aus, mit anderen Worten unter Umgehung des Prinzips der materiellen Interessiertheit. Das stimulierte nicht, sondern hemmte das Wachstum der Produktion und der Produktivkräfte.

## Die Politik — konzentrierter Ausdruck der Wirtschaft

Eben damals wiederholte Lenin seinen Gedanken: „Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Ökonomik“ und stellte ihm die äußerst wichtige These voran: „Politik ist der konzentrierte Ausdruck der Ökonomik.“ Das Beiwort konzentriert bedeutet hier, daß die Politik die wesentlichsten, die grundlegenden ökonomischen Beziehungen und Forderungen in sich aufnimmt und widerspiegelt. Diese These Lenins ist das Gegenteil des lapidaren, aber antimarxistischen Satzes von Mao Zedong: „Die Politik ist die gebietende Kraft.“ Die Politik kann der Wirtschaft nicht gebieten, sie muß sie — ausgehend von ihren Möglichkeiten und Erfordernissen — leiten. Lenin kritisierte die unentgeltliche Einziehung des Mehrprodukts bei den Bauern, diese durch den Krieg veranlaßte und gerechtfertigte Notmaßnahme, die nach Kriegsende überholt war. Er schrieb: „Die Ablieferungspflicht im Dorf, dieses unmittelbar kommunistische Herangehen an die Aufgaben des Aufbaus in der Stadt, behinderte den Aufschwung der Produktivkräfte und war die Grundursache der tiefgehenden ökonomischen und politischen Krise, in die wir im Frühjahr 1921 hineingerieten.“

Übrigens hat die Krise, wie in der Geschichte öfter auch vor- und nachher, eine gewisse sanierende Rolle gespielt. Sie trug dazu bei, daß die richtige politische Linie gefunden werden konnte, und wenn die Einführung der Naturalsteuer anstelle der Ablieferungspflicht als wichtige, aber äußerste Maßnahme gedacht war, so gab sie sehr bald den

Anstoß zu einem ganzen Komplex von Maßnahmen gleicher Tendenz. Das war die NÖP, die Neue Ökonomische Politik. Sie sollte, um mit Lenin zu sprechen, „das Mißverhältnis zwischen unseren ökonomischen ‚Kräften‘ und unserer politischen Kraft“ beheben, sollte die Wirtschaft gesunden lassen und stärken und damit auch den politischen Überbau konsolidieren.

Für Lenin war es gerade charakteristisch, daß er alle Elemente der Volkswirtschaft so nahm, wie sie sind, und nicht, wie man sie sehen möchte. Er schrieb z. B. über die Politik der Bolschewiki auf dem Lande: „Wir müssen uns auf den Einzelbauern stützen, er ist nun einmal so, wie er ist, und wird in der nächsten Zeit kein anderer werden, und an seinen Übergang zum Sozialismus und zur Kollektivierung ist nicht zu denken.“ Er sprach über das Genossenschaftswesen als einen Weg zum Sozialismus und rief dazu auf, „... diesen Sozialismus praktisch so aufbauen zu lernen, daß jeder Kleinbauer an diesem Aufbau teilnehmen kann“. Über das Gedeihen der Ware-Geld-Beziehungen und des Handels sagte er: „Man muß sich dem Handel anpassen, sonst wird die Flutwelle des Kaufs und Verkaufs, des Geldumschlags über uns zusammenschlagen!“

Die Politik wirkt auf dem Felde der Wirtschaft und nicht in einem künstlich konzentrierten und daher unwirklichen Leben. Gerade deshalb kann die politische Führung die Wirtschaft effektiv leiten, kann sie deren Entwicklung in die erforderliche Richtung steuern.

## Rückzug oder Weg zum Sozialismus!

Es ist allgemein bekannt, daß Lenin die NÖP einen Rückzug nannte. Manchmal wird der Ausdruck aber zu buchstäblich aufgefaßt. In Wirklichkeit war die NÖP nur ein Rückzug gegenüber dem „Kriegskommunismus“, wobei ungünstige, von den Hauptkräften getrennte Stellungen, von denen aus die wirtschaftliche Entwicklung nicht gewährleistet werden konnte, geräumt und statt dessen weniger vorgeschobene, strategisch aber günstigere, der Praxis mehr entsprechende eingenommen wurden.

Den dialektischen Sinn dieses „Rückzugs“ offenbarte Lenin in den 1922

geschriebenen „Notizen eines „Publizisten“, einem hervorragenden Essay voll Ironie und zugleich voll eines weisen Optimismus. Er verglich darin Sowjetrußland mit einem Alpinisten, der einen sehr hohen, steilen und noch unerforschten Berg besteigt: „Nehmen wir an, es sei ihm gelungen, nach Überwindung unerhörter Schwierigkeiten und Gefahren viel höher zu steigen als seine Vorgänger, den Gipfel habe er aber dennoch nicht erreicht. Er befindet sich nun in einer Lage, in der ein Weiterkommen in der gewählten Richtung und auf dem eingeschlagenen Weg schon nicht mehr nur schwierig und gefährlich, sondern geradezu unmöglich geworden ist. Er muß umkehren, abwärts steigen, andere Wege suchen, die zwar länger sein mögen, dafür aber die Möglichkeit in Aussicht stellen, den Gipfel zu erreichen.“

Wie wir sehen, änderte sich mit der Situation auch Lenins Einstellung zu vielen Aspekten der gegenseitigen Abhängigkeit von Wirtschaft und Politik, aber natürlich nicht im Grundsätzlichen, sondern in der Akzentsetzung, in einer Vertiefung und Revision einzelner Aspekte. Das muß betont werden, denn selbst in marxistischen Schriften ist eine „zeitlose“ Auffassung von Werken Lenins anzutreffen, bei der Aussprüche Lenins losgelöst von den geschichtlichen Gegebenheiten als etwas ein für alle Mal Absolutes hingestellt werden. Nach dieser Logik könnte man Lenin ja genauso gut einen Gegner wie einen Anhänger der Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus nennen, während er doch im Verlauf der NÖP-Praxis von der einen Einstellung evolutionsmäßig zur anderen gelangte.

Sozial hatte der NÖP-„Rückzug“ den Sinn, nach der Aufhebung der „kriegskommunistischen“ Maßnahmen die Verbindung, ja den Zusammenschluß, die tagtägliche wirtschaftliche und folglich auch die politische Zusammenarbeit mit der arbeitenden Kleinbauernschaft herzustellen, die eine Mehrheit der Landesbevölkerung bildete. Wie es sich später zeigte, hatte die NÖP auch den Sinn, den Werktätigen des Dorfes wie auch denen der Stadt außer den moralischen Stimuli (die nicht ausreichten) materielle zu bieten.

Derartige Wendungen sind auch für den sozialistischen Aufbau in manchen



Ländern charakteristisch. Bekannt ist z. B., daß in Vietnam in den letzten Monaten eine wirtschaftspolitische Wendung zu einem Kurs ausgeführt wird, der Lenins NÖP recht ähnlich ist. Das schreibt auch die Presse Vietnams.

Manche Beobachter können bei diesen Wendungen, bei diesem notgedrungenen oder gewollten Vorwärtseilen mit nachfolgendem Rückzug falsche Vorstellungen bekommen. Lenin hat das alles eingehend erläutert. Er schrieb, „daß es anscheinend ein Gesetz gibt, das von der Revolution fordert, über das hinauszugehen, was sie bewältigen kann, um weniger bedeutende Umgestaltungen zu festigen“. Daher die Notwendigkeit, den politischen Kurs nachher zu korrigieren. Hierbei machen die Länder, die den Weg zum Sozialismus einschlagen, immer öfter schöpferisch von den großen positiven Erfahrungen Gebrauch, die beim sozialistischen Aufbau in der UdSSR gesammelt worden sind.

### Die Wirtschaft — das wichtigste Kettenglied

Ein wichtiger Aspekt der NÖP war die Benützung des Klassegegners — in- und ausländischer Kapitalisten — für den sozialistischen Aufbau. Konzessionen wurden an ausländische Unternehmen vergeben, die mit der sowjetischen Ordnung natürlich nicht sympathisierten.

Damals vermerkte Lenin: „Das mag als ein Paradox erscheinen: der privatwirtschaftliche Kapitalismus in der Rolle eines Helfers des Sozialismus? Aber das ist keineswegs ein Paradox, sondern eine ökonomisch völlig unbestreitbare Tatsache.“ Der sozialistische Staat konnte dadurch Material, Geld und auch Arbeitskraft sparen und sie zur Förderung der Schlüsselbranchen verwenden. Der Privatsektor konnte zeitweilig stärker werden, führte aber einen Teil seiner Gewinne als Steuern ab, und der Staat konnte diese Gelder für dringende Bedürfnisse benutzen. Nicht zuletzt hat es sich gezeigt, daß der Privatsektor den Bedürfnissen des Konsumenten schneller und flexibler als der staatliche entgegenkam, was letztlich auch im Interesse der Gesellschaft liegt.

Es stimmt natürlich, daß die NÖP, als sie die materielle Interessiertheit und die Privatinitiative wiederaufleben ließ, auch deren Schattenseiten — die Verbrauchsexplosion und die unverschämte Raffgier der NÖP-Neureichen — hervorbrachte. Aber frisch gewagt, ist halb gewonnen. Die Überwindung oder wenigstens Neutralisierung dieser Folgen war dann schon eine Frage des Könnens, einer flexiblen Politik der Partei und des Staates.

In einigen sozialistischen Ländern hat sich auch dieser Aspekt der NÖP als aktuell erwiesen. Zur dortigen Praxis gehört die Benützung der Kleinbauern-

wirtschaft, der Neben- oder der Einzelbauernwirtschaft; die Stimulierung der Privatinitiative, deren Ausdehnung bei den Dienstleistungen dem staatlichen Monopol auf die wichtigsten Produktionsmittel nicht den geringsten Abbruch tut.

Entscheidend ist es da natürlich, wieviel Spielraum das Privatkapital hat. Lenin betonte ja, daß nicht nur die politische Macht, sondern auch die entscheidenden Wirtschaftspositionen in den Händen des sozialistischen Volksstaates bleiben müssen. Ein Verstoß gegen dieses Prinzip kann katastrophale Folgen — ein Schwinden der Macht und eine Wiederherstellung des Kapitalismus — nach sich ziehen. So geschah es in Ägypten unter Präsident Sadat, der die Revolution von 1952 im Interesse der Neureichen, der Beamten-, der Vermittler- und der ausländischen Bourgeoisie verraten hat.

Lenin sah die Entwicklung der materiellen Stimuli und die Belebung des Privatsektors natürlich nicht als Selbstzweck an, sondern als Handhabe zur Lösung der letzten politischen Aufgabe, den Sozialismus aufzubauen. Er schrieb: „... aus dem Rußland der NÖP wird das sozialistische Rußland werden“. Daher konnte auf der Basis der NÖP, die bestimmte materielle, finanzielle und Arbeitskraftressourcen gesammelt hatte, das Land industrialisiert und seine Landwirtschaft kollektiviert werden.

Lenin legte den Schwerpunkt selbstverständlich auf die sozialistischen Wirtschaftsformen: die Genossenschaften und die staatlichen Betriebe. Er bemühte sich um ihre Entwicklung aber nicht um jeden Preis, sondern darum, daß sie wirklich zur Förderung und Stärkung des Landes und zur Besserstellung der Werktätigen beitrugen. Die NÖP hob den vorhergehenden straffen Wirtschaftszentralismus auf und brachte eine neuartige staatliche Wirtschaftsführung hervor: wirtschaftlich selbständige Betriebe und Vereinigungen, die bestimmte Erzeugnisse nicht bloß überhaupt, sondern mit den geringsten Kosten herstellen sollten. In diesem Zusammenhang erklärte Lenin, daß in der sowjetischen Wirtschaft „in allernächster Zeit dieser Typ bestimmt der überwiegende, wenn nicht sogar der ausschließliche werden wird“. Das hat sich zweimal als richtig erwiesen: in den 20er Jahren und jetzt, wo außer in der UdSSR auch in anderen Ländern mit real bestehendem Sozialismus die Wirtschaftsleitung in Gestalt von Vereinigungen mit wirtschaftlicher Rechnungsführung rationalisiert wird.

Es ist also ganz klar, daß Lenin die Hebung der Wirtschaft unter normalen, friedlichen Verhältnissen als das wichtigste Kettenglied bei der Lösung der politischen Hauptaufgabe, beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, ansah. Nicht von ungefähr hob er in

22. April  
110. Geburtstag  
Lenins

jenen Jahren immer wieder hervor, daß der Wirtschaftsaufbau unsere beste Politik ist, daß darin die Wirkungsstärke unseres Vorbilds, unserer revolutionierenden Beeinflussung der Umwelt liegt.

### Die Rückwirkung der Politik

War die Krise von 1921, die der NÖP vorausging und deren Höhepunkt die Vorkstände in Kronstadt und in der Gegend von Tambow waren, u. a. durch die „kriegskommunistische“ Ablieferungspflicht verursacht, so stellten sich die Bauern, als diese aufgehoben wurde, wieder ganz hinter die Sowjetmacht. Die zutiefst demokratische Wendung zur NÖP hin war von einer „politischen Belebung“ der Sowjets begleitet, die darauf ausgerichtet war, den Zustrom frischer Kräfte zur Leitung des gesellschaftlichen Lebens zu beschleunigen und den Massen mehr Zugang zu den Sowjets zu bieten. Es ist bemerkenswert, daß Lenin gerade in dieser letzten Zeit seines Wirkens eigentlich einen Plan zur Demokratisierung der wichtigsten Institutionen des politischen Systems des Sozialismus aufstellte. Das wiederum wirkte belebend auf die Wirtschaft und auf das ganze gesellschaftliche Leben.

Umgekehrt hat es zu einem Sinken der Produktion und zu einer Desorganisation ganzer Branchen geführt, wenn man sich nicht an Lenins Auffassung von den Wechselbeziehungen zwischen Politik und Wirtschaft hielt und zu „energisches“ Beschlüssen überging, die auf dem Verwaltungswege nach unten weitergeleitet wurden. Verwerflich war auch, daß man wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch Verstöße gegen die Leninschen, die demokratischen Normen des Partei- und Staatslebens beizukommen suchte. Deshalb hat sich die Enthüllung und Verurteilung des mit Stalin getriebenen Personenkults und seiner Folgen durch die KPdSU, die scharfe Kritik am Voluntarismus und an unbegründeten Stegreifentscheidungen günstig auf die Gesamtlage im Land ausgewirkt.

Als andererseits ein riesiger Staat wie die VR China mit ihren kolossalen Naturschätzen und Menschenressourcen in den Schraubstock der maoistischen Politik geriet, wurde er für lange Zeit lahmgelegt. Anfangs mochte der Eindruck entstehen, als wolle die neue Führung der VR China, die an Mao eine gewisse Kritik übte, aus der politischen und wirtschaftlichen Sackgasse heraus. Die „Demokratisierung“ erwies sich aber



nur als Mittel zum Kampf um die Macht. Jetzt konstatieren selbst mit Peking sympathisierende westliche Beobachter, daß es mit der „Mauer der Demokratie“ und den sonstigen Attributen der „Entmaoisierung“ aus ist, weil sie Maos Erben zu gefährlich schienen. Man braucht sich über die jetzigen Aufrufe der chinesischen Führung kaum zu wundern, „die Zähne zusammenzubeißen“ und „der Entbehrungen nicht zu achten“.

Völlig anders stellt sich der Weg der Länder mit real bestehendem Sozialismus dar. So geht unsere Partei, wie Leonid Breshnew, der Generalsekretär des ZK der KPdSU, bei einem Treffen mit den Wählern des Moskauer Bauman-Bezirks betonte, „...an die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben von weitgefaßten sozialen Positionen aus heran, wobei sie die Wirtschaft in untrennbarem Zusammenhang mit dem gesamten System der gesellschaftlichen Beziehungen sieht“. Die Partei verweist auf den politischen Charakter der vom Leben selbst nahegelegten neuen Lösungen. Auf dem Plenum des ZK der KPdSU von November 1979 sagte Leonid Breshnew: „Notwendig ist eine Hebung des Niveaus der Leitung im weitesten Sinne dieser Worte... Der Umbau des Wirtschaftsmechanismus ist eine große wirtschaftliche und politische Aufgabe.“

Auf dem Novemberplenum des ZK der KPdSU und in der soeben zum Abschluß gelangten Wahlkampagne haben die Führer unserer Partei auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Leitungsstil und die Leitungsmethoden von Grund auf im Geiste Lenins zu verbessern, im Sinne der Bekämpfung von Bürokratie und politischem Phrasendrusch, im Sinne von Mut, Initiative, Demokratie und bolschewistischer Sachlichkeit. Die neuen wirtschaftlichen Aufgaben, der Kurs darauf, die Produktion zu intensivieren und effektiver zu machen, erfordern auch eine entsprechende Umstellung im ökonomischen und in die Verwaltung betreffenden Denken, denn ein konservatives Verhalten in Fragen der Wirtschaftsstrategie und -leitung wirkt sich über diese ungünstig auf den Zustand der Gesellschaft überhaupt aus. Das ist die demokratische, wirklich leninistische Einstellung zum Verhältnis Wirtschaft—Politik. Die zunehmende politische Bewußtheit, die zunehmende Kultur und Bildung der werktätigen Massen sowie die Erhöhung ihres Produktions- und ihres schöpferischen Potentials sind die beste Garantie dafür.

Wie wir gesehen haben, hat Lenin den lebenswichtigen Sinn des flexiblen und vielseitigen Systems der Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik, ihre Verflechtung, gegenseitige Einwirkung und gezielte Synthese eingehend dargelegt. Dieses System bleibt ein starker Stimulus auch für die jetzige Entwicklung des Weltsozialismus.

## INTERVIEW

# WESTBERLIN IN DER WELT VON HEUTE

Horst SCHMITT, Vorsitzender der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, gab unserem Korrespondenten W. Rosen ein Interview zur heutigen Weltlage und zur Situation in Westberlin.



## Wie war die Resonanz in Westberlin auf die Wahlrede Leonid Breshnews vom 22. Februar?

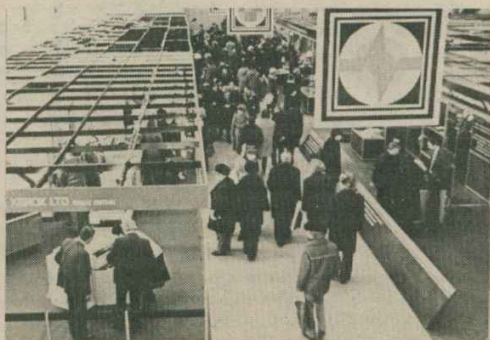
Diese Rede Genossen Breshnews hat in Westberlin einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Einmal wurde mit dieser Erklärung deutlich, daß die Sowjetunion mit ihren Hilfsmaßnahmen für die junge Revolution in Afghanistan nicht nur vertraglichen Verpflichtungen nachgekommen ist, sondern damit zugleich einen wesentlichen Schritt für die Sicherung des Friedens im Mittleren Osten getan hat. Dank dieser Hilfe wurde der Export der Konterrevolution nach Afghanistan vereitelt und wurden die Pläne des amerikanischen Imperialismus und der Pekinger Führung, unmittelbar an der sowjetischen Grenze neuen Konfliktstoff zu schaffen, unterbunden.

Besondere Beachtung fand auch in der Westberliner Öffentlichkeit die Erklärung des Genossen Breshnew in bezug auf den sofortigen Rückzug der begrenzten Armeekontingente, unter der Voraussetzung, daß sich die USA und die Nachbarn Afghanistans verpflichten, ihre subversiven Tätigkeiten einzustellen.

Natürlich bemüht sich die bürgerliche Presse in Westberlin, die Bedeutung dieses Vorschlages herunterzuspielen. Doch unsere Partei tut alles, um die Bevölkerung über die wahren Ursachen der Vorgänge in Afghanistan aufzuklären und die hinterhältigen Manöver, die durch das Großkapital und seine Massenmedien darum angezettelt werden, zu entlarven. Es gibt keinen Zweifel daran, daß die wirkliche Ursache der Zuspitzung der internationalen Situation nicht in Afghanistan zu suchen ist, sondern in der Politik des Wettrüstens, die schon lange vor den Ereignissen in Afghanistan durch die reaktionärsten Teile des amerikanischen und westdeutschen Großkapitals betrieben wurde. Sie haben das Langzeitprogramm der NATO beschlossen... die Beschlüsse über neue Nuklearwaffensysteme in Westeuropa durchgesetzt. Sie sind es, die die Welt wieder in eine Periode des kalten Krieges zurückzerren wollen. Die einzige Alternative zur Politik der friedlichen Koexistenz ist jedoch nur der atomare Weltbrand, der die Menschheit vernichten würde.

## Wie steht die Öffentlichkeit Westberlins zur geplanten Stationierung neuer amerika-

## TELEKINOTECHNIKA 80



Vom 27. Februar bis 12. März fand im Moskauer Sokolniki-Park eine der bedeutendsten internationalen Ausstellungen des Jahres statt — TELEKINOTECHNIKA 80. Etwa 200 Firmen und Organisationen aus 17 Ländern demonstrierten die neuesten Anlagen für Filmindustrie und Fernsehen. Am repräsentativsten war die sowjetische Sektion. Ausgestellt wurden einmalige holographische Epi-Projektoren, die eine räumliche Darstellung verschiedener Gegenstände ermöglichen. Immer größere Anerkennung im Ausland findet das auf



## nischer Atomraketen in Europa?

Gegen die Rüstungspolitik der NATO, vor allem gegen die Brüsseler Raketenbeschlüsse hat sich in Westberlin eine breite Bewegung entwickelt, die Kommunisten und Sozialdemokraten, Christen, Liberale und Parteilose erfaßt hat. Trotz unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Positionen haben bekannte Westberliner Persönlichkeiten ihre Stimme gegen die NATO-Beschlüsse erhoben und sich für die Fortsetzung der Entspannungspolitik ausgesprochen. Bei der Unterschriftensammlung gegen die Raketenbeschlüsse haben sich Zehntausende Westberliner eingetragen. Anlässlich des 35. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus werden eindrucksvolle Massendemonstrationen stattfinden.

Westberlin kann nur unter den Bedingungen der Entspannung einer gesicherten Zukunft entgegensehen. Die Voraussetzung dafür sind mit dem Vierseitigen Abkommen über Westberlin gegeben. Jetzt kommt alles darauf an, durch gemeinsame Aktivitäten aller friedliebender Bürger unserer Stadt das Erreichte zu erhalten und alle Pläne reaktionärer CDU-Führer und anderer Westberliner Politiker zu durchkreuzen, Westberlin wieder in die Schützengräben des kalten Krieges zurückzuziehen. Dafür tritt unsere Partei ein, dafür kämpft sie.

## Bitte etwas zur Lage in Westberlin und zu den Aufgaben der SEW.

Westberlin ist eine Stadt, die über große wirtschaftliche, wissenschaftliche und künstlerische Potenzen verfügt. Ihre Entwicklung ist jedoch weitgehend davon beeinflusst, daß

die Krise des Kapitalismus auch um unsere Stadt keinen Bogen macht.

So hat Westberlin gegenwärtig eine Arbeitslosenquote von 5,1%, und die Sorge um den Arbeitsplatz ist für viele Arbeiter und Angestellte das Problem Nr. 1. Die Preise entwickeln sich auch weiter inflationistisch, und insbesondere die Mieten. Öffentliche Dienstleistungen werden immer teurer. Auf dem Gebiet der Bildungspolitik, des Gesundheitswesens und des Sozialwesens verringern sich die öffentlichen Ausgaben zusehends. In Westberlin ist der Zusammenhang zwischen der Außen- und der Innenpolitik, zwischen dem Kampf für den Frieden und dem Kampf um die sozialen Rechte der Werktätigen eng miteinander verbunden. Die enge politische Bindung der Behörden Westberlins an die Politik der BRD fördert das Durchschlagen der kapitalistischen Krise auf unsere Stadt. So müssen auch die Werktätigen Westberlins ihre Gürtel enger schnallen, um auf direkte und indirekte Weise die wachsenden Rüstungslasten der BRD mitzubezahlen.

Unsere Partei stellt deshalb in ihrem Kampf um die Sammlung aller friedlichen Kräfte gegen die NATO-Politik das Eintreten für das Recht auf Arbeit, für die sozialen Rechte der Werktätigen und gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit. Wir sind bemüht, vor allem die Aktions-einheit der Arbeiterklasse weiterzuentwickeln, deren Kern in der Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in den Betrieben und Gewerkschaften besteht. Auf dieser Grundlage und ohne Aufgabe der Prinzipien der Partei führen wir eine flexible Bündnispolitik mit allen antiimperialistischen, demokratischen und antifaschistischen Kräften durch. Das Ziel ist dabei, den Einfluß des Großkapitals auf die politische und

wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt zurückzudrängen und den Einfluß der Werktätigen zu erhöhen, damit in Westberlin eine Politik der Vernunft und Realität durchgesetzt wird.

## Der 110. Geburtstag Lenins naht heran. Welche Bedeutung hat der Leninismus für die Tätigkeit der SEW und wie gedenkt sie, diesen Tag zu begehen?

In der Zeit der sich verschärfenden politischen, ökonomischen und sozialen Konflikte nimmt in der Arbeit der Partei die Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Politik zu. Die Werke Lenins „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ und „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ sind ständiger Bestandteil unserer Schulung und Propagandarbeit und erweisen uns gemeinsam mit anderen Werken Lenins eine besondere Hilfe in der Herausarbeitung der Strategie und Taktik der Partei. Wir gehen immer davon aus, daß der Leninismus kein Dogma ist, daß er der Marxismus unserer Zeit ist, daß er schöpferisch, entsprechend den Kampfbedingungen angewandt werden muß. Zu Ehren des 110. Geburtstags Lenins finden in diesem Jahr viele propagandistische und andere Veranstaltungen unserer Partei statt, die mithelfen sollen, die Aktualität der Leninschen Lehre für den heutigen Kampf zu veranschaulichen. So wird der 110. Geburtstag Lenins in der SEW zu einem neuen Höhepunkt des Parteilebens gestaltet werden; zugleich wird er zur weiteren Verbesserung der politischen Massenarbeit im Geiste Lenins beitragen und die Kampfkraft unserer marxistisch-leninistischen Partei erhöhen. ■

der Ausstellung vorgestellte sowjetische System Stereo-70, wie die kürzliche Eröffnung eines mit diesem System ausgerüsteten Kinos in Finnland sowie die geplante Eröffnung derartiger Lichtspielhäuser in Sofia und in Paris zeigen. Die weitaus meisten Ausstellungsvertreter westlicher Firmen bekundeten ihre äußerst negative Einstellung zu dem Handelsboykott, den die jetzige US-Administration gegen

die UdSSR verhängt hat. Kurt Jungbehrens, Vertreter der bekannten bundesdeutschen Firma Arriflex, bezeichnete die Politik der US-Regierung als für die Völkergemeinschaft gefährlich und bedauerlich. Gilbert van Gils, Präsident der belgischen Firma Sodipako (Anlagen zur Bearbeitung von Film- und Fotomaterial und für Mikrofilmtechnik), nannte die Boykotttätigkeit Carters dumm und völlig unangebracht.

**A. KUSNEZOW**

Unsere Bilder: In einem Ausstellungspavillon ♦ Kurt Jungbehrens, Repräsentant der bundesdeutschen Firma Arriflex, führt neueste Filmtechnik vor

Fotos: A. Motschalin





# WAS HINTER DEN BESCHLÜSSEN DES ZK-PLenums STECKT

Viktor WASSILEW

Das Plenum tagte bei fortwährenden Machtkämpfen auf der höchsten Ebene der chinesischen Führung, bei schwierigen politischen, wirtschaftlichen, ideologischen und kulturellen Problemen des Landes. Die Führung selbst nennt das jetzige Stadium einen Übergang vom Chaos zu einer Situation, „für die das Vorhandensein einer Führung, Ordnung, einer Richtung und Ziele des Vorwärtsworts charakteristisch sind“.

Im Kommuniqué heißt es, der Übergang zur neuen Situation sei in der Hauptsache schon vollzogen, eine politische Lage der „Stabilität und Geschlossenheit, Lebhaftigkeit und Frische“ sei eingetreten. Die Tatsachen bezeugen etwas ganz anderes.

## Beschlüsse gefaßt — Probleme geblieben

In der Volkswirtschaft herrscht noch immer eine gespannte Lage. Die Zuwachsraten von Industrie und Landwirtschaft ist stark gesunken, sie deckt den Bedarf des Landes und seiner Bevölkerung nicht. Infolge der Disproportion zwischen Industrie und Landwirtschaft und zwischen verschiedenen Industriezweigen mußte die Führung voriges Jahr vom Kurs auf eine größtmögliche Forcierung zum Regulierungskurs übergehen, wodurch die Disproportion aber nicht in dem Maße abgemindert hat, wie man ursprünglich erwartet hatte. Immer öfter hieß es, die drei Jahre, in denen die „Regulierung“ vorgenommen werden sollte, seien zu wenig.

Wie kann man bloß von „Lebhaftigkeit und Frische“ reden, wenn es in den Städten 20 Millionen Arbeitslose gibt und wenn im ganzen Land selbst nach amtlichen Angaben 100 Millionen chronisch unterernährt sind!

Hinzu kommt das Problem der Jugend, die wie zur Zeit der „Kulturrevolution“ zwangsweise ins Dorf, in entlegene Grenz- und Gebirgsgegenden Chinas geschickt wird. Dadurch nimmt die Unzufriedenheit der Massen über den niedrigen Lebensstandard und über das Fehlen demokratischer Rechte und Freiheiten nur noch zu. Peking ist auch über die „Vertrauenskrise“ in weiten

Kreisen beunruhigt. Bei der chinesischen Führung sagt man offen, daß viele Leute kein Vertrauen zur KP Chinas mehr haben.

Folglich sieht es gar nicht so rosig aus, wie die Verfasser des Kommuniqués behauptet haben. Selbst sie mußten zugeben, daß sich das Land einer Anzahl höchst wichtiger Probleme gegenüber sieht, die „ohne jeden Aufschub“ gelöst werden müssen.

Das Plenum hat beschlossen, den XII. (außerordentlichen) Parteitag einzuberufen. Dort würde man Antwort auf die brennendsten Fragen bekommen, die die Modernisierung betreffen. Weiter soll die Zentralkommission des ZK für Kontrolle über die Disziplin Bericht über das Geleistete erstatten und soll ein neues Parteistatut angenommen werden. Im Entwurf dazu seien „strenge Anforderungen“ an die Parteimitglieder gestellt; es sei notwendig, der Unorganisiertheit, der Undiszipliniertheit und dem Cliquenwesen einen Riegel vorzuschieben.

## Keine Entmaoisierung

Liu Shaoqi, der ehemalige Vorsitzende der VR China und Vizevorsitzende des ZK der KP Chinas, ist postum rehabilitiert worden. Während der „Kulturrevolution“ wurde er als „Rädelsführer der revisionistischen Linie“ und „Stabschef der Bourgeoisie“ Repressalien unterworfen. Auf dem 12. Plenum des ZK der KP Chinas von Oktober 1968 war er aus der Partei ausgeschlossen und sämtlicher Posten innerhalb und außerhalb der Partei enthoben worden. In dem Beschluß hieß es, man werde „mit ihm und mit Personen, die als seine Komplizen bekannt sind, weiter abrechnen“. Jetzt ist beschlossen worden, die Beschuldigung gegen Liu Shaoqi niederzuschlagen, den „irrigen Beschluß“ über seine Absetzung von allen Posten zu annullieren und ihn als Partei- und Staatschef zu rehabilitieren.

Im Kommuniqué wird der Beschluß über seine Rehabilitierung als Beweis dafür genannt, daß die KP Chinas Tatsachen respektiere und begangene Fehler wiedergutmache, daß sie eine ernst zu nehmende Par-

tei sei. Wie ist das nun wirklich mit der „Respektierung der Tatsachen“?

Die chinesische Führung anerkennt im Grunde genommen, daß die Massenrepressalien und viele Thesen der „Kulturrevolution“ falsch waren, versucht aber, die ganze Verantwortung dafür auf Lin Biao und die „Vierbande“ zu schieben und Mao in Schutz zu nehmen. Es ist aber bekannt, daß kein anderer als Mao das 12. ZK-Plenum leitete, auf dem die Beschlüsse über Liu Shaoqi gefaßt wurden. In einer Rede rechtfertigte er dort die „Kulturrevolution“, die Vernichtung der Parteiorgane sowie der Organe der Volksmacht; ebenso die Repressalien gegen führende KP-Funktionäre und -Mitglieder, gegen die er etwas hatte. Bekannt ist auch, daß Hua Guofeng auf dem XI. Parteitag im August 1977 den Ideen Maos die Treue schwor, dessen „wissenschaftliche These“ über Personen in der Partei, „die Macht besitzen und den kapitalistischen Weg gehen“, über alles lobte und erklärte, „unverbesserliche Defätisten“ wie Liu Shaoqi „verkörpern wirklich die größte Gefahr einer Wiederherstellung des Kapitalismus“.

Im Zusammenhang mit der Rehabilitierung Liu Shaoqis redet man im Westen jetzt von einer beschleunigten „Entmaoisierung“ in China. Gewiß, jedes neue Eingestehen von Fehlern und Verbrechen aus der Zeit der „Kulturrevolution“ führt objektiv zu einem weiteren Abbau des Mao-Kults. Im selben Sinne wirkt auch die Abkehr von vielen maoistischen Richtlinien in Wirtschaft, Politik und Kultur, die die Volkswirtschaft Chinas „an den Rand der Katastrophe brachten“, der „Errichtung einer faschistischen Diktatur“ freie Bahn gaben sowie „Kultur und Volksbildung untergruben“. Sogar in der Führung ist man sich über das ideologisch-theoretische Erbe des „großen Steuermannes“ nicht einig. Das alles bedeutet aber noch keine Entmaoisierung.

Es ist ganz klar, daß die jetzige Führung den Hauptkurs Maos weitersteuern will, daß sie an den ihm zugrunde gelegten Ideen — am Nationalismus, Großmachtchauvinismus und Hegemonismus — festhält, die bei allem, was sie tut, die Triebfedern sind. Sie klammert sich an die maoistische Vorstellung von einem „starken China“, das andere Länder und Völker belehren könne, wie sie leben, mit wem sie Freundschaft halten und gegen wen sie Krieg führen sollen. Sie sucht das System der Diktatur des Militärs und der hohen Beamtenschaft, das während der „Kulturrevolution“ aufgezogen wurde, beizubehalten. Sie braucht ein Fortbestehen des Mao-Kults in



irgendeiner Form, um ihre antisozialistische Innen- und Außenpolitik sowie ihren Antisowjetismus und ihre Orientierung auf einen Weltkrieg zu rechtfertigen. Deshalb wird die ganze Schuld für die Fehler und Mißgriffe auf Lin Biao und die „Viererbande“ geschoben, die man künstlich von Mao Zedong trennt. Um Mao reinzuwaschen, hat die Peking-Führung also auf dem Plenum erklärt, man müsse „den Ideen Maos ihr wirkliches Gesicht wiedergeben“. In einem Leitartikel der „Renmin ribao“ über die Ergebnisse des Plenums wird ausdrücklich gesagt, daß Maos Ideen „nicht nur jetzt, sondern auch im weiteren für unsere Sache eine wichtige, richtungsweisende Rolle spielen werden“.

### Umrüttelung auf höchster Ebene

Sehr eingehend befaßte sich das Plenum mit Organisationsfragen. Es hat beschlossen, Kreaturen der „Kulturrevolution“ sämtlicher Partei- und Staatsposten zu entheben: den Vizevorsitzenden des ZK der KP Chinas Wang Dongxing; die Politbüromitglieder Ji Dengkui, Wu De und Chen Xilian. Im Kommuniqué heißt es, sie hätten „schwere Fehler“ gemacht. Übrigens hatten sie Verbindungen zur „Viererbande“. Allem Anschein nach haben bei der Ausschaltung dieser „neuen Vierergruppe“ nicht zuletzt der Machtkampf zwischen den Kreaturen und den Opfern der „Kulturrevolution“ sowie eine Rache Deng Xiaopings mitgesprochen. Jedenfalls klingt es ziemlich läppisch, was da von einer „großartigen Stabilität und Geschlossenheit“ gesagt ist, während gleich vier Mitglieder des Politbüros auf einmal abgesetzt worden sind.

Ins ständige Komitee des Politbüros des ZK der KP Chinas sind Hu Yaobang und Zhao Ziyang aufgenommen worden, die als Anhänger Deng Xiaopings gelten. Das Sekretariat des ZK ist wiederhergestellt. Als Generalsekretär, der zu Beginn der „Kulturrevolution“ Deng Xiaoping war, ist jetzt Hu Yaobang eingesetzt worden, der lange Erster Sekretär des ZK des Kommunistischen Jugendverbandes und später Erster Sekretär des Parteikomitees der Provinz Shenxi war.

Eine unverkennbare Umstellung an der Spitze der chinesischen Führung zugunsten der Gruppierung Deng Xiaopings liegt vor. In diesem Zusammenhang äußern viele westliche Kommentatoren, Hua Guofeng behalte nur nominell seine führende Stellung, in Wirklichkeit sei er ein „General ohne Armee“ und werde entweder auf dem Parteitag oder auf der nächsten Tagung des Na-

tionalen Volkskongresses einen Teil seiner Posten abtreten müssen. Deng Xiaoping habe jetzt freie Hand für seinen eigenen Kurs.

Über diesen können die Weisungen Deng Xiaopings Aufschluß geben, die wirtschaftliche Entwicklung durch Sparmaßnahmen zu beschleunigen; ferner die besondere Sorge des stellvertretenden Premiers des Staatsrates für eine forcierte Umrüstung der Armee und die kürzliche Aggression gegen das sozialistische Vietnam. Deng Xiaoping wird die Initiative bei dem Beschluß des Plenums zugeschrieben, das in der Landesverfassung verbrieftes Recht der Bürger aufzuheben, „ihre Meinungen zu äußern, zu diskutieren und Wandzeitungen auszuhängen“. Wie man erkennt, sehen die jetzigen chinesischen Führer die demokratischen Rechte vom Standpunkt ihres eigenen Nutzens. Sie spielen ganz gern diese Rechte im Kampf mit ihren Gegnern aus, sind aber jederzeit bereit, sie abzuwürgen, wenn die Leute über eine bestimmte Grenze hinausgehen und ihr Recht geltend machen, in Angelegenheiten des Staates und der Gesellschaft mitzureden, und wenn sie bessere Lebensverhältnisse fordern.

### Hegemoniebestrebungen

Durch Ausschaltung der einen oder anderen „Vierergruppe“ kann man natürlich keine Stabilität erzielen. Der Kampf an der herrschenden Spitze ist noch längst nicht zu Ende. Die chinesische Presse schreibt, daß eine Parteireinigung

notwendig sei. Man muß bedenken, daß von den 38 Millionen Mitgliedern der KP Chinas mehr als die Hälfte aus der „Kulturrevolution“ hervorgegangen sind, die weder ihre Posten abtreten noch sich mit vielen Thesen Dengs einverstanden erklären wollen.

Diese Unstabilität in der Führung wie in der ganzen Gesellschaft rührt daher, daß man sich in wichtigsten Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung, der ideologischen Tätigkeit und der Außenpolitik nicht einig ist. Der nicht nachlassende innerpolitische Kampf ist vor allem auf den Widerspruch zwischen der sozialistischen Eigentumsform und der antisozialistischen Außen- und Innenpolitik Pekings zurückzuführen.

Die Beschlüsse des 5. ZK-Plenums bestätigen, daß der organisatorische Verfall in der KP Chinas und der ideologische Wirrwarr nicht überwunden sind.

Dem politischen Kurs der chinesischen Führung sind die von Mao ererbten Ideen für die Bildung eines militaristischen Chinas zugrunde gelegt, eines Chinas, das auf Hegemonie, Blockbildung mit dem Imperialismus und einen Krieg orientiert ist. Das Plenum hat sich auch bemüht, Voraussetzungen für den Kurs der jetzigen Peking-Führung zu schaffen. Er kann aber weder zu einem wirklichen Zusammenschluß führen noch zu einer Stabilität des jetzigen Regimes noch auch zur Erfüllung der Pläne für eine Modernisierung der Wirtschaft. ■

## BIOGRAPHISCHES



MINISTERPRÄSIDENT JORDANIENS IST  
ABDEL HAMID SHARAF

Geboren am 8. Juli 1939 in Bagdad als Cousin von König Hussein mütterlicherseits. Absolvierte die Amerikanische Universität in Beirut als Bakkalaureus der Philosophie und Magi-

ster der internationalen Beziehungen. Seit 1962, als er zum Leiter der Abteilung Arabische Länder und Palästina des jordanischen Außenministeriums ernannt wurde, steht er im Staatsdienst. 1963 wurde A. H. Sharaf zum Generaldirektor des jordanischen Rundfunks ernannt, dann wurde er zum Assistenten des Leiters der königlichen Kanzlei berufen. 1965 Leiter der Abteilung internationale Organisationen des Außenministeriums, 1966/67 Informationsminister. Im Sommer 1967 zum Botschafter Jordaniens in den

USA und Kanada ernannt. In dieser Funktion bis zum 15. März 1972 tätig, bis er als ständiger Vertreter Jordaniens bei der UNO akkreditiert wurde.

Im Dezember 1975 suchte A. H. Sharaf die UdSSR als Mitglied einer Regierungsdelegation.

Vom 13. Juli 1976 bis zu seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten am 19. Dezember 1979 war er Leiter der königlichen Kanzlei.

A. H. Sharaf ist zugleich Außen- und Verteidigungsminister.



# Freibrief zur Intervention

Von unserem ständigen Berichterstatter

Juri GUDKOW

Die Landung klappte wie am Schnürchen. Die Ledernacken, die von drei Landungsfahrzeugen abgesetzt wurden, fluteten wie die Wellen nacheinander an den langen, ebenen Strand, aus der Luft von Hubschraubern gedeckt. In Kurzstreckenläufen und teils kriechend legten sie die ungedeckte Strecke zurück. Die 2. Marineinfanteriedivision, die in Camp Lejeune (Nordkarolina) stationiert ist, erstürmte dieses Mal die Küste von Massachusetts ganz am Ende von Kap Cod.

Trotz Kälte und eisigem Wind hatten sich mindestens 1000 Zuschauer und mehrere Dutzend Reporter eingefunden.

Bald darauf hatte sich die Marineinfanterie im Raum eines Parkplatzes mit seinen Imbißstuben und WCs „eingeeigelt“. Die gute Laune der Leitung wegen der Einhaltung des Zeitplans und des Publikums wegen des ungewöhnlichen Schauspiel wurde nur von dem Verantwortlichen für die Grünanlagen auf Kap Cod nicht geteilt. Die Soldaten hatten zwar laut Befehl die mit Strandhafer bewachsenen Dünen umgangen, dagegen hatten die Reporter wie eine Herde Elefanten überall herumgetrampelt.

Die Landungsoperation fand statt, kurz nachdem Carter im US-Kongreß die Botschaft „Über die Lage der Nation“ verlesen hatte, in der er den USA öffentlich einen Freibrief zur Intervention erteilte. Deshalb berichteten alle großen Zeitungen und Fernsehsender über die Operation. Aber nicht nur deshalb.

## Ein paar „Zufälle“ und Regeln

Der Ruhm der Ledernacken, der auf unzählige Filme und Romane im Wildweststil zurückging, verblähte in Vietnam ganz gewaltig. Sie richteten nicht viel aus, hatten die schwersten Verluste und wurden bald „das probateste Mittel zum Killen junger Amerikaner“ genannt. Die Rauschgiftsucht, die Rassenzusammenstöße, die Fälle von Fahnenflucht und Ungehorsam arteten förmlich zu einer Seuche aus. Das einflußreiche Brookings-Institut

äußerte Zweifel an der Effektivität der Marineinfanterie.

Heute vergißt man das gern und schreibt mit einem Wohlwollen sondergleichen über die Ledernacken. Ein merkwürdiger Zufall: Gleich nach solchen Zeitungsbeiträgen erschien die Mitteilung, die erste große Einheit — 1800 Mann und Unterstützungskräfte — sei abgegangen, um auf dem Arabischen Meer im 70. Sonderversand zu dienen, der aus gut zwei Dutzend Schiffen einschließlich dreier Flugzeugträger besteht. Die „New York Times“ schreibt: „Die Marineinfanteristen werden die ersten in diesen Raum entsandten Landtruppen seit dem zweiten Weltkrieg sein.“ Sie sollen die Speerspitze, die gepanzerte Faust der Eingreiftruppe bilden, die auf Beschluß des Weißen Hauses im Eiltempo aufgestellt wird.

In allen Einzelheiten schilderte die Presse den Besuch Brzezinskis auf dem an der afghanischen Grenze gelegenen Khaiber-Paß. In paramilitärischer Kleidung übte er sich mit sichtlichem Vergnügen in der Bedienung eines MGs und schien sich nur mit Mühe beherrschen zu können, keine Salve gegen den afghanischen Grenzposten abzufeuern. Immerhin versagte er sich das Vergnügen nicht, sich mit der Waffe in der Hand fotografieren zu lassen, wobei er sagte, das werde „eine historische Aufnahme drei Wochen vor dem Marsch auf Kabul“ sein.

Natürlich war das nur ein Scherz, aber im Munde eines Abgesandten des Präsidenten war er kaum angebracht. Keine Woche verging bis zum nächsten „Zufall“. Auf Beschluß des Koordinationssonderschusses, für den Brzezinski zuständig ist, leitete die CIA die Belieferung der afghanischen Aufrührer mit Waffen in die Wege. Amtlichen Angaben zufolge hat die CIA so etwas seit den Geschehnissen in Angola von 1976 nicht mehr getan. Es heißt, die USA wollten eine „afghanische Exilregierung“ aufziehen. Mit Washingtons unverkennbarem Segen und für amerikanisches Geld werden Aufrührer nicht nur

in Pakistan, sondern auch in Ägypten gedriht und bewaffnet.

Und das sollen nun Zufälle sein! Sie zeugen davon, daß beim Anfachen der Kriegshysterie ein neues Element in Erscheinung getreten ist: Die bewaffnete Einmischung, die Aggression wird als eine der gewohnten Übungen hingestellt. Mit der gezielten, großangelegten Kampagne will man sich u. a. vom „vietnamesischen Syndrom“ kurieren. Der Kommentator Stephen Rosenfeld schreibt: „Der Krieg wird als etwas Wichtiges, strategisch und politisch Rettendes, Energie Weckendes und sogar Läuterndes dargestellt, nicht als etwas Blutiges, uns und unseren Interessen Schadendes, über das wir die Kontrolle verlieren könnten.“

Als Rechtfertigung beruft man sich wieder, wie in der Frühzeit des kalten Krieges, auf die „sowjetische Bedrohung“. Die Wühlakte der CIA in Afghanistan werden offen zugegeben, die unversöhnlichen Wahrer der „amerikanischen Interessen“ sind sogar stolz auf sie. Dagegen nannte der Präsident die Hilfe der UdSSR an den befreundeten Nachbarstaat „die größte Bedrohung des Friedens seit dem zweiten Weltkrieg“. Selbst die „Newsweek“ mußte zugeben, daß das übertrieben war. Die dienstfertigen Antisowjetisten aber haben den Satz Carters zu ihrem Schlagwort gemacht.

Die unverkennbare Verfahrenheit solcher Argumente und die Mißachtung allgemein bekannter Tatsachen deuten darauf hin, daß diese Kampagne für den internen oder, wie die Amerikaner sagen, für den Hausgebrauch bestimmt ist. Man rechnet auf die Vertrauensseligkeit des Publikums, das man daran gewöhnt hat, sich gedankenlos mit fertigen Klischees zu begnügen. Wie eine kürzliche Untersuchung ergab, nehmen die Auslandsnachrichten nur 15% der Zeitungsseiten ein. (Kein Wunder, daß nur ein Drittel aller Befragten die Partner des SALT-2-Abkommens zu nennen imstande waren.) Im Jahr der Wahlen wird diese Un- oder vielmehr Desinformiertheit gehörig für politische Augenblickserfolge ausgeschlachtet, besonders



angesichts der Wirtschaftsdepression und des beispiellosen Hinaufschnellens der Preise. Alan Wolfe von der Kalifornischen Universität schreibt: „Der Militäretat und eine aggressive Außenpolitik sind noch immer zu wichtig für eine Regierung, die sich nicht mit den Mißständen im eigenen Land abgeben will.“ Das ist in der politischen Küche der USA keine Ausnahme, sondern die Regel.

Wie errechnet worden ist, haben die USA von Anfang 1946 bis Ende 1975 215mal Streitkräfte eingesetzt und Kriegsdrohungen ausgestoßen. Was steckt aber hinter dieser Zahl? Besonders in Vogue waren Drohungen und militärische Einmischungen bei Washington zwischen 1946 und 1948 sowie zwischen 1960 und 1965. Im erstgenannten Zeitabschnitt sah sich Truman ebenfalls unlöslichen wirtschaftlichen Problemen gegenüber, vor allem einer katastrophalen Arbeitslosigkeit. Ab Anfang der 60er Jahre knieten sich die USA allmählich in den Vietnamkrieg hinein und rechneten dabei auf Straflosigkeit und leichten Erfolg. Es ist bezeichnend, daß nach großen Kriegsabenteuern die Drohungen viel seltener werden. Das zeigen eindeutig die Jahre nach dem Krieg in Korea und dem in Vietnam. Übrigens neigen die demokratischen US-Regierungen mehr zu Kriegsabenteuern. Laut Statistik ist das Verhältnis zwischen denen der Demokraten und denen der Republikaner 60:40.

Die Schlussfolgerung drängt sich auf, daß Gewaltakte oder Kriegsdrohungen nicht mit äußeren Faktoren zu erklären sind, die die Landesicherheit der USA in Gefahr brächten, sondern mit innerpolitischen

Berechnungen, mit dem Druck der militaristischen Kreise, der mit der Erhöhung des Militäretats stärker wird, und mit dem alten Hang zur Gewalt nach der Devise: „Der Stärkere hat recht.“

Dahinter steckt das Festhalten der „amerikanischen Demokratie“ an der rohen Gewalt der Außenwelt gegenüber. Die strapazierte „Bedrohung wichtiger nationaler Interessen“, die nach Washingtons Gutdünken in einer beliebigen Weltgegend eintreten kann, dient als Vorwand, mit dem man desto häufiger kommt, je mehr er der globalen Realität widerspricht.

Die Geschichte der USA ist eine Geschichte bewaffneter Interventionen. Es wechselten die Vorwände und Triebfedern, und die Ziele wurden verschieden getarnt, die amerikanische Einstellung zur Umwelt aber blieb unverändert. Am treffendsten ist sie wohl als Hege- monismus zu bezeichnen.

### „Warum sollen wir untätig bleiben!“

Auch Amerika mußte einst um seine Unabhängigkeit kämpfen. Trotzdem sahen die Begründer der USA als Garantie für deren Sicherheit, wie sie es selbst ausdrückten, die Bildung eines „Imperiums“ an. Die Intervention war ein Mittel zu diesem Zweck. Im Jahre 1775, beim Entstehen der USA, wurde die US Army ausgeschiedt, Kanada zu erobern. Präsident James Polk erklärte die Eroberung mexikanischen Gebiets im Jahre 1846 mit Erfordernissen der Landessicherheit. Laut Präsident William McKinley war die bewaffnete Intervention auf den Philippinen während eines dortigen Volksaufstandes ein Mittel zur Wahrung der Interessen der USA in Asien. Wegen deren „Sicherheit“ fielen US-Truppen in Kuba, Panama, in der Dominikanischen Republik, in Nicaragua und Haiti ein. Die damaligen Erfahrungen machte man sich bei der Intervention gegen die junge Sowjetrepublik zunutze.

Man fühlt sich nicht einmal bemüht, aus der Mißachtung für die Rechte und Interessen anderer Völker ein Hehl zu machen. Nach Ansicht Präsident Theodore Roosevelts sind die Indianer, die Stammbewohner Amerikas, „nur wenig klüger, aber schmutziger und wilder als Bestien“. Ein Tribut an die grausame alte

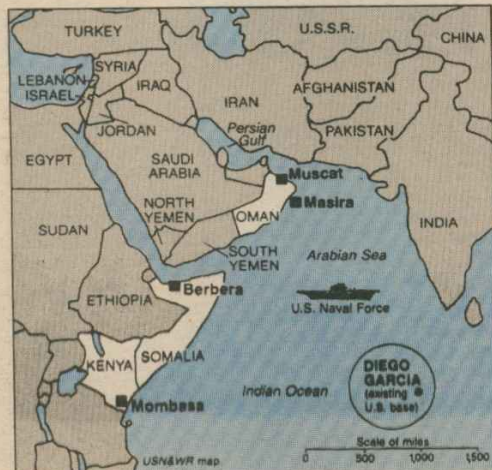
Zeit? Durchaus nicht. „Ich sehe nicht ein, warum wir untätig bleiben und zulassen sollen, daß unser Land infolge der Unverantwortlichkeit seines eigenen Volkes kommunistisch wird.“ Diese Worte stammen von Henry Kissinger, Professor der Harvard-Universität, aus der Zeit, als er Sicherheitsberater des Präsidenten war. Das war dann die Begründung für die amerikanische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chiles, die mit dem Mord an dem legitim gewählten Präsidenten endete. Wie wir sehen, ist nur die Ausdrucksweise anders, der Sinn aber derselbe.

Die Nachkriegszeit schien unbegrenzte Möglichkeiten zur Schaffung eines „Imperiums“ zu bieten. Washington gab den Auftakt zum nuklearen Wettrüsten und rechnete darauf, die militärische Überlegenheit zu behalten. An seiner Wirtschaftsmacht bestand kein Zweifel. Der zweite Weltkrieg hatte die USA nicht geschädigt, sondern enorm bereichert. In der im März 1947 publik gemachten Truman-Doktrin wurde die Welt unverblümt darauf hingewiesen, daß die USA zur militärischen Einmischung in Europa berechtigt seien. Der Marshall-Plan sollte die wirtschaftliche Herrschaft gewährleisten. Truman selbst nannte sie „die beiden Hälften ein und derselben Walnuß“. Die Eisenhower-Doktrin dehnte die „Rechte“ der USA auf den Nahen und Mittleren Osten aus. Admiral Radford, der damalige Leiter der Vereinigten Stabschefs, formulierte sie im Ausschuß des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten wie folgt: „Die freie Welt, zu der wir gehören, muß in Mittelost vor allem drei Ziele verfolgen: Die dortigen Staaten müssen von kommunistischer Herrschaft frei bleiben; die dortigen strategischen Positionen und Transitrechte müssen der freien Welt verfügbar sein; die Ressourcen, strategischen Positionen und Transitrechte dürfen nicht hinter den eisernen Vorhang geraten.“

Ein Beispiel der Ausführung dieser Absichten ist der Einfall von 9000 Marineinfanteristen und Paras unter Deckung von 70 Schiffen der 6. US-Flotte von Juli 1958 im Libanon. Für den erwünschten Ausgang des innerpolitischen Kampfes sollten die Bajonette der Ledernacken sorgen, von denen jeder laut Eisenhower ein „persönlicher Repräsentant der USA“ im Libanon gewesen sei. Ohne zu merken, wie peinlich das war, schrieb die „Time“ bewundernd: „Unter Androhung, daß die Truppen auf unbestimmte Zeit dableiben könnten, kam der Fünfstern-Botschafter Robert Murphy, Eisenhowers Sonderabgesandter, seinen Vermittlerpflichten bei den Verhandlungen

Neue Stützpunkte des Pentagons im Raum des Persischen Golfs

Schematische Darstellung aus „U.S. News & World Report“ (USA)





der kriegführenden Fraktionen mit seiner ganzen Überredungskunst nach und reiste am Abstimmungstag taktvoll aus der Stadt ab.“ Die Zeitschrift sagte voraus, daß die USA alle ihre Wünsche erfüllt bekämen: „Die USA können stolz darauf sein, daß sich ihre Streitkräfte im Libanon so gezeigt haben, wie sie sich jederzeit an einem beliebigen anderen Ort zu zeigen imstande sind.“

## Zwecke und Mittel

Die katastrophale Niederlage in Vietnam, das Scheitern der Hoffnungen auf eine nukleare Überlegenheit und die Schwächung der Wirtschaftspositionen der USA auf dem Weltchauplatz zeigten klar und deutlich, wie verstiegen es ist, auf eine „Pax Americana“, einen „amerikanischen Frieden“ zu rechnen. Wohl oder übel gab Washington bekannt, daß es von einer offenen bewaffneten Einmischung zur Unterstützung „befreundeter Regimes“, von einer bedeutenden Steigerung der Waffenverkäufe, von einer Aktivierung der subversiven Tätigkeit der CIA und von einer Ausweitung der Handelsoffensive absehe.

Das Hauptobjekt dieser von Nixon im Juli 1969 verkündeten Doktrin wurde der Nahe Osten. Nach Ansicht amerikanischer Strategen hat der „Sechstagekrieg“ von 1967 bewiesen, daß Israel zum Gendarmen in der arabischen Welt taugt (natürlich mit dem Beistand der 6. US-Flotte, die ständig im Mittelmeer ist). Großbritannien gab 1968 die Absicht bekannt, aus dem Raum „östlich von Suez“ abzuziehen, und führte die Absicht drei Jahre später auch aus. Schon einige Monate danach gab der Schah des Irans ein beispielloses umfangreiches Programm für Waffenankäufe in den USA bekannt: Von 1972 bis 1976 hatten diese Lieferungen einen Wert von 10,4 Md. Dollar. Bis Anfang der 80er Jahre sollte er 18,5 Md. erreichen. Nach Israel wurde der Iran der zweite nahöstliche Stützpunkt der USA.

Mit den Waffenlieferungen und der Ausbildung der iranischen Armee hatte die Sache aber noch nicht ihr Bewenden. Der US-Zeitschrift „The Nation“ zufolge beteiligten sich Amerikaner an den Kämpfen im iranischen Kurdistan, im Dhofar und trieben eine subversive Tätigkeit in den Ländern am Persischen Golf, wobei sie den Spionagedienst Israels, den Mossad, und die iranische Geheimpolizei SAVAK benutzten, die mit Dazutun der USA aufgezogen worden war. (Agenten der SAVAK wurden z. B. auf dem Marinestützpunkt Quantico, Virginia, ausgebildet.) Neue Möglichkeiten schienen

die Abmachungen von Camp David zu bieten. Sie bildeten eigentlich die Grundlage für die Neubewaffnung Ägyptens, wovon die Waffenankäufe in den USA für viele Milliarden zeugen, ferner für die weitere Verstärkung der Kriegsmaschinerie Israels.

Durch den Sturz des Schahs veränderte sich das Kräfteverhältnis. Zugleich wurden die Folgen der Abmachung von Camp David fühlbarer: Die Weigerung, das Nahostproblem wirklich zu lösen, und das Widerstreben, die Rechte des palästinensischen Volks zu berücksichtigen, rissen die Kluft zwischen den USA und der arabischen Welt weiter auf. Sadats Beispiel wirkte nicht ansteckend, im Gegenteil. In dieser neuen Situation griff Washington zu einem alten Mittel. Die Intervention war ja nicht vergessen oder auf den Müllhaufen der Geschichte gewandert. Die Verfechter der militärischen Gewalt hatten nur ihrer Stunde geharrt.

Die Gewaltandrohungen wurden schon 1974 auf die Tagesordnung gesetzt, nach der Ölsperre, die die arabischen Länder als Antwort darauf verhängten, daß Israel im Krieg von 1973 ägyptische Gebiete besetzt hatte. Damals erklärte Verteidigungsminister Schlesinger, die Ölländer liefen Gefahr, einem militärischen Schlag ausgesetzt zu sein, falls sie versuchen sollten, „die industrielle Welt zu schädigen“. Ebenfalls 1974 brachte die Wochenschrift „U.S. News & World Report“ eine Beitragssammlung unter der Schlagzeile „Werden die USA das Nahostöl erobern?“ Dort waren genau die Gegenden genannt, deren Besetzung möglich schien. Um die Öllieferungen aus Saudi-Arabien sicherzustellen, würden — so hieß es da — drei Divisionen ausreichen. Bald darauf bezeichnete Schlesinger den ganzen Persischen Golf als wahrscheinliches Objekt einer bewaffneten Intervention. Die Presse griff derartige Regieanweisungen mit Handkuß auf. Das konkrete Ergebnis dieser Kampagne war der Beschluß Carters vom August 1977, die „Eingreiftruppe“ aufzustellen. Sie habe, so die Zeitschrift

„Inquiry“, „rasche Schläge gegen Krisenpunkte in der dritten Welt, vornehmlich am Persischen Golf“ zu ermöglichen. Die Geschehnisse im Iran dienten als Vorwand für die Ausführung dieses Plans.

Man bemerkt unschwer, daß der Export der Konterrevolution auf die gleichen „Imperiums“-Absichten zurückzuführen ist. Wie Richard Falk, Professor für Völkerrecht an der Princeton-Universität, bemerkt, stellt der Interventionsdrang „einen gefährlichen und wahrscheinlich vergeblichen Versuch dar, den po-



Marineinfanterie wird für die Wahrung „lebenswichtiger Interessen der USA“ gedrillt

Foto aus „U.S. News & World Report“,  
Telefoto AP—TASS



litischen und wirtschaftlichen Niedergang des Westens mit der amerikanischen Militärmacht zum Stehen zu bringen. Grundsätzlich gesehen, läßt dieser erneute Widerstand gegen den Nationalismus der dritten Welt den Kampf des Westens für die Aufrechterhaltung des Kolonialismus wiederaufleben.“ Die größere Abhängigkeit von den Rohstoffquellen ist der Hauptanstoß zu einer abenteuerlichen Politik und dient zugleich zu deren propagandistischer Tarnung. Infolge der jüngsten Ereignisse tritt die allgemeine Absicht ziemlich klar zutage. Je mehr Einzelheiten bekannt werden, desto



krasser zeigen sich die hegemonistischen Gelüste Washingtons.

Es handelt sich um eine ständige militärische Präsenz im Nahen Osten und in Asien und um die Schaffung von Möglichkeiten zu einer schnellen bewaffneten Einmischung.

## Mit Waffen und Geld

Die Hauptrolle wird der Kriegsmarine und der Eingreiftruppe angewiesen. Der 70. Sonderverband patrouilliert schon monatelang in unmittelbarer Nähe des Persischen Golfs. Er soll später von der Pazifikflotte abgelöst werden, die man neben den vier schon bestehenden aufstellen will. Am 1. März wurde die Eingreiftruppe offiziell als aufgestellt erklärt. Ihre Zusammensetzung ist nicht konstant, sie soll aus Teilen des Marineinfanteriekorps, der 82. und 101. Luftlandedivision sowie aus Rangerbataillonen gebildet werden. Für den in den nächsten fünf Jahren erfolgenden Bau spezieller CX-Flugzeuge und 16 Landungsschiffe für den Transport der Eingreiftruppe sind 9 Md. Dollar bewilligt.

Zugleich sucht man nach Stützpunkten, die für die Flotte und die Luftwaffe taugen, in erster Linie in Kenia, Somalia und Oman. Washington will auch die britischen und die französischen Stützpunkte auf Diego Garcia, auf Masira und in Djibouti benutzen. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um zu erkennen, daß sich die Stützpunktkette durch alle Nahostgebiete hinziehen soll, von der Türkei im Norden bis nach Diego Garcia im Süden. Zum Unterschied von den über die ganze Welt verstreuten 2500 US-Basen und -Stützpunkten handelt es sich dieses Mal nur um die Benutzung von Häfen und Flugplätzen sowie um den Bau von Treibstoff- und Heeresgutmagazinen. Es ist aber schon beschlossen, Personal für die Hafen- und Flugplatzanlagen abgehen zu lassen. Außerdem sind im Indik schwimmende Waffen-, Munitions- und Proviantmagazine geplant. Verteidigungsminister Brown hat neulich im US-Kongreß beantragt, in den USA selbst eigens für die Interventionskräfte Heeresgut einzulagern.

Der Zugriff zu Stützpunkten werde es — so die „Washington Post“ — ermöglichen, „ihre militärische Präsenz zu vergrößern, ohne viel Aufsehen zu erregen“. Und hier ein zweites, noch wichtigeres Argument: „Die neuen Abkommen geben den USA in dieser Region einen militärischen Bereitschaftsraum, auch wenn sich Ägypten und Israel nicht über die palästinensische Frage einig werden sollten.“ Die meisten

Waffenlieferungen sollen an Israel und Ägypten gehen. Die Abkommen von Camp David sahen 1,5 Md. Dollar „Sonderkredite“ an jedes der beiden Länder für Waffenankäufe in den kommenden drei Jahren vor. Jetzt ist die Summe auf 4 Md. angewachsen, und die USA sind bereit, nicht nur Israel, sondern auch Ägypten modernste Waffen zu liefern. Auf weite Sicht bezweckt dieser Plan die Bildung eines durch militärische Interessen an die USA gebundenen Nahostblocks.

Je klarer die Ziele werden, desto energischer werden aber die Einwände. Die Kritiker im Lande selbst erinnern an die Erfahrungen mit dem Iran. Frank Church, der dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten vorsteht, sagt folgendes: „Am allerwenigsten wollen wir einen neuen Militärkolos errichten, um zu erleben, daß es wie im Iran kommt, d. h. daß Sadat nicht mehr Präsident ist und im Lande Chaos herrscht.“ Noch mehr ins Gewicht fällt der zunehmende Widerstand der arabischen Staaten. Sie haben sich schon davon überzeugt, daß die Abkommen von Camp David das Palästina-Problem keineswegs lösen, daß sie vielmehr das Wettrüsten im Nahen Osten antreiben und folglich die gefährliche Unstabilität erhöhen.

Dennoch hält Washington den Kurs, für den es sich entschieden hat, mehr noch, dasselbe hat es auch in Asien vor. Pakistan dient bereits als Stützpunkt für die Ausbildung und Bewaffnung sowie das Einschleusen von Söldnerbanden nach Afghanistan. Weiter plant man eine Benutzung der Häfen und Flughäfen Pakistans durch die US Army und die Anlegung von Horchposten, wie das Pentagon sie im Iran eingebüßt hat. Der Präsident Pakistans, General Zia-ul-Haq, hat die vorgesehene militärische „Hilfe“ der USA als „nicht ausreichend“ zurückgewiesen. Mehr noch: Pakistan hat die 400 Mio Dollar, die in den nächsten zwei Jahren für das Land bereitgestellt werden sollten, gänzlich abgelehnt. Beobachter sind der Meinung, daß Islamabad mit diesen Schritten mehr für sich herausholen will, ohne die bestehenden militärisch-politischen Abmachungen mit den USA in Frage zu stellen. In einer ergänzten Variante sehen diese Pläne eine militärische Zusammenarbeit mit China vor. Peking beteiligt sich bekanntlich an der Bewaffnung und Ausbildung afghanischer Aufständischer. Als Minister Brown im Januar in Tokio war, verlangten die USA zum erstenmal von Japan, daß es seinen Militäretat vergrößern soll. Über diese Politik herrscht in Asien zunehmende Besorgnis. Kategorisch

ablehnend steht Indien zum Aufrüstungsprogramm für Pakistan. Andererseits sind sogar Washingtons Verbündete bestürzt darüber, daß es die „chinesische Karte“ ausspielt, denn sie hatten Washington als Gegengewicht gegen die Expansionsgelüste Pekings angesehen.

Geschehnisse der letzten Tage berechnen einen dazu, von einer direkten Einmischung in die Angelegenheiten El Salvadors zu sprechen. In dem heftigen politischen Kampf, zu dem es dort gekommen ist, unterstützt Washington immer ausgiebiger die Spitzenschicht des Militärs. Die „New York Times“ zitiert folgende Äußerung eines ungenannten Diplomaten: „Die Strategie der Rechten ist klar. Die Linke braucht Zeit. Sie ist militärisch und politisch noch nicht zur Machtergreifung bereit. Die Rechten meinen, je eher sie die Linken zu einer militärischen Konfrontation zwingen, desto sicherer könnten sie sie kaltstellen.“ Washingtons Absicht, auf dem Eilweg militärische „Hilfe“ für 7 Mio Dollar zu leisten, entspricht durchaus diesen Kalkülen. Im Hintergrund geistern, ebenso wie die Flugzeugträger an der Küste des Irans, immer die gleichen Interventionskräfte. Der Stab des karibischen Operationsverbandes wurde unter dem Vorwand gebildet, daß sich auf Kuba eine sowjetische Brigade befände. Ebenso wie in den anderen Fällen will man mit diesem Schritt die in der Luft liegenden Wandlungen vereiteln, will man um jeden Preis, auch um den einer militärischen Intervention, „ein zweites Nikaragua“ verhüten.

\* \* \*

Bei seinem Versprechen, in den Beziehungen zur dritten Welt ein neues Kapitel zu eröffnen, orientiert sich Carter auf eine bewaffnete Intervention. Er, der seinem Land den Frieden verhieß, droht jetzt einen Krieg an, und nicht nur einen gegen Länder der dritten Welt. In Massachusetts werden Ledernacken für Kampfhandlungen in frostigem Klima gedreht. Zur Zeit nehmen sie an Übungen im Norden Norwegens teil. Wie bekannt geworden ist, soll eine 10 000 Mann starke amerikanische Marineinfanteriebrigade ständig zur Abfertigung nach Norwegen bereitstehen.

Der Gedanke, die Sicherheit durch Gewalt zu erhöhen, ist nicht nur an sich unhaltbar, sondern auch aussichtslos, wie die Geschichte, besonders die der USA, ja hinreichend bewiesen hat.

New York



# IM HANDELSKRIEG

Die Spannungen in den Handelsbeziehungen zwischen den atlantischen Partnern nehmen zu. Die EG-Kommission beschloß Restriktionen gegen die Einfuhr amerikanischer Chemiefasern für die Textilindustrie nach Großbritannien. Westeuropäische Geschäftsleute sind ferner darüber aufgebracht, daß amerikanische Firmen ihnen mit billigeren Warenzusetzen, wobei sie sich den Kursverfall des Dollars zunutzen machen (sein Kurs war z. B. 1979 gegenüber dem Pfund Sterling um 15% gefallen), während der Kursanstieg der größten Währungen der EG-Länder die Nachfrage nach ihren Erzeugnissen in den USA merklich zurückgehen ließ.

Der US-Export nimmt im Verhältnis zum Import immer schneller zu. Nach Schätzungen von Experten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) hat der US-Export 1979 um 15%, der Import aber nur um 1% zugenommen.

Die handelspolitische Erklärung Präsident Carters von Ende Februar verschafft den Handelspartnern der USA völlige Klarheit: Die amerikanische Exportexpansion wird bereits in nächster Zeit noch bedrohlichere Ausmaße annehmen. Washington verlangt einen „gerechteren Zugang für US-Waren auf ausländische Märkte“ und verhängt zugleich neue Importbeschränkungen.

Erstes Opfer solcher Restriktionen wird offenbar die westeuropäische Stahlindustrie. In den USA wurden bereits Mindestpreise für Importstahl eingeführt. Zusätzlich beabsichtigt der US-Ausschuß für internationalen Handel, gegen die westeuropäischen Lieferländer Antidumpinggesetze anzuwenden. In den USA läuft eine weitere Propagandakampagne für Einfuhrbeschränkungen bei italienischen Schuhen sowie bei Schinken und Butter aus Dänemark. Wirtschaftskommentatoren schließen nicht aus, daß bald zwischen der EG und den USA wie vor vier Jahren ein „transatlantischer Hühnerkrieg“ ausbrechen könnte. (Damals hatte Washington aus Rache für Importbeschränkungen des Gemeinsamen Marktes bei amerikanischen Hühnern die Importzölle für Weinbrand angehoben).

Auch die Handelsbeziehungen zwischen den „pazifischen Partnern“ verschärfen sich. Anders als früher schließt Japan bereits das zweite Jahr seinen Außenhandel mit einem Defizit ab, das weitgehend durch die verstärkte Einfuhr amerikanischer Waren hervorgerufen wurde. Allein im Januar 1980 hat es mehr als zwei Milliarden Dollar erreicht — doppelt soviel wie im Vormonat.

Nicht verwunderlich ist deshalb der kühle Empfang, der Washingtons Sonderemissär, Donald M. Fraser, im Februar in Tokio bereitet wurde, als er versuchte, den japanischen Industriellen eine „freiwillige“ Exportbeschränkung für Autos abzuhandeln.

All diese „Samen des Handelskrieges“, schreibt die Londoner „Financial Times“ besorgt, können aufkeimen, was einen Wirtschaftskrieg auslösen könnte, wie man ihn seit den 30er Jahren nicht mehr erlebt hat.

Daß die Hoffnungen auf nachlassende Spannungen im Handelsdreieck EG—USA—Japan gescheitert sind, hat drei Gründe: erstens die heraufziehende Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen bereits relativ schwache Industriezweige wie die Chemie- und die Textilindustrie in der EG und die Stahlindustrie in den USA verspürt haben.

Der zweite Grund ist die Verschärfung der Energieschwierigkeiten und

verfahren die kapitalistischen Partner ungeachtet der Abkommen über eine Importliberalisierung nach dem Prinzip „Selbstessen macht fett“.

Und schließlich der dritte Grund — die feste Absicht der herrschenden Kreise der USA, ihre frühere dominierende Stellung im kapitalistischen Weltmarkt wieder einzunehmen. Und das mit allen Mitteln — ob mit Manipulierungen des Dollarkurses, der Anwendung der Anti-Dumping-Gesetze, mit Erpressungsmanövern bei den Verhandlungen über „freiwillige“ Exportbeschränkungen oder mit massivem politischem Druck, um den Handelskonkurrenten die Vorteile zu nehmen, die ihnen der Handel mit den sozialistischen Ländern bietet.

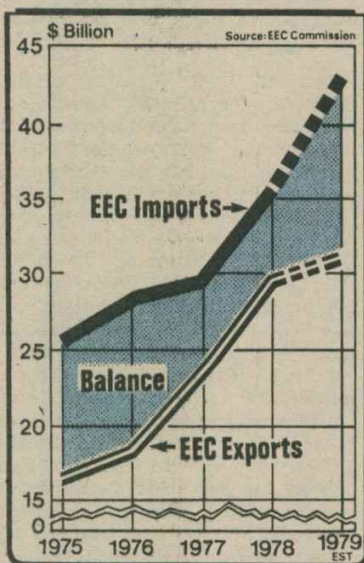
Offenbar haben diese Erpressungsmanöver gegen Konkurrenten jetzt besondere Bedeutung für Washington. Wie wären sonst die nicht abreißen lassen Besuche seiner Emissäre in den Hauptstädten der EG und in Japan zu erklären, um möglichst viele Wirtschaftssanktionen gegen die UdSSR durchzusetzen. Ebendeshalb bestehen die USA darauf, daß in die NATO-Listen „strategischer“ Güter, für die Exportverbot in die sozialistischen Länder besteht, Anlagen für Öl- und Gasindustrie, Hüttenwesen, Automobilbau und Chemieindustrie einbezogen werden.

Die Westeuropäer — so die Wochenschrift „Business Week“ in einem redaktionellen Artikel — „müssen sich den USA bei der Beschränkung der Exportkredite und der Drosselung der Lieferungen sicherheitsrelevanter Technik an die Russen anschließen“. „Wenn unsere Verbündeten angesichts der Bedrohung durch die Sowjetunion die früheren Geschäftsverbindungen mit ihr beibehalten werden, dann kann die Spannung in der NATO unerträglich werden“, belehrte Senator Proxmire.

Geschäftskreise Westeuropas und Japans haben dem Weißen Haus bereits deutlich zu verstehen gegeben, daß sie keine Neuauflage des kalten Krieges in Handel und Wirtschaft wünschen. Wie Jacques Chirac, Präsident der Vereinigung zum Schutz der Republik, kürzlich in Paris erklärte, „ist die Wirtschaft ein Bereich, in dem jeder von seinen Interessen ausgehen muß“. In den westeuropäischen Hauptstädten und in Tokio hat man nicht vergessen, daß Washington gerade während der militärisch-politischen Konfrontation der 50er und der 60er Jahre den Bündnispartnern ungehindert seinen wirtschaftlichen Willen diktieren konnte.

Die kapitalistische Welt balanciert jetzt am Rande eines Handelskrieges. Wie die Erfahrungen der Entspannung gezeigt haben, ist der Ost-West-Handel für viele kapitalistische Länder ein Gegengewicht nicht nur zu den Krisenfolgen, sondern auch zum Wirtschaftshegemonismus der USA.

F. GORJUNOW



Die Handelsbilanz EG—USA entwickelt sich stetig zugunsten des Partners jenseits des Atlantiks.

Aus der „Financial Times“ (Großbritannien)

die durch die steigenden Ölpreise bedingte Vergrößerung der Zahlungsbilanzdefizite. Nach GATT-Angaben wuchsen die Defizite in den kapitalistischen Industrieländern 1979 insgesamt um 15 Md. Dollar, und 1980 werden sie noch mehr steigen. Deshalb



# KUNST IN DER ÄTHIOPISCHEN REVOLUTION

Boris ASSOJAN

Die sechste Spielzeit der äthiopischen Bühnen seit der Revolution wurde gleich mit zwei Erstaufführungen eröffnet: im Nationaltheater mit „Frei geboren“ und im Patriotischen Theater des Regisseurs Getachew Abdi mit „Cherchez la femme“. Beide Stücke fanden beim Publikum lebhaftes Interesse. An den Theaterkassen bildeten sich lange vor Beginn der Vorstellungen Schlangen, in denen man sowohl Leute in grauen Gewändern sehen konnte, wie sie in den Armenvierteln der Vororte großer Städte getragen werden, als auch Büroangestellte und Schüler.

Die Bühnenkunst entstand in Äthiopien erst in den 30er Jahren, und nie war sie so beliebt und zugänglich wie jetzt. Man geht ins Theater, um Antworten auf wichtige Tagesfragen zu bekommen und die Vorgänge im Land besser zu verstehen. Diese Erwartungen werden nicht enttäuscht. Das Stück „Frei geboren“ wurde z. B. mehrmals in der Woche mit gleichbleibendem Erfolg gegeben.

Die Handlung ist einfach. Die Zentralgestalt ist ein ehemaliger Gutsbesitzer, dem die Revolution den unehrlich erworbenen Reichtum abgenommen hat. Nach der zugunsten des Volks vorgenommenen Bodenreform schließt er sich einer konterrevolutionären Bande an, stiftet Brände, bewerkstelligt Sabotageakte und ermordet Dorfaktivisten. Die Volksmiliz nimmt ihn fest. Beim Verhör wird er gefragt, wie er die Waffe gegen sein Volk gebrauchen konnte. Er stößt wütend hervor: „Ihr habt mir alles weggenommen: mein Haus, meinen Grund und Boden. Ich hasse eure Revolution! Wenn ich es erlebe, werde ich schon mit euch abrechnen!“ Der Prozeß gegen den Feudalherrn ist eine Anklage und zugleich eine Warnung an alle Feinde des arbeitenden Volkes. Das Urteil ist streng, es kann aber auch nicht anders sein, denn im heutigen Äthiopien ist die Frage „Wer wen“ noch nicht von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Kampf des Neuen mit dem



Das Nationaltheater im Zentrum von Addis Abeba

Foto: ČTK-TASS

Alten spielt sich in einer oder der anderen Form auf allen Stufen der Gesellschaft ab, angefangen von den Bauernhöfen bis zu den engen Kreisen der alten Intelligenz. Bei einem diplomatischen Empfang wurde ich zufällig Zeuge eines aufschlußreichen Gesprächs dreier Europäer, die schon lange in Afrika leben.

„Aber mein lieber Herr“, sagte der eine, „Ihnen scheint alles, was hier vorgeht, großartig und revolutionär. Das ist es ganz und gar nicht. Man hat aus Mütterchen Äthiopien bloß den Staub ausgeschüttelt. Staub setzt sich schnell, dann wird wieder alles beim alten sein, wird es wieder einen Kaiser und neue Ausbeuter geben, Bettler werden in den Straßen um ein Almosen bitten, und Bauern werden, wenn es eine Dürre gibt, wieder verhungern. Machen Sie sich nichts vor! Es hat sich nichts Besonderes verändert.“

„Da haben Sie ganz recht“, fiel der zweite ein. „Wie armselig das alles ist! Nehmen wir doch bloß ihre sogenannte Kunst. Von Talent keine Spur. Nichts als Schlagwörter, Gewehre, Schießereien, scheußliche wilde Tänze, die noch von jeder Kultur unbeleckt sind.“

„Sie gehen zu weit“, sagte der dritte. „Unter denen finden sich schon manchmal talentierte Leute.“

„Naja, das will ich nicht bestreiten. Aber was sind das für Leute?

Nur solche, die im Westen studiert haben. Und wo sind sie jetzt? Entweder hat die Revolution sie hinausgesetzt, oder sie sind selber ausgewandert. Was wir sehen, das sind klägliche Nachahmungen europäischer Kunst und barbarische Traditionen in revolutionärem Gewande.“

## Die hohe Mission des Theaters

Dieses Gespräch fiel mir ein, als ich mit dem jungen, aber schon bekannten äthiopischen Dramatiker und Regisseur Getachew Abdi zusammenkam, der eine Moskauer Bühnenschule absolviert hat. Er sagte lächelnd:

„So etwas hört man oft, und nicht nur unter Europäern. Auch unter unseren Intellektuellen gibt es welche, die die Revolution nicht akzeptiert haben und nicht zusammen mit dem Volk das Leben neugestalten und eine neue Kultur schaffen wollen. Manche sind tatsächlich ausgewandert. Das ist aber nur logisch. Äthiopien wird nie wie früher werden, als sich ein Häuflein Adliger an

der Arbeit der Millionen bereicherte. Das haben unsere Klassenfeinde zwar erkannt, sie stellen ihre Provokationen, auch die ideologischen, jedoch nicht ein. Je weiter unsere Revolution vorankommt, desto mehr lichten sich die Reihen ihrer Feinde. Es ist bemerkenswert, daß viele Emigranten schon zurückkehren, weil sie eingesehen haben, daß Äthiopien sehr wohl ohne sie, aber sie nicht ohne Äthiopien auskommen können.“

Mitte vorigen Jahres gab Abdi (er leitet das älteste Theater Äthiopiens, das Patriotische) Gastspiele in Westeuropa. Seine Truppe war in vielen Städten Englands, Frankreichs, der BRD und Italiens. Er selbst gab oft Presse- und Fernsehinterviews.

„Wir haben die Wahrheit über das heutige Äthiopien gesagt, haben unsere Schwierigkeiten nicht verschwiegen, und ich kann sagen, daß das nicht nur auf die Einwohner dieser Länder, sondern auch auf äthiopische Emigranten großen Eindruck gemacht hat. Nach den Vorstellungen kamen sie und stellten uns eine Menge Fragen. Sie wußten fast gar nicht, was in Äthiopien wirklich vor sich geht, die westliche Presse gibt gewöhnlich ein entstelltes Bild von unserer Revolution. Wir haben offen gesprochen, und daraufhin entschlossen sich viele



Emigranten zur Rückkehr. Jetzt treffe ich manche in Addis Abeba. Sie sind glücklich, daß sie ihren Fehler wiedergutmacht haben. Auch viele von denen, die noch in der Fremde sind, wollen zurück.

Und was die Talente angeht, so lohnt es nicht, darüber zu streiten, daß die Revolution im Volk selbst welche ans Licht gebracht hat. Im ganzen Land. Ich übertreibe nicht, fast in jedem Stadtbezirk und jedem Dorf werden Laienbühnen gegründet, und sie führen Stücke von Dramatikern aus dem Volk auf. Manche dieser Stücke werden auch auf professionellen Bühnen mit Erfolg gegeben. Nach der Revolution ist die Lage der Schauspieler besser geworden. Die Zensur, die unter dem Kaiser alles Lebendige abwürgte, ist aufgehoben.

Früher war es manchmal geradezu absurd. Einmal wollte man „Julius Cäsar“ aufführen. Die kaiserliche Zensur verhielt sich eigentlich wohlwollend zur westlichen Klassik. Schon stand die Generalprobe bevor, da kam es zum Skandal. Ein Höfling fand plötzlich Shakespeare ketzerisch — man könne doch nicht zeigen, wie Cäsar ermordet wird, das könne als Aufruf zum Aufstand verstanden werden! Die Zensur verlangte, daß das Ende des Stücks etwas geändert wird — Cäsar solle Brutus ermorden, dann wäre alles in Ordnung. Der Regisseur weigerte sich natürlich, und die Aufführung wurde verboten. Ähnlich war es mit Gogols „Revisor“. Die Satire des großen russischen Dichters wurde für subversiv erklärt.“

Aber auch in jener schweren Zeit versuchten äthiopische Prosaiker und Dramatiker, den Feudalismus und die Kirche trotz der Zensur zu kritisieren. Sie konnten nur in Andeutungen, durch die Blume, gegen die Unterdrückung, die Ungerechtigkeit und die Drosselung der Kultur protestieren. Schon vor dem zweiten Weltkrieg geißelte der Schriftsteller Afework Gebre-Iyasus in dem Roman „Eine Geschichte in Bildern“ die Feudalzustände, und Herui Wolde Selassie trat in dem Roman „Eine neue Welt“ gegen einige die Äthiopier entwürdigende Traditionen auf. Der Dramatiker Kabbada Mikael inszenierte ein Stück mit dem Titel „Hannibal“, in dem er schilderte, daß sich die Senatoren von Karthago mehr um ihre Privatangelegenheiten als um das Geschick ihres Staates kümmerten. Während der italienischen Aggression wurde in Liebhaberaufführungen zur Einheit im Kampf für die nationale Unabhängigkeit aufgerufen. Aber im allgemeinen war das Theater nur für die Hautevolée da. Arme Leute

konnten auch gar nicht daran denken, ins Theater zu gehen, denn eine Eintrittskarte kostete viel mehr als der Arbeiter im Monat verdiente, und außerdem hätte man ihn gar nicht hineingelassen.

Der „Revisor“ konnte in Äthiopien erst nach der Revolution aufgeführt werden. Den jungen Regisseuren kam es besonders darauf an, das Stück in den ersten Jahren nach der Revolution zu inszenieren, denn sie sahen in Gogols Satire eine Waffe im Kampf gegen die ererbten Mißstände: Bürokratie, Korruption und Heuchelei. Überhaupt sehen die Äthiopier die russische Klassik als nützlich für sich an. Hier hörte ich oft sagen, daß die reichen Traditionen der russischen und sowjetischen Bühnenkunst und der sowjetischen Dramatik sehr viel zum Werden des revolutionären Theaters und zur Fortentwicklung der nationalen Kunst beitragen können.

### Filme rufen zum Kampf

Neben der Bühne ist auch die junge Filmkunst in den letzten Jahren merklich vorwärtsgewandert. Bei Filmfestspielen zum 5. Jahrestag der Revolution liefen ziemlich viele Streifen über den Freiheitskampf des äthiopischen Volkes.

Allgemeines Aufsehen erregte da der erste abendfüllende Dokumentarfilm, „Kampf—Sieg—Kampf“, in dem die Revolution von den ersten Aktionen der Studenten und Arbeiter bis zum Sturz der Monarchie veranschaulicht ist.

Die von einer Dürre heimgesuchte Provinz Wollo, wo unter dem Kaiser Zehntausende verhungern mußten, weil keine Hilfe kam. Lebende Leichname auf der rotgebrannten Erde. Ein Kind, das an einem Stein saugt. Dazu die Ansage: Klischees aus den üblichen Reiseprosperkten: „Äthiopien, ein Land mit 3000jähriger Kultur — 13 Monate im Jahr Sonne — ein Land der Heiterkeit und Ruhe.“ Danach sieht man den alten Kaiser, wie ihm der Erlaß über seinen Sturz vorgelesen wird. Sein sonst so maskenhaftes Gesicht nimmt einen ungläubigen Ausdruck an. Im Zuschauerraum herrscht Entrüstung.

Dann von den Fronten in Ogaden und Eritrea, dortige Kampfhandlungen gegen die Feinde des revolutionären Äthopiens.

Taferi Waasen, einer von den Herstellern des Films, sagte mir folgendes: „Wir wollten zeigen, wie schwer der Sieg über die Konterrevolution unser Volk ankommt. Der Kampf ist noch nicht zu Ende, wir werden noch viele Schwierigkeiten

haben, und der Endsieg hängt von der Einheit aller Äthiopier, von ihrer Entschlossenheit ab, die errungene Freiheit zu behaupten.“

Die Musik zum Film schrieb Tesfaye Lema, ein junger Komponist, einer von denen, deren Talent nach der Revolution zu voller Blüte gelangt ist. Die originellen Melodien, die traditionelle und moderne Rhythmen harmonisch miteinander verbinden, sind in Addis Abeba schnell populär geworden.

„Meine Kollegen und ich schöpfen unsere Eingebung aus dem ereignisreichen Leben im jetzigen Äthiopien“, sagte der Komponist.

Die Filmkunst tut hier ihre ersten Schritte. Haimanot Alemu, der das Filmdezernat des Kulturministeriums leitet und den ich beim Filmfestival traf, verhehlte nicht, daß sie noch sehr viele Probleme haben. Eine erstrangige Aufgabe sei es, den Geschmack des einfachen Zuschauers zu verfeinern, der an Kitsch aus dem Westen gewöhnt sei. Wie im Selbstgespräch fuhr er fort:

„Gute Filme aus dem Westen bekommen wir selten, meistens billige Reißer. Wir wissen, daß wir am Denken der Leute nicht mit einem Schlage etwas ändern können. Dazu ist eine emsige Erziehungsarbeit notwendig. Dabei hoffen wir auf die Hilfe unserer Freunde aus den sozialistischen Ländern. In den letzten Jahren laufen immer mehr sowjetische Filme bei uns. Erst waren die Leute mißtrauisch, aber jetzt gehen sie gern zu einem sowjetischen Film, besonders wenn die Handlung an die Vorgänge bei uns anknüpft.“

In den Revolutionsjahren konnte ein festes Fundament für den Dokumentarfilm gelegt werden, der für die Bildung des Volkes viel zu leisten haben wird. Eine große Rolle kann er auch bei der Landeskampagne zur Aufhebung des Analphabetentums spielen, um so mehr, als jetzt Filme in den Sprachen der größten Völkerschaften unserer Republik herausgebracht werden.

Vorläufig haben wir noch wenig eigene Regisseure und Kameraleute. Begabte junge Leute studieren in der UdSSR und in anderen Ländern und werden bald die Förderung unserer nationalen Filmproduktion in die Hand nehmen. Wir hoffen auf eine engere einschlägige Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern. Auch Gemeinschaftsfilme — dokumentarische und Spielfilme — sind geplant. Interessant wäre z. B. ein sowjetisch-äthiopischer Film über den großen russischen Dichter Puschkin, den wir auch als den unseren ansehen.“

Addis Abeba—Moskau



Vor kurzem habe ich in Ihrer Zeitschrift gelesen, daß das Volk von Kampuchea hinter der Regierung Heng Samrins stehe. Und was denken Sie von den Hunderttausenden, die nach Thailand geflohen sind?

André HERMONT  
Marseille, Frankreich



Es diskutiert  
NZ-Kommentator  
Juri  
TAWROWSKI

Tatsächlich befinden sich in den Flüchtlingslagern in Thailand schon etwa 300 000 Kampucheaner, und es ist tragisch, daß sie keine feste Bleibe haben, daß sie hungern, unter Krankheiten leiden und in vielen Fällen dahinsiechen. Leute in verschiedenen Ländern, die über die kampucheanischen Flüchtlinge gelesen haben, schicken für sie Geld an Wohltätigkeitsorganisationen.

Wer aber glaubt, der Exodus aus Kampuchea habe am 7. Januar 1979 begonnen, nachdem das auf Peking orientierte Regime Pol Pots und Ieng Sarys gestürzt worden war, der irrt sich. Ebenso, wie Vulkanausbrüche auf dem Meeresgrund riesige Sturzwellen auslösen, so haben auch die politischen Eruptionen des letzten Jahrzehnts Menschenwogen aufgeführt, die dann über die Grenze Kampucheas nach Thailand fluteten. Die massierten amerikanischen Bombenangriffe auf dichtbesiedelte Gebiete Kampucheas haben allein 600 000 Menschenleben hingebracht und 150 000 Khmer gezwungen, in Thailand Zuflucht zu suchen. Neue Auswandererwellen wurden durch den Einfall des Expeditionskorps der USA und Saigons in Kambodscha und durch die schwere Wirtschaftslage unter der Regierung Lon Nols ausgelöst. Erschwert wurde das Problem der Flüchtlinge aus Kampuchea durch die Ausrottungspolitik der Bande Pol Pots.

Der Flüchtlingsstrom ist nach dem 7. Januar v. J., als in der Hauptstadt Kampucheas die Fahne der Freiheit gehißt wurde, nicht sofort versiegt. Das hat mehrere Gründe. Erstens trieben die abziehenden Pol-Pot-Leute mit angelegten MPis Zehntausende Zivilisten vor sich her nach Thailand. Für diese Geiseln bekamen sie von Wohltätigkeitsorganisationen im Westen Nahrungsmittel, Medikamente und notwen-

digste Gebrauchsartikel. Unter den aus ihrer Heimat Vertriebenen werben sie mit Gewalt und Befrug Verstärkungen für ihre Banden. Ungefähr ebenso sieht es in den von nationalistischen, antikommunistischen, monarchistischen Organisationen kontrollierten „alten“ Lagern aus. Auch die Führer dieser Gruppierungen, die sich andauernd mit den „roten Khmer“ und miteinander zanken, sehen in den Flüchtlingen nur ein Mittel zu ihren politischen Zwecken.

Und noch ein Grund, warum die Zahl der Lagerinsassen etwas steigt. Die Feinde Volks-Kampucheas machen sich die dortigen vorübergehenden Ernährungsschwierigkeiten zunutze und versprechen Überläufern nach Thailand ein Schlaraffenleben. An dieser Kampagne beteiligen sich gewollt oder ungewollt manche nationale und internationale Wohltätigkeitsorganisationen. Die Nahrungsmittel, die sie an die Lager schicken, werden von den Banditen als Köder für Leichtgläubige benutzt. Übrigens sind auch manche Vertreter der Behörden Thailands an neuen Flüchtlingen interessiert. Wie die westliche Presse berichtet, eignen sie sich einen Teil der eingesandten Waren an und sind an den Gewinnen der Schieber beteiligt, die sich am Verkauf von Nahrungsmitteln, Medikamenten und Kleidungsstücken an die Flüchtlinge bereichern.

In letzter Zeit wird berichtet, es sei geplant, Zehntausende Kampucheaner aus Thailand zu repatriieren. Das scheint eine gute Idee zu sein, aber nur auf den ersten Blick. Die Vertreter des Hohen Kommissars der UNO für Flüchtlingsangelegenheiten haben den Revolutionären Volksrat, die legitime Regierung Kampucheas, nicht deswegen zu Rate gezogen. Wie soll man aber mit den schwierigen Problemen ohne den Rat fertigwerden, die beim Übertritt riesiger Menschenmassen über die Grenze naturgemäß entstehen? Es handelt sich um Verkehrsmittel, Ernährung und schließlich die Sicherheit. Mit der Menge können ja Pol Pots und andere Banditen herüberkommen und Verbrechen begehen, damit dann die Regierung in Phnom Penh aller Todsünden geziehen werden kann. Voriges Jahr unternahmen die Behörden Thailands schon so eine Aktion und schickten 47 000 Flüchtlinge gewaltsam, ohne die Zustimmung Phnom Penhs eingeholt zu haben, über die Grenze zurück. Viele gingen auf den Minenfeldern hoch, die die Pol-Pot-Leute gelegt hatten, andere verirrt sich im Dschungel.

Ich bin überzeugt, daß das Problem der kampucheanischen Flüchtlinge nur durch ein enges Zusammenwirken der Weltorganisationen mit dem Revolutionären Volksrat gelöst werden kann und soll, der die Interessen des ganzes kampucheanischen Volkes wahrnimmt.



Wodurch unterscheiden sich strategische Angriffs- von strategischen Verteidigungswaffen?

J. KUDRJAWZEW  
Leningrad, RSFSR

Die Einteilung der strategischen Waffen in Angriffs- und Verteidigungswaffen drückt den grundsätzlichen Unterschied in der Verwendung der einen und der anderen aus.

Zu den strategischen Angriffswaffen gehören Komplexe interkontinentaler ballistischer Raketen, U-Boote mit Atomraketen und strategische Bomber mit nuklearen Raketen und Bomben an Bord, mit denen auf gegnerischem Gebiet verschiedene Ziele getroffen werden sollen.

Zu den strategischen Verteidigungswaffen gehören Komplexe und Systeme mit Fla-Lenkraketen und Gegenraketen in der konventionellen und nuklearen Rüstung zur Vernichtung gegne-

rischer strategischer Raketen und anderer Luftziele; ferner Verteidigungsmittel gegen Angriffe aus dem Kosmos, Ortungs- und Warnsysteme gegen einen Raketen- und einen Luftangriff.

Die Propagandaorgane des Westens und Chinas bringen die Begriffe strategische Angriffs- und Verteidigungswaffen absichtlich durcheinander. Verteidigungswaffen unseres Landes nennen sie Angriffs- und Angriffswaffen der NATO nennen sie Verteidigungswaffen. Das taten sie z. B. in der Kampagne für die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen in Westeuropa, die sogar in den Kreisen der NATO „eurostrategisch“ genannt werden.



## Wer die Hosen anhat

Ob Mrs. Rosalynn Carter wirklich über die US-Staaten regiert? So lautete die Überschrift einer politischen Reportage von Myra MacPherson in der US-Zeitschrift „McCall's“. Bei einem Interview fragte sie, ob die „erste Lady“ der USA etwas mit der Amtsenthebung Joseph Califanos, eines namhaften Mitglieds der Regierung Carter, zu tun gehabt habe. Die Präsidentengattin antwortete: „Nicht ich habe den Beschluß gefaßt, aber ich habe ihn Jimmy fassen lassen.“

## Äffisches



Die rassistischen Behörden in Salisbury strengten sich aus Leibeskräften an, ihrer Marionette Muzorewa den Wahlsieg zu sichern. Sie boten nicht nur militärische Gewalt, sondern auch höhere Gewalten auf: Für Muzorewa agitierte ein ganzes Heer gedungener Hellseher, Mediziner und Zauberer. Auf einem Markt in Salisbury jonglierte z. B. der „berühmte“ Zauberer Rusike mit einem Affenschädel und einem Stück Elefantenteufel und verkündete dabei, daß Muzorewa siegen und der neue Ministerpräsident sein werde. Der Ausgang der Wahlen ist bekannt.

## Geständnis wider Willen

Wie die afghanischen Behörden mitgeteilt haben, war unter den festgenom-

menen Drahtziehern bei den kürzlichen Unruhen in Kabul der US-Staatsbürger Robert Lee, ein Agent der CIA. Die US-Botschaft in Pakistan gab sofort ein Dementi heraus — Robert Lee sei gar nicht in dieser Botschaft in Islamabad beamtet gewesen. Das hat Kabul aber auch gar nicht behauptet. Nicht dementiert hat die Botschaft das, was doch der springende Punkt war: daß Lee Amerikaner, ein Agent der CIA und Anführer einer der Diversantenbanden ist.

## Das Hintertürchen zugeklappt

Etwa drei Jahre dauerte der Prozeß wegen Steuerhinterziehung gegen den italienischen Filmproducer Carlo Ponti und seine Frau, Sophia Loren. Schon zu Anfang des Verfahrens wurde die auf 3,5 Mio Dollar geschätzte Gemälde- und Skulpturensammlung der Loren gepfändet. Vor einem Jahr wurde Ponti, der jetzt in Frankreich lebt, in Abwesenheit zu 4 Jahren Haft und einer großen Geldstrafe verdonnert. Jetzt will das Gericht in Rom die gepfändete Sammlung versteigern lassen, weil es befindet, daß die Schauspielerin nur die fiktive Besitzerin ist.

## Zustände sind das!



Der Kanadier Ronald Cook wurde für den Versuch, Marihuana ins Land zu schmuggeln, zu sieben Jahren verurteilt. Er legte

Berufung ein, weil sein Anwalt, Youngson, ihn im Rausch verteidigt habe. Da kam ans Licht, daß Youngsons Lizenz für eine Anwaltspraxis überhaupt schon abgelaufen war. Er hatte es nicht gemerkt, weil er als Quartalssäufer gerade im schönsten Dusel war, als die Mitteilung von der Anwaltskammer kam.

## Statt Gitarre die Pistole



In Aquila (Italien) gab ein 20jähriger vor einem Wohnhaus Pistolenschüsse ab. Die herbeieilende Polizei stellte fest, daß er sich nur seiner Holden, die in diesem Haus wohnt, bemerkbar machen wollte. Wahrscheinlich hatte er das Geklimper einer Serenade für altmodisch gehalten.

## Er hat's mit den Nullen

Herr Detlef Ernst in Karlsruhe bekam zu seiner Verwunderung vom städtischen Finanzamt die Mahnung, seine Kfz-Steuer in Höhe von 0,00 DM zu entrichten. Die Mahnung war säuberlich von einem Com-

puter getippt. Der „Säumi-ge“ fand, er brauche nichts zu zahlen. Aber bald bekam er von dem Computer eine dringende Mahnung. Was sollte er machen? Er ging zur Post und füllte eine Postanweisung über 0,00 DM aus. Dafür mußte er 70 Pfennig Porto zahlen. Erst bei Erhalt der komischen Postanweisung ging den Finanzbeamten ein Licht auf, daß der Computer es mit den Nullen hat, und sie schickten Ernst eine Mahnung mit der richtigen Summe. Sie war handschriftlich eingesetzt.

## Ins eigene Fleisch geschnitten



Kapitän Manoloudis lief mit seinem Schiff im Hafen von Genua ein. Lange konnte er einen Streit zwischen Mitgliedern der Besatzung nicht beilegen. Um ihm spätnachts ein Ende zu machen, ließ er ein langanhaltendes Signal mit der Schiffssirene geben. Dafür bekam er wegen Ruhestörung zwei Monate Haft.

Zeichnungen:  
V. Trintschenko

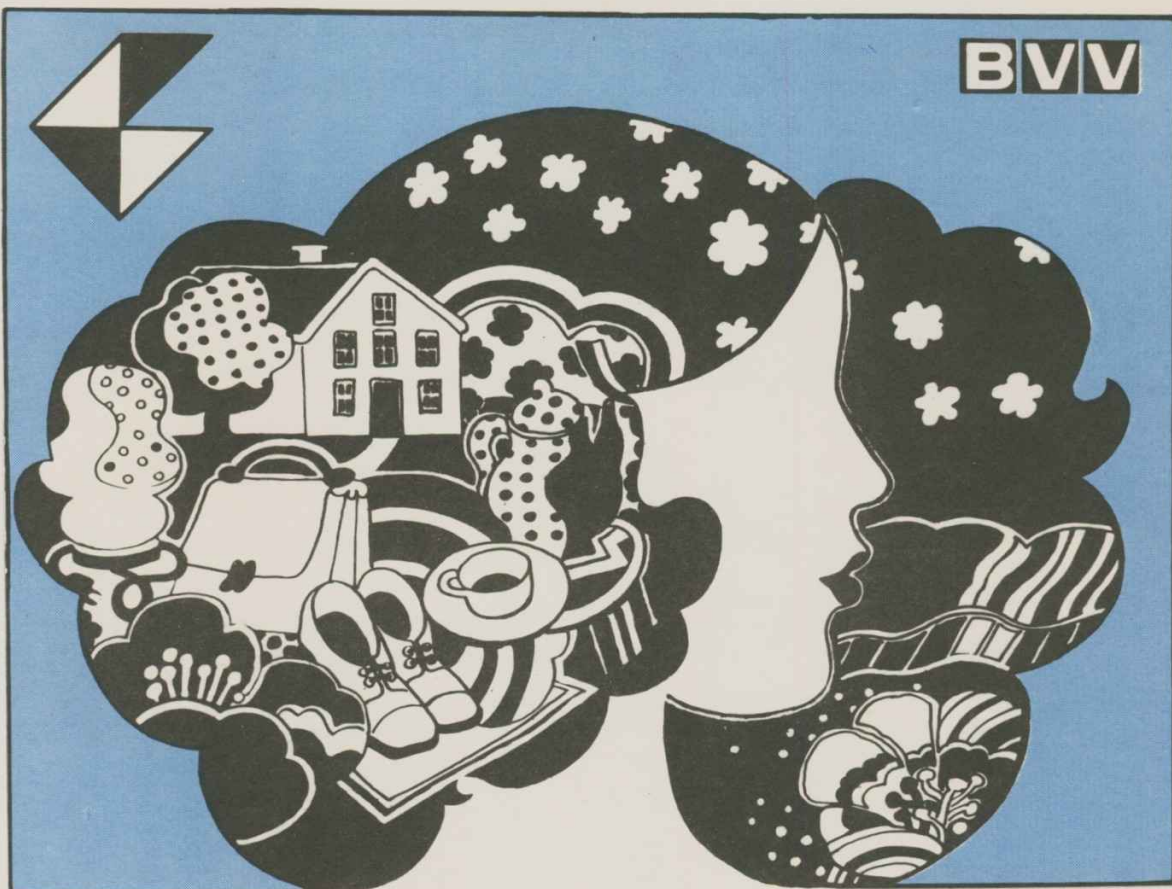
## UNSERE RUSSISCH-SEITE

### Schlüssel zu Lektion 7

#### Übung 3:

Товары, которые погрузили рабочие на теплоход.  
Раны, которые нанесла война.  
Средства, которые заработало население на субботнике.  
Субботник, который проходил в 1979 году.  
Теплоход, который отправился к берегам Вьетнама.





# SICH IN DER WELT DER KONSUMGÜTER ORIENTIEREN

DEN WELTHANDEL  
FÖRDERN

ÜBER DIE VIELFALT INDUSTRIELLER ERZEUGNISSE  
INFORMIERT

**DIE XI.  
INTERNATIONALE  
KONSUMGÜTERMESSE**

**BRNO (ČSSR)**  
**16.—22. April 1980**



Eingehendere Informationen erteilt:  
**BVV veletrhy a výstavy BRNO,**  
**Výstaviště 1, 60200 Brno, ČSSR**  
Telefon: 314  
Telex: 062294, 062295  
Telegrammanschrift: FAIRBRNO





## Im Objektiv: JORDANIEN

Das Haschemitische Königreich Jordanien — gelbe Wüsten und die grünen Oasen in Halbwüsten — liegt an einem Schnittpunkt von Luft- und Landverkehrsadern. Bereits im Altertum war es durch seine Handelsstraßen bekannt. Ägypten und Rom, Byzanz und Iran, das Arabische Emirat und die Kreuzritter, das Ottomannische Reich und Großbritannien rivalisierten miteinander, zu verschiedenen Zeiten, um diese Region zu beherrschen. Im Jahre 1946 wurde in Jordanien die Unabhängigkeit ausgerufen, 1950 ihm das Westufer des Jordan angeschlossen. Während der Aggression von 1967 okkupierte Israel diese Territorien.

Die Bevölkerung (ca. 3 Millionen) betreibt hauptsächlich Ackerbau und Viehzucht. In den



Blick auf die  
Hauptstadt Amman

Die Universität  
von Amman

Dipl.-Ing. Oboudegeim  
Amin, Absolvent  
einer sowjetischen  
Hochschule



Straßenblick in  
der Hauptstadt



Totes Meer

letzten Jahren entwickelt sich die Industrie, insbesondere die Gewinnung von Phosphaten. Zwischen Jordanien und der UdSSR bestehen mannigfache wirtschaftliche und kulturelle Kontakte, die sich festigen und erweitern. Jordanien ist gegen die antiarabische Abmachung von Camp David, für die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, für eine gerechte, dauerhafte und umfassende Lösung des Nahostproblems.



Ein Straßencafé  
in Petra  
Hasan Abdelgani,  
Besitzer einer  
kleinen Raststätte



Andenkenverkäufer im  
alten Jerash

Fotos: A. Ptizyn